



Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung
Tübingen

Hartmut Marhold

Föderale Strukturen für Europa?

Aktuelle Beiträge zur Debatte in Frankreich

Occasional Papers
Nr. 23

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung

Anschrift: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung

Telefon: +49 (0) 70 71 / 29 77 36 8

Fax: +49 (0) 70 71 / 9 2 2 8 7 6

E-Mail: asko@uni-tuebingen.de

Vorstand: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Lauth

Prof. Dr. Rüdiger Wobbe (Präsident)

Prof. Dr. Martin Neuberger

Prof. Dr. Günter Pöhl

Prof. Dr. Hans-Joachim Lauth

Prof. Dr. Franz Knipfing (Wappeler)

Prof. Dr. Roland Sturm (Lauterbach)

Koordinator: Matthias Chardon, M.A.

Alle Rechte vorbehalten

Copyright Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Oktober 2000

Erschienen im Selbstverlag

Druck: Schwäbische Druckerei, Stuttgart

ISBN-Nr.: 3-9806978-2-7

Schulzgedr.: DM 10,- DM

Hartmut Marhold

Föderale Strukturen für Europa?

Aktuelle Beiträge zur Debatte in Frankreich

Die Drucklegung erfolgte mit freundlicher Unterstützung durch die
ASKO EUROPA-STIFTUNG

Occasional Papers

Nr. 23

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
1. Souveränität, nationalistisch und europäisch	6
1.1 Die ‚Souverainistes‘: Zurück zum französischen Nationalstaatsmodell	6
1.2 Der europäische Souveränismus: Jérôme Monods und Ali Magoudis „Manifeste pour une Europe souveraine“	7
2. Liberale Wege zur europäischen Verfassung und Föderation	14
2.1 Liberales Desinteresse an Souveränität und das Lob des freien Bürgers: Patrick Devedjian	14
2.2 Nationen als Bausteine einer verfassten und föderalen Europäischen Union: François Bayrou	19
2.3 Der Nationalstaat als historisches Übel und die Europäische Föderation als seine Überwindung: Bernard Barthalay	25
2.4 Empirie, Pragmatik, Komparatistik – die vergleichsweise föderalistische EU: Jean-Louis Quermonne und Maurice Croisat	32
3. Vom staatsorientierten zum gesamtgesellschaftlichen Föderalismus	44
3.1 Erweiterung des Föderalismus-Begriffs: „La pensée fédéraliste et la construction européenne“ Martine Méheut, Chantal Delsol et compagnie	44
3.2 Jacques Delors, sein personalistisches Engagement und seine „Fédération des Nations“	54
4. Globalisierung, das Ende des Territorialstaates und die Neukonstituierung des Politischen als europäische Föderation: Jean-Marie Guéhenno	72
5. Offenes Ende	81
6. Anhang	85

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus Forschung

Anschrift: Nauklerstr. 37a
D-72074 Tübingen
Telefon: +49(0)7071 / 2977368
Fax: +49(0)7071 / 922876
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

Vorstand: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Förster
Prof. Christopher Harvie, Ph.D.
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)
Prof. Dr. Martin Nettesheim
Prof. Dr. Günter Püttner
Prof. Dr. Josef Schmid
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Graf Vitzthum
Prof. Dr. Uwe Walz
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

In Zusammenarbeit mit: Prof. Dr. Franz Knipping (Wuppertal)
Prof. Dr. Roland Sturm (Erlangen-Nürnberg)

Koordination: Matthias Chardon, M.A.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Oktober 2000.

Erschienen im Selbstverlag

Druck: Schwäbische Druckerei, Stuttgart

ISBN-Nr.: 3-9806978-2-7

Schutzgebühr: DM 10,- DM

Einführung

Die Zeiten, in denen Anhänger des Föderalismus in Frankreich wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden,¹ sind natürlich längst vorbei; allerdings gilt in der französischen politischen Öffentlichkeit der Begriff ‚Föderalismus‘ auch heute noch „fast als Schimpfwort“.² Die Debatte über die föderative Natur und Zukunft der europäischen Einigung ist deshalb in Frankreich besonders pikant; sie erstreckt sich nichtsdestoweniger über eine große Bandbreite unterschiedlicher Beiträge aus verschiedenen politischen Richtungen.

Das mag auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen und erstaunen, findet aber seine Erklärung in dem Umstand, dass die föderative Tendenz der europäischen Integration in Frankreich, eben weil sie dort beunruhigender auf das politische Bewusstsein wirkt als etwa in Deutschland, auch mehr Diskussionsbedarf auslöst: Die Beunruhigung, die von einem föderalen Europa ausgeht, ist deshalb so groß, weil es das traditionelle französische Denken in Kategorien des zentralisierten Nationalstaats viel gründlicher in Frage stellt als die deutsche Staatsauffassung, die ohnehin seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr auf den Begriff der nationalstaatlichen Souveränität zugespitzt war.³ In Deutschland wird zudem eine föderative europäische Staatsbildung als halbwegs natürliche Fortsetzung des eigenen inneren, föderalen Staatsaufbaus unterstützt oder wenigstens hingenommen⁴, aber jedenfalls nicht als fremdartige Bedrohung empfunden.⁵

- 1 Vgl. Bernard Voyenne: *Histoire de l'idée fédéraliste*. Band 1: *Les sources*. Paris, Nizza 1976 (= *Réalités du présent*, cahier 11), Kapitel VI: ‚Le crime de fédéralisme‘, S. 215-256.
- 2 Chantal Delsol und Martine Méheut: *Introduction*. In: *Mouvement Européen France* (Hrsg.): *La pensée fédéraliste et la construction européenne*. Paris 1998 (= *La Lettre des Européens*, hors série 8), S. 13.
- 3 Vgl. Schöllgen zur Entwertung der Souveränität gerade in dem Moment, in dem die Bundesrepublik formal die Souveränität wiedererlangt; Gregor Schöllgen: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 1999, S. 14.
- 4 Vgl. Simon Bulmer, Charlie Jeffrey und William E. Paterson: *Deutschlands europäische Diplomatie: die Entwicklung des regionalen Milieus*. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung* (= *Münchener Beiträge zur europäischen Einigung*, Band 2), S. 11-102. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die britischen Autoren ihrerseits zwar die These entwickeln, Deutschland habe der europäischen Einigung seine Strukturen aufgeprägt – aber den Föderalismus-Begriff verwenden sie nicht.
- 5 Das wachsende Ungenügen und der immer deutlicher erkannte Reformbedarf des innerstaatlichen deutschen Föderalismus steht auf einem anderen Blatt, kann sich allerdings auch negativ auf die Glaubwürdigkeit des Föderalismus als eines Modells für Europa auswirken; vgl. beispielsweise Konrad Morath (Hrsg.): *Reform des Föderalismus*. Beiträge zu einer gemeinsamen Tagung von Frankfurter Institut und Institut der deutschen

In Frankreich dagegen ist die Dominanz des unitarischen Nationalstaats als des allein gültigen Modells, als Inkarnation der ‚nation une et indivisible‘ nie gebrochen worden. Die zunehmende Infragestellung des staatlichen Politikmonopols durch Europa und Globalisierungstendenzen wird dementsprechend dramatisch als Gefahr für die nationale Identität gesehen.⁶

- Wirtschaft. Bad Homburg 1999, oder Juergen B. Donges und andere: *Die föderative Ordnung in Not. Zur Reform des Finanzausgleichs*. Bad Homburg 2000.
- 6 Ähnliche Ansichten vertritt auch Sabine Jung: *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute*. Baden-Baden (= *Nomos Universitätschriften, Politik*, Band 97), S. 15: „Der französische Diskurs [zur Legitimität der Europäischen Union] erscheint für eine solche Analyse insofern prädestiniert, als Frankreich als ‚Nationalstaat par excellence‘ bezeichnet werden kann. Der Konflikt zwischen der Tradition des Denkens in Kategorien staatlicher Souveränität und nationaler Unabhängigkeit einerseits und der Notwendigkeit, angesichts äußerer Veränderungen die Organisation des Allgemeinen neu zu konzipieren, müßte gerade hier deutlicher zu Tage treten, als dies beispielsweise in der bis vor kurzem noch ‚semisouveränen‘ Bundesrepublik der Fall sein dürfte.“

1. Souveränität, nationalistisch und europäisch

1.1 Die ‚Souverainistes‘: Zurück zum französischen Nationalstaatsmodell

Den jüngsten Ausdruck hat dieser Angst vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 die Gruppe der ‚Souverainistes‘ verliehen, ein Wahlbündnis aus der Erbmasse der abbröckelnden gaullistischen Partei des RPR (Rassemblement pour la République) mit dem früheren Innenminister Charles Pasqua und dem rechtskonservativen Philippe de Villiers an der Spitze.⁷ Zwar ist der Wahlerfolg ausgeblieben⁸, aber als Indikator für eine verbreitete Angst vor dem Verlust nationaler Souveränität muss die Gruppierung doch ernst genommen werden.

Ihre Position ist einfach zu beschreiben: Die Europäische Integration, die Globalisierung bedrohen die Entscheidungsfreiheit Frankreichs, seine ‚Souveränität‘. Dagegen muss sich Frankreich mit aller Entschlossenheit zur Wehr setzen, seine sprachliche und kulturelle Einheitlichkeit festigen, Regionalbewegungen im Innern verhindern, die diese Einheit womöglich schwächen könnten, Einwanderer assimilieren, damit nicht von ihnen die Einheit der französischen Nationalität bedroht werden könnte. Zu dem Reservoir an Werten der französischen Revolution, die bei den ‚Souverainistes‘ ihre anachronistische Wiederbelebung erfahren, gehört weiterhin das Ideal der republikanischen Gleichheit – der ‚égalité‘ –, der ‚laïcité‘, d.h. der Trennung von Staat und Kirche zugunsten einer übergeordneten Verpflichtung auf die Werte der Nation, die wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit, die weltweite Ausstrahlung der französischen Kultur etc.⁹

Die ‚Souverainistes‘ plädieren daher für eine Europäische Union, in der die zwischenstaatliche Kooperation mit dem jederzeitigen Recht eines jeden Staates auf Nichtteilnahme oder gar Veto die einzige Methode der gemeinsamen Entscheidungsfindung sein soll. Sie setzen sich für eine zügige Osterweiterung ein, um

7 Der Begriff selbst stammt aus dem Kampf der französischen Kanadier in der Provinz Québec um Autonomie oder gar Unabhängigkeit vom englisch dominierten Gesamtstaat. Dieses Verhältnis wird mit dem Begriff ‚Souverainisme‘ auch in Anspruch genommen für die Beziehung zwischen Frankreich und der Europäischen Union.

8 Die Souverainistes erhielten 13,09 % der Stimmen gegenüber 12,43 % fünf Jahre zuvor, als Philippe de Villiers noch ohne seinen neuen Alliierten Pasqua antrat. Im Europäischen Parlament haben sich die Souverainistes bezeichnenderweise mit den italienischen Postfaschisten um Gianfranco Fini in einer Fraktion verbündet.

9 Vgl. Ferdinand Kinsky: Les contrevérités de l'idéologie souverainiste. In: L'Europe en formation 313 (été 1999), S. 7-10; vgl. auch die Auseinandersetzungen, die Jérôme Monod und Ali Magoudi: Manifeste pour une Europe souveraine ou comment les nations européennes retrouveront ensemble leur liberté. Paris (Editions Odile Jacob) 1999, S. 148f., und Patrick Devedjian: Penser la droite. Paris (Plon) 1999, S. 152-157, mit den Souverainistes führen.

den supranationalen Entscheidungsprozess zu erschweren. Dass ihnen eine föderativ geartete Europäische Union als Verrat an der französischen Nation erscheint, liegt auf der Hand, und rückt sie in die Nähe ihrer revolutionären Vorfahren, deren Erbe sie für sich reklamieren.

Angesichts der Bedrohung nationalstaatlicher Souveränität durch Transnationalisierung, Globalisierung und europäische Integration – wobei letztere z.T. als Bedrohung von der Art der anderen Phänomene, teils auch als Antwort auf diese angesehen wird – eröffnen sich dem traditionellen französischen Denken prinzipiell zwei Möglichkeiten:

Wenn man gegen alle Widerstände die eigene Staatstradition aufrechtzuerhalten entschlossen ist, kann man erstens die Flucht zurück in den konventionellen Nationalstaat antreten, die Unwiderstehlichkeit von Transnationalisierung, Europäisierung etc. bestreiten und die Souveränität als Schutzwall dagegen wieder aufrichten – das ist die Strategie der ‚Souverainistes‘.

1.2 Der Europäische Souverainismus: Jérôme Monods und Ali Magoudis ‚Manifeste pour une Europe souveraine‘

Zweitens kann man genau umgekehrt die Flucht auch nach vorne antreten, indem man zwar den Nationalstaat aufgibt, ihn aber nach dem gleichen Modell auf europäischer Ebene rekonstruiert und ihn erneut mit der Souveränität ausstattet, deren Verlust sein Ende auf staatlicher Ebene bedeutet. Beide Visionen unterscheiden sich kaum im Hinblick auf die Paradigmen politischer Strukturen, sondern hinsichtlich des Rahmens, in dem diese zur Anwendung kommen sollen.

Die zuletzt genannte Variante des traditionellen französischen Souveränitätsdenkens wird von Jérôme Monod und Ali Magoudi vertreten, deren Positionierung bereits im Titel erkennbar ist: ‚Manifeste pour une Europe souveraine‘.¹⁰

Was die Auffassung Monods und Magoudis von der der ‚Souverainistes‘ unterscheidet, ist die Bedeutung, die sie der Europäisierung und Globalisierung zuweisen, zudem auch dem Faktor der amerikanischen globalen Hegemonie – letzteres im übrigen ein typischer Topos im Lager der französischen Anhänger der eigenen Nationalstaatstradition. Hauptmotiv aber sind, wie bei den ‚Souverainistes‘ auch, die als skandalös empfundenen Erscheinungen, ‚provoquées par la mondialisation économique et financière.‘ Im unmittelbaren Anschluss an

10 Monod und Magoudi: Manifeste pour une Europe souveraine, a.a.O.. Während Magoudi bisher in der politischen Öffentlichkeit noch kaum in Erscheinung getreten ist – als Psychoanalytiker hat er Essays geschrieben und Filme gedreht –, ist Jérôme Monod politisch eindeutig beheimatet: Er war 1975/6 Kabinettschef Jacques Chiracs während dessen Amtszeit als Ministerpräsident, später erster Generalsekretär des RPR. Von dort führte ihn ein in Frankreich oft begangener Weg in die Spitze großer, staatlich dominierter Unternehmen (Lyonnaise des Eaux, Suez Lyonnaise des Eaux).

diese Feststellung aber trennen sich die Wege der ‚Souverainistes‘ einerseits und Monods/Magoudis andererseits und führen in entgegengesetzte Richtungen; hier heißt es nämlich: „Il n’y a de changement possible qu’à condition d’opposer à la démesure de la globalisation de l’information et des échanges la puissance inédite d’une Europe souveraine“¹¹.

Das Motiv der skandalösen Globalisierung wird zugleich, auch dies ist ein charakteristischer Zug, antiliberal gewendet: Es ist der Liberalismus, der von den beiden Autoren zur Rechenschaft gezogen und für die beklagten Folgen der Globalisierung¹² verantwortlich gemacht wird: „L’imagination fait défaut aux meilleurs esprits devant la brutalité des effets du libéralisme sans frein“.¹³ Besonders wird – auch von den ‚Souverainistes‘ – beklagt, dass die Europäische Währungsunion diesem Liberalismus freien Lauf gewähre. Allerdings wenden sich Monod und Magoudi im Unterschied zu Pasqua und de Villiers nicht gegen eine gemeinsame Währung als solche, wohl aber gegen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, gegen die Entlassung der Währungspolitik aus der politischen Gesamtverantwortung in ihre eigene ‚Souveränität‘: „Sortir la monnaie du champ politique“ zeige, „combien le pur utilitarisme est susceptible de prendre le pas sur le bon sens“, und dies sei die Frucht der unsinnigen Ideologie der „tenants du libéralisme monétaire absolu“.¹⁴

Gegen diese Zurückdrängung des Staates aus liberalem Anliegen machen Monod und Magoudi Front, allerdings indem sie die politische Gesamtverantwortung nicht auf nationalstaatlicher, sondern auf europäischer Ebene wiederherstellen wollen. „Nous entendons redonner la primauté au Politique“¹⁵, Ziel ist – wie zitiert – „la puissance inédite d’une Europe souveraine“, und bezogen auf die Währungsunion lautet das Programm: „Nous affirmons que la souveraineté politique de l’Europe est l’indispensable corollaire de la création de la monnaie unique. Aucune monnaie ne peut être son propre souverain. Il est urgent que l’euro trouve sa légitimité dans une souveraineté politique.“¹⁶

Es lohnt sich – um die Denkweise der Autoren und damit eine in Frankreich verbreitete Tradition ganz zu verstehen – auch diese Formulierungen noch einmal unter die Lupe zu nehmen: Dabei zeigt sich, dass das Paradigma der Souveränität allgegenwärtig ist. Anders als in der Kategorie der Souveränität ist für Monod/Magoudi offenbar das Phänomen der Unabhängigkeit nicht zu denken. Die

11 Ebd., S. 11.

12 Vgl. ebd., auch S. 16 und vielfach im Lauf des Raisonnements.

13 Ebd. S. 16.

14 Ebd. S. 45.

15 Ebd. S. 11.

16 Ebd. S. 48.

Währungspolitik, weil „unabhängig“, wird als „souverän“ definiert. Die Vorstellung, der man im weiteren Durchgang durch das Spektrum auch französischer Beiträge zur europäischen Einigung noch begegnen wird und derzufolge ein politisches und gesellschaftliches Ensemble aus vielfachen teils oder ganz autonomen, aber miteinander systemisch verknüpften Variablen und Faktoren, Entscheidungszentren und Instanzen bestehen kann, eine solche Vorstellung ist für die Anhänger der Souveränitätsidee unerträglich.¹⁷

Das Europa, das nach Monods und Magoudis Auffassung die von ihnen identifizierten Missstände beseitigen soll, ist folgerichtig ein Staat nach französischem Modell. Die Autoren lassen den Vergleich zwischen ihrer Vorstellung vom traditionellen französischen Staat und dem Entwurf eines souveränen Europa zu, indem sie die historische Perspektive selbst eröffnen und dabei erkennbar machen, welches ihr Modell ist: „Il était une fois une France sûre de ses bases souveraines. Pérenniser sa langue, battre monnaie, posséder une armée, déployer une diplomatie, élire un chef d’Etat, des députés et bien d’autres représentants, rendre justice au nom du peuple français, donner un état civil, une identité aux citoyens de la naissance à la mort, toutes ces notions allaient de soi.“¹⁸

Bis auf die Einheitlichkeit der Sprache übertragen die Autoren alle diese Merkmale historischer französischer Souveränität auf Europa, und dies nicht etwa unbewusst: „Notre proposition étend à l’Europe les règles nouvelles inventées par la Révolution française. Ces règles ont permis d’inclure dans un même espace politique des gens aussi différents que les Bretons, les Alsaciens, les Basques, les Catalans et autres peuples.“¹⁹ Tatsächlich reicht die Extrapolation des französischen Modells bis in diesen Kernbereich der revolutionären Identitätsbildung der ‚nation une et indivisible‘: „Nous voulons une Europe du peuple souverain. Un peuple, un seul, un peuple européen. Une Europe, une seule, une Europe souveraine.“²⁰ Im imaginären Zwiegespräch mit Kritikern halten sich Monod und Magoudi selbst den Spiegel vor: „On nous dira: [...] Vous êtes des théoriciens jacobins. Vous déplacez la centralisation au niveau supérieur et vous laissez les Etats et les régions vides, coquilles sans âmes.“²¹

17 Der Antiamerikanismus als Motiv tritt hinter den beiden anderen genannten – Globalisierung und Währungsunion – an die dritte Stelle zurück. Er gipfelt in der Forderung nach der Auflösung der NATO, vgl. ebd. S. 136.

18 Ebd. S. 21.

19 Ebd. S. 115.

20 Ebd. S. 129.

21 Ebd. S. 140. Die Antwort auf diese Selbstkritik verweist darauf, dass der von den Franzosen empfundene Freiheitsverlust nicht auf „errements régionaux ou nationaux“, sondern auf die „déconstruction nationale induite par la construction européenne“ zurückgehe und deshalb nur auf europäischer Ebene wieder ausgeglichen werden könne. Es ist

Ein souveränes Europa, basierend auf der Staatsauffassung der Französischen Revolution, braucht zunächst eine Verfassung.²² Sie wird nach dem Vorbild der französischen Fünften Republik, teils auch nach amerikanischem Vorbild, als präsidentiales System konzipiert.

Dabei ist die Auffassung der Rolle des Präsidenten eher französisch gedacht, die des Parlaments nähert sich dem amerikanischen Modell. Der Präsident, bei allgemeinen Wahlen direkt zu wählen, „incarnera le pouvoir souverain de l'Europe et portera la parole de l'Europe.“²³ Es ist besonders die Vorstellung von der Inkarnation der Macht in einer Person, die dem amerikanischen Misstrauen gegen jegliche Macht eher fremd, der französischen transzendenten Begründung von Macht jedoch eher vertraut ist.

Dagegen ist die parlamentarische Institution als Zweikammersystem gedacht, bestehend aus einer „Chambre des nations“, die die Interessen der Nationen vertritt und damit die Rolle des gegenwärtigen Ministerrates übernimmt, und einer zweiten Kammer, der „Assemblée européenne“, die direkt gewählt wird und das Europäische Parlament ablösen soll.

Ein Verfassungsgerichtshof, der die Tradition mehr des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als des gegenwärtigen EUGH aufnimmt, ergänzt das Institutionengefüge ebenso²⁴ wie – mit einigem Abstand zuletzt genannt – eine Regierung, die deutlich hinter der Bedeutung des Präsidenten zurückbleibt: „L'Europe a besoin d'un gouvernement, de ministères pour organiser concrètement les missions dévolues à son exécutif européen. Les prérogatives du président de l'Europe se définissent naturellement: la politique étrangère, l'économie, les finances, la défense, la justice, la sûreté, l'immigration, l'emploi, la culture. Autant de ministres à nommer.“²⁵

Auch an diesem Gedankengang, der beiläufig – „naturellement“ – die sonst umstrittene Frage eines europäischen Kompetenzkataloges löst, wird noch einmal das Modell der französischen Fünften Republik deutlich; die Regierung wird als ausführendes Organ des Präsidenten angesehen, mehr noch untergeordnet als in Frankreich selbst – es gibt zwischen Präsidenten und Ministern keinen Premierminister mehr. Aufgaben werden dieser Regierung zugewiesen („dévolues“),

nicht klar zu erkennen, wie durch diese Antwort die Selbstkritik entkräftet werden könnte.

22 Die Verfassungsforderung wird abgeleitet aus der Kritik an den bestehenden Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU und erhoben im Namen der Legitimität, vgl. besonders S. 98.

23 Ebd. S. 102.

24 Ebd. S. 99.

25 Ebd. S. 106.

ihre Rolle ist die der Organisation, die Minister sind die Finger an der Hand des Präsidenten.

Drei weitere definitivische Elemente spielen in der Konzeption von Monod und Magoudi eine tragende Rolle: Zum einen werden eindeutige und dauerhafte, klar bestimmte Grenzen Europas nicht nur verlangt, sondern sogar von den Autoren festgelegt: Die Türkei gehört dazu, Russland nicht, die Grenze des europäischen Staatsgebildes endet vor den Toren Weißrusslands und der Ukraine. Diese Grenzen sollen in der Verfassung festgelegt werden, unabhängig davon, ob die betroffenen Länder schon Mitglieder im europäischen Staat sind oder nicht.²⁶ Dabei ist nicht nur die Frage von Interesse, welche Länder als zugehörig betrachtet werden, für das Paradigma der Staatsauffassung ist mindestens ebenso wichtig, welche hohe Bedeutung einer definitiven Grenzziehung beigemessen wird – auch in dieser Hinsicht werden noch ganz andere Vorstellungen zur Kenntnis zu nehmen sein, wie etwa die Jean Marie Guéhenno, der die Territorialität von politischer Macht generell in Frage stellt. Weit davon entfernt, bestehen Monod und Magoudi auf dem traditionellen Kennzeichen eines konventionellen Staates, dem eindeutigen Staatsgebiet.

Das zweite weitere Element betrifft die Staatsbürgerschaft, als „état civil“ von Monod und Magoudi ebenfalls mit dem Pathos der französischen Staatsauffassung belegt, wobei noch einmal die Anbindung an die Französische Revolution besonders deutlich wird: in der Vorstellung der „laïcité“, dem entscheidenden Bindemittel der ‚nation une et indivisible‘. Diese identitätsvermittelnde Zugehörigkeit zur staatlichen Gemeinschaft soll über allen Unterschieden – ursprünglich konfessionellen und religiösen – angesiedelt sein, sie wird bezeichnenderweise „octroyée par un pouvoir souverain indépendant“²⁷, d.h. von oben gegeben, als Emanation des Staates.²⁸

Und schließlich wird drittens dem souveränen europäischen Staat eine Weltmachtrolle zugewiesen, die ihn zum gleichgewichtigen Partner vor allem der USA macht. Hier spielt ein weiterer Topos der französischen Staatspolitik eine

26 Vgl. S. 113; die Begründungen für den Einschluss der Türkei S. 117f., für den Ausschluss Russlands S. 118f.

27 Ebd. S. 114.

28 Vgl. zur Bedeutung der „laïcité“ für das französische Selbst- und Staatsverständnis Danièle Hervieu-Léger: Die Vergangenheit in der Gegenwart: Die Neudefinition des „laizistischen Paktes“ im multikulturellen Frankreich. In: Peter L. Berger (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome. Gütersloh 1997, S. 85-153. Darin wird die These vertreten, daß „der Laizismus [...] der zentrale Anknüpfungspunkt für die kollektive Identität und die symbolische Untermauerung der französischen Vorstellung von Staatsbürgerschaft“ (S. 149) ist.

Rolle, nämlich die Vorstellung vom Gleichgewicht²⁹, das Frankreich – und nun Europa – kraft seiner Bedeutung in der Welt wahren müsse.³⁰

Unvermeidlich sind angesichts dieser Staatsauffassung gewisse Widersprüche. Sie ergeben sich aus der Übertragung des einheitlich gedachten, zentralisierten französischen Modells des souveränen Nationalstaats auf ein Europa, dessen innere Vielfalt auch Monod und Magoudi nicht zerstören, sondern erhalten und fördern wollen: „La grande richesse de l'Europe restera sa diversité culturelle. Elle mettra en oeuvre les structures politiques, économiques, techniques qui démultiplieront l'expression de ses diversités. La première de ses richesses est le nombre de ses langues qu'il faut sauvegarder.“³¹

Die Diskrepanz zwischen der Einheitlichkeit des Souveränitätsmodells und der Vielfalt in Europa ist mit ihrem Modell unüberbrückbar. Kulturelle und Sprachenvielfalt, mit Folgen für Kompetenzen dieser Kulturgemeinschaften auf politischen und wirtschaftlichem Gebiet – diese Vorstellung steht im Widerspruch zur Auffassung von der Einheitlichkeit der Nation, des Volkes, des Staates, die an anderer Stelle dominiert. Die Widersprüche werden noch flagranter, wenn man die Überlegungen der Autoren zur französischen Staatsstruktur einbezieht: „A cet égard, la construction européenne va contrarier le mouvement de centralisation qui a été celui de la France depuis des siècles, centralisation qui a eu de considérables effets sur notre façon d'être. Elle a, par exemple, muselé des langues, qui ne demandent qu'à renaître“.³² Überhaupt wünschen sich Monod und Magoudi als Folge der europäischen Staatsbildung „une France décentralisée, moderne et dynamique aux structures renouvelées.“³³

Der unvermeidliche Widerspruch zeigt sich besonders deutlich bei der ambivalenten Einstellung der Autoren zum europäischen Föderalismus. Expressis verbis setzen sie sich von föderativen Vorstellungen europäischer Einigung ebenso entschieden ab wie von den ‚Souverainistes‘: Sie distanzieren sich von der „molle idéologie des fédéralistes européen qui achoppe sur la nature de la souveraineté européenne à mettre en place.“³⁴ Sie präzisieren, was sie nicht wollen:

29 Besonders offenkundig wird dieser Topos in der Untersuchung von Valérie Guérin-Sendelbach: Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld. Opladen 1999; vgl. dort z.B. S. 20, 44, 79, 308f, besonders S. 53ff (Abschnitt „Erhaltung des europäischen Gleichgewichts“) und S. 320, wo Frankreich eine „Gleichgewichtsdiplomatie alten Stils“ bescheinigt wird.

30 Vgl. Monod und Magoudi, a.a.O., S. 133ff.

31 Ebd. S. 138; vgl. auch die folgenden Seiten.

32 Ebd. S. 146.

33 Ebd. S. 131.

34 Ebd. S. 29.

„Nous voulons encore moins d'une Europe fédérale, réalité qui est contraire à l'histoire des Français, et n'apporte rien de neuf à celle des Allemands.“³⁵

Einen ganzen eigenen Absatz und damit Gedankengang widmen die Autoren dem Verhältnis zwischen ihrem Konzept und dem föderalistischen, allerdings mit eigenartigem Ausgang: Sie stellen fest, daß der Zusammenschluss der europäischen Staaten zu einer souveränen Union neben Republiken auch konstitutionelle Monarchien umfassen würde. Und allein darin sehen sie – jedenfalls in diesem Gedankengang – den Grund dafür, nicht von Föderalismus zu sprechen: „Le système fédératif est par nature exclusif de la monarchie [...] Il n'est pas lieu d'aller contre la force des traditions et d'accoler le mot fédéralisme à celui de monarchie. C'est pourquoi nous avons choisi le terme d'Union souveraine.“³⁶ Dass Belgien eine dieser konstitutionellen Monarchien und zugleich ein föderal aufgebauter Staat ist, müsste allein genügen, um das vorgebrachte Argument ad absurdum zu führen.

Damit nicht genug, an anderer Stelle verwenden die Autoren selbst den Begriff des Föderalismus, in seiner Verbform: „Allons à l'essentiel. Voyons le contenu de la morale qui constituera l'épine dorsale de l'Europe, morale qui fédèrera ses singularités irréductibles“³⁷. So bleibt der Widerspruch zwischen dem Erhalt der Vielfalt in Europa und dem Projekt seiner Einheit in der Form des französischen Modells eines souveränen Staates unauflösbar.

Jérôme Monod und Ali Magoudi positionieren sich selbst im Spektrum der französischen Beiträge zur Europadebatte und situieren ihren Beitrag genau an der Stelle, die ihm auch im Rahmen dieser Studie zugewiesen wird: „Entre repli national et intégration fédéraliste, une voie originale“³⁸, das ist ihr Anspruch. Die Originalität freilich ist begrenzt: Nicht das Modell für Europa ist originell, es ist vielmehr deutlich als altbekanntes erkennbar. Die Originalität liegt allein in der Entschlossenheit, mit der es auf Europa übertragen wird. Der Preis dieser begrenzten Originalität ist die innere Widersprüchlichkeit des Ergebnisses.

35 Ebd. S. 129. Die Begründung, eine europäische Föderation der Deutschen bringe nichts Neues ein, scheint ein eher schwaches Argument gegen den Föderalismus zu sein.

36 Ebd. S. 76.

37 Ebd. S. 132, kursive Hervorhebung durch H.M.

38 Ebd. Buchrücken-Text.

2. Liberale Wege zur europäischen Verfassung und Föderation

2.1 Liberales Desinteresse an Souveränität und das Lob des freien Bürgers: Patrick Devedjian

Obwohl nach eigener Einschätzung und Funktion ebenfalls dem konservativen französischen Lager zugehörig – zumal als Generalsekretär des RPR³⁹ –, vertritt Patrick Devedjian gerade in seinem neuen Buch und trotz dessen Titels „Penser la droite“ liberale Auffassungen im Hinblick auf Staat, Nation und Europa. Die Grundfigur seines Denkens ist die Antinomie von Staat und Individuum, nicht die Identität von Staat und Nation; darin liegt der entscheidende Unterschied zu den ‚Souverainistes‘ und auch zu Monod und Magoudi. Die Distanz, die Devedjian zwischen sich und die „Souverainistes“ legt, ist folglich auch erheblich größer als die, auf der Monod und Magoudi bestehen: Letztere billigen Pasqua, de Villiers und den ihren zu, daß ihre „démonstrations ne sont pas toujours infondées“, ja sie „s’appuient sur certaines valeurs que nous partageons“⁴⁰ – Devedjian dagegen qualifiziert die „Souverainistes“ ohne Kompromiß: „en réalité le souverainisme est un nationalisme honteux [...] le souverainisme est l’autre versant du nationalisme. Le nationaliste dit que sa nation est au-dessus de tout, *über alles*, c’est une idéologie de la conquête“⁴¹.

Staat und Individuum stehen sich allerdings nicht gleichberechtigt gegenüber. Devedjian denkt das Verhältnis beider zueinander mit dem spezifisch liberalen Akzent, dass die Dominanz des Staates im Namen des Individuums, seiner Freiheitsrechte und seiner Selbstentfaltung in Frage gestellt und zurückgedrängt werden müsse. „Penser la droite“, der Titel des Buches, definiert zugleich den Gegensatz zwischen politischer Rechte und sozialistischer Linke als den Unterschied zwischen Individuum und Kollektiv: „La droite au fond parle de l’individu quand la gauche parle du collectif. Or l’histoire n’est-elle pas le fruit

39 Patrick Devdjian, dessen Familie armenischer Herkunft ist, ist selbst Rechtsanwalt, Bürgermeister der Pariser Vorstadt Antony und engagiert sich als Abgeordneter in der Nationalversammlung und im RPR vor allem auf den Gebieten der Justiz und der Sozialpolitik. Auch als Autor ist er bereits hervorgetreten mit dem Buch „Le Temps des jeunes“ (Paris 1996). Devedjian ist ebenfalls Mitglied im Präsidium der Europäischen Bewegung Frankreich.

40 Ebd. S. 149.

41 Patrick Devedjian: *Penser la droite*. a.a.O., S. 152f. Allerdings, da spricht wohl der Generalsekretär der RPR aus ihm, kann sich auch Devedjian aus wahltaktischen Gründen eine Kooperation mit den *Souverainistes* vorstellen: Sie sollen die extreme Rechte vor dem Abgleiten zum *Front National* bewahren und damit im republikanisch-konservativen Lager halten; vgl. ebd. S. 156.

de la longue émergence des droits de l’individu, par rapport aux exigences du collectif?“⁴²

Alle Ansprüche jeglicher Formen des ‚Kollektivs‘, sei es gesellschaftlicher oder nationaler Natur, müssen, das ist für Devedjian geradezu der Sinn der Geschichte und die Mission der Rechten, auf das strikte Minimum zurückgedrängt werden: „La société est faite pour l’homme et non l’inverse; il ne faut pas plus de collectif qu’il n’est strictement nécessaire.“⁴³ Aus dieser Sicht situiert sich Devedjian ebenso weit entfernt vom Nationalismus – à la ‚Souverainistes‘ – wie vom Sozialismus: von seinem Standpunkt aus ergibt sich „la proximité du socialisme et du nationalisme“⁴⁴. Nur seine liberale Rechte, die eigentlich mehr eine rechte Liberale ist, trägt der Tatsache Rechnung, daß „jamais les droits de l’individu n’ont fait l’objet d’une telle exigence. La vocation de la droite devient alors évidente. [...] Elle seule perçoit toute la logique de la mondialisation qui ne peut être que compétitive, donc libérale.“⁴⁵

Auch das strikte Minimum an Kollektiv läßt sich in Devedjians *Raisonnement* leicht definieren: Es ist die Familie, vielleicht das einzige wirklich konservative Element in seiner Doktrin: „La famille est le prolongement naturel de l’individu et son cadre privilégié d’épanouissement.“⁴⁶

Ein durch die Wertschätzung der Familie gedämpfter Individualismus – dieser Ausgangspunkt prägt Devedjians Einschätzung von Nation, Staat, Europa und Souveränität; diese alle sind am Maßstab der individuellen Freiheit zu messen, ihr zu Diensten und daher sekundär. Sie können und dürfen nicht mit dem Anspruch auf Absolutheit auftreten. Zunächst, in der Logik der Auseinandersetzung mit den ‚Souverainistes‘ einen Schritt weitergehend, kritisiert er deshalb die französische Konzeption der Souveränität: „Or, la souveraineté ne peut être absolu et elle ne l’a jamais été. Le monde est une négociation permanente dans laquelle la souveraineté est sans cesse en compromis.“⁴⁷

Die kritische Einstellung Devedjians gegenüber der Souveränität – immer aufgrund des „attachement prioritaire à la liberté“, das dazu führt „à préférer l’individu à ce qui est collectif“⁴⁸ – findet ihre konsequente Fortsetzung in seiner Distanz zum französischen Staatsdenken, dessen Absolutheitsanspruch er zu-

42 Buchdeckeltext, Buchrückseite; teils wörtlich in weniger prägnantem Zusammenhang auch S. 109.

43 Ebd. S. 111.

44 Ebd. S. 110.

45 Ebd. Buchdeckeltext, Buchrückseite.

46 Ebd. S. 111.

47 Ebd. S. 153.

48 Ebd. S. 109.

nächst relativiert, indem er diesen Staat als ein historisches Phänomen behandelt: „Le poids de l'Etat dans la vie de notre nation vient de l'histoire“⁴⁹. Dabei haben verschiedene Legenden mitgespielt: „A l'inverse des autres pays, nous dit-on, la nation française n'aurait pu agréer tant de diversités que par la main de fer d'un Etat tout-puissant, sans lequel elle courrait le risque de se déliter. Cette légende justifie encore une centralisation extrême et un dirigisme à peine récessif.“⁵⁰

Im Namen des freien Bürgers, liberal verstanden als (in seine Familie natürlicherweise eingebettetes) Individuum, wird das Versprechen der Französischen Revolution erst noch eingefordert. 1789 wurde Frankreich „en quelque sorte l'objet d'une nationalisation au profit d'une société anonyme, mais elle n'est pas réellement rendue à ses habitants.“⁵¹ An diese Stelle gehört die entschiedene Kritik des Konzepts der „volonté générale“, die tatsächlich mit Devedjians Plädoyer für einen liberalen Individualismus keineswegs vereinbar ist: „A défaut de définir juridiquement l'intérêt général comme la somme des intérêts individuels, le Conseil d'Etat est contraint de définir sa conception comme une ‚croyance‘ et de se réfugier derrière la théorie mille fois réfutée de Jean-Jacques Rousseau, théorie qu'ont d'ailleurs employée tous les systèmes totalitaires.“⁵² Das richtige Verhältnis zwischen Bürger und Staat habe sich also noch gar nicht erringen lassen, „les citoyens sont restés des sujets“.⁵³

Es ist nicht weniger als eine Umkehrung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger, das Devedjian anstrebt. Deshalb kann er den französischen Zentralismus kritisieren und eine weitgehende Dezentralisierung fordern – es ist dieser Gedankengang, der ihn am weitesten in die Nähe des Föderalismus führt, und zwar mit zwei wesentlichen Elementen: „Le premier instrument de modernisation est le contrat qui permet de choisir les personnels qui élaborent et exécutent une politique“.⁵⁴ Der Gedanke des Vertrages als Grundfigur gesellschaftlicher Beziehungen, der geradezu die Alternative zur politischen Herrschaft darstellt, ist

49 Ebd. S. 95.

50 Ebd.

51 Ebd. S. 96. Der Gedanke der unvollendeten oder falsch vollzogenen Revolution ist ein Leitmotiv der französischen politischen Geistesgeschichte, bei so unterschiedlichen Denkern wie Proudhon und Tocqueville schon im 19. Jahrhundert paradigmatisch durchdacht. Devedjian selbst nimmt in diesem Sinne auf Tocqueville Bezug, ebd.

52 Ebd. S. 104. Devedjian nimmt Bezug auf den Teil des „Rapport public 1999“, den der französische Conseil d'Etat vorgelegt hat und in dem, vom Berichterstatter über die Frage des „intérêt général“, Raphael Hadas-Lebel, rund hundert Seiten dieser zentralen Frage des französischen staatlichen Selbstverständnisses gewidmet sind.

53 Ebd. S. 96.

54 Ebd. S. 100.

die zentrale Konzeption Proudhons in dessen „principe fédératif“.⁵⁵ In dem Willen, die Herrschaft des Staates zu brechen und an dessen Stelle ein freies, aber nichtsdestoweniger verbindliches Abkommen der Bürger untereinander zu setzen, kommen sich Proudhon und Devedjian unverhofft nahe.

Das zweite Element ist leichter in seiner föderativen Substanz zu erkennen: „Le second est la décentralisation qui suscite la dispersion des centres de pouvoir, permettant les contrepoids et empêchant la pensée unique des administrations centrales.“⁵⁶ Die Gedanken der Machtverteilung („dispersion“) und des Ausgleichs, der Begrenzung von Macht durch Gegenmacht – im amerikanischen Föderalismus die ‚Checks and balances‘ – („contrepoids“) sind deutlich zu erkennen.

Allerdings zieht Devedjian aus seiner Kritik an der Souveränitätsdoktrin, der französischen Auffassung des zentralisierten Nationalstaats, der legitimierenden Funktion der ‚volonté générale‘ und trotz gelegentlicher gedanklicher Nachbarschaft zu Elementen föderalistischen Denkens nicht die Konsequenz, ein föderales Modell politischer Herrschaft, weder für Frankreich noch für Europa, zu entwickeln.

Föderalismus bleibt als Konzeption unentwickelt. Anders als Monod und Magoudi kehrt Devedjian sich nicht dagegen und verwickelt sich auch nicht in die bei den anderen beiden Autoren unvermeidlichen Widersprüche. Der Begriff der Föderation erscheint auch bei Devedjian, allerdings nur als Konzeption für den Zusammenhalt der so heterogenen Teile der französischen Rechten: „Une fédération des partis de droite“ strebt er an, „c'est la forme fédérale qui paraît la plus heureuse“⁵⁷, um Einheit und Vielfalt innerhalb des rechten Lagers miteinander zu vereinbaren.

Die Beschränkung auf den Gegensatz zwischen individualistisch verstandenem einzelnen Bürger und Staat lässt offenbar die ausdifferenzierte föderalistische Machtkonzeption zwar nicht als bedenklich, aber auch nicht als vordringlich erscheinen. Diese Vermutung scheint sich zu bestätigen, wenn Devedjian den Begriff der Subsidiarität verwendet, ihn aber nicht in eine föderalistische Perspektive, sondern ausschließlich in den Dienst des Individualismus stellt: „Le principe de subsidiarité inventé par Aristote et remis à la mode par le débat européen [...] défend les citoyens contre les pouvoirs.“⁵⁸ Dass das Subsidiaritätsprinzip

55 Vgl. Bernard Voyenne: *Le fédéralisme de Pierre-Joseph Proudhon*. Paris, Nizza 1973 (= *Histoire de l'idée fédéraliste*, Bd. 2, Reihe „Réalités du présent“, cahier 9), bes. Kap. IV: „Le contrat mutualiste“, S. 73ff. „Du principe fédératif“, Proudhons Buch von 1863, kann als sein Hauptwerk angesehen werden.

56 Devedjian: *Penser la droite*, a.a.O., S. 100.

57 Ebd. S. 170f.

58 Ebd. S. 184.

nicht nur diesen Schutz gegen die politische Macht, sondern auch eine Anleitung zu ihrer adäquaten Konstruktion bietet und damit den strukturierten Aufbau von gesellschaftlichen und politischen Gemeinschaften anleitet – diesen Gedanken vollzieht Devedjian nicht mit.

Europa erscheint für Devedjian gewissermaßen am Horizont – ohne dass von einem politisch geeinten Kontinent für ihn die Bedrohung ausginge, die die ‚Souverainistes‘ darin sehen, aber auch ohne dass er in einer europäischen Staatsbildung eine lohnende Chance sehen könnte – wie Monod und Magoudi –, den Verlust der ohnehin obsoleten staatlichen Souveränität auszugleichen. Ganz im Gegenteil, und in diesem Gedanken wird der Gegensatz zu Monod und Magoudi noch einmal besonders deutlich: Europa wird von Devedjian als dringend benötigtes Mittel, Instrument oder Werkzeug angesehen, um die französische Nationalstaatstradition aufzubrechen:

„La démocratie pour être quotidienne doit répartir le pouvoir de telle sorte que les décisions soient naturellement reconnues comme un acte collectif. Il faut des contrepoids à l’horlogerie du pouvoir. [...] C’est dire combien est archaïque et dangereuse la persistance de notre abloutisme masqué.

La réforme ne viendra donc que par la poursuite du processus de construction de l’Union européenne. Seule cette contrainte, à la fois externe et interne, a la force suffisante de permettre, dans les craquements de la douleur, les rénovations. C’est à ce prix que nous resterons nous-mêmes“.⁵⁹

Dass Devedjian mit diesem Raisonement Europa gewissermaßen für die französische Identität, für französische Interessen instrumentalisiert, weist ihn letztlich wiederum als Vertreter der Rechten aus, für die er streitet: „Le destin de notre pays, magnifié par la construction européenne“⁶⁰, das ist das Ziel und zugleich das Verhältnis zwischen Frankreich und Europa.

59 Ebd. S. 183.

60 Ebd. S. 191. Vgl. auch S. 93: „Les adversaires de l’Europe ne cessent de gémir sur l’américanisation de la société, mais ils ne veulent pas voir que seul un modèle européen, largement influencé par la France, peut lui apporter une réplique sérieuse.“ Allerdings ist der solide Liberalismus Devedjians eine Garantie dafür, dass das amerikanische Modell nicht geradezu als ablehnenswert betrachtet wird. Darauf weist auch die Schlussbemerkung hin, in der die Rede ist von den „valeurs politiques que nous avons échangées avec les Etats-Unis et la Grande-Bretagne et qui ordonnent de plus en plus la planète.“ (S. 191) Von einem deutsch-französischen Tandem dagegen ist nirgends die Rede. Freilich muss insgesamt einschränkend zur Analyse von Devedjians Standpunkt gesagt werden, dass sein Buch ja ausdrücklich nicht der Frage nach der Zukunft Europas, sondern dem innenpolitischen Thema gewidmet ist, das der Titel ankündigt. Die relativ schwache Konturierung europäischer Konzeptionen könnte damit erklärt werden.

2.2 Nationen als Bausteine einer verfassten und föderalen Europäischen Union: François Bayrou

Mit seinen liberalen Ansichten⁶¹ hat Patrick Devdjian Mühe, sich als Vertreter der politischen ‚Rechten‘ von denen zu unterscheiden, die in Frankreich als Inhaber der liberalen Positionen gelten. Insbesondere, und zumal unter dem Gesichtspunkt der europäischen Profilierung, gilt dies für Francois Bayrou, der nach mehrfachen Spaltungen der früheren Wahlpartei Valéry Giscard d’Estaings der neue Chef der ‚Nouvelle UDF‘ (Union pour la Démocratie Française) ist – der liberalen Partei Frankreichs schlechthin.

Devedjian selbst charakterisiert die UDF Bayrous denn auch als artverwandt mit seiner eigenen Partei, dem RPR: Wollte man die Unterschiede feststellen, so sei „l’analyse par le tempérament [...] sans doute plus éclairante que par le fond des idées.“⁶²

Zwei Unterschiede zu Devedjians liberalkonservativer Einstellung allerdings machen die eigenständige Profilierung der Positionen Francois Bayrous in dem hier entworfenen Spektrum der französischen Haltungen zu Europa dennoch interessant: Zum einen sind das die Überlegungen Bayrous zur Frage von Nation und Staat, von Nationalstaat und Europa, zum anderen sind es seine besonders prononcierten Ansichten zur Aufgabe einer europäischen Verfassungsbildung und ihrer föderalistischen Qualität.

Nation und Staat im Denken Bayrous

Bayrou gehört bereits zu denen, die von der Globalisierung als dem dominierenden Einflussfaktor der Gegenwart ausgehen und vor hier aus die Zukunft von Nation, Staat und Europa denken: „La grande révolution du temps que nous vivons, c’est le surgissement du monde ouvert. Chacun mesure ce que signifie l’addition d’un commerce devenu mondial, d’une finance devenue planétaire, de la circulation instantanée de quantité d’images“.⁶³

61 Vgl. zu Devedjians eigenem liberalen Bekenntnis neben allen zitierten Bemerkungen ebd. Kap. IV. L’essence du libéralisme, S. 64ff.

62 Ebd. S. 159f. Für diese Nähe spricht auch, daß sich die Nouvelle UDF wie der RPR im Europäischen Parlament in der gleichen Fraktion wiederfinden, in der der Europäischen Volkspartei, der deutscherseits die Unionsparteien angehören. Das mag für die neue UDF auf ihre Vergangenheit als christdemokratische Gruppierung CDS innerhalb der alten UDF zurückzuführen sein, allerdings spielt die christdemokratische Komponente in der neuen UDF jedenfalls keine dominierende Rolle mehr.

63 Francois Bayrou: Rede vor der französischen Nationalversammlung vom 26. November 1997 zum Vorschlag der Änderung des Gesetzes, nach dem die französische Staatsbürgerschaft verliehen werden soll. Zit. nach Internet, www.udf.org, S. 5f. des Redetextes.

Als Liberaler, so ist der zweite gedankliche Schritt, unterscheidet er sich von den ‚Souverainistes‘ aller couleur durch die grundsätzlich positive Einschätzung der Globalisierung – auch das verbindet ihn mit Devedjian. Deshalb qualifiziert er alle Reaktionen auf die Entstehung der „offenen Welt“, die diese positiven Aspekte nicht erkennen, als „Neurosen“, als krankhaft: „Face au monde ouvert, si nous ne savons pas répondre à ces questions, ce sont de véritables névroses collectives que nous provoquerons. [...] Nous voyons monter les sectarismes, les extrémismes, les nationalismes, de la part de ceux-là qui sont les moins prêts à assumer les contraintes d’adaptation ou de compétition de monde ouvert.“⁶⁴ Selbst einen medizinischen Namen präsentiert Bayrou für diese Ängste: Agoraphobie, „la peur panique des grands espaces“.⁶⁵

Dritter gedanklicher Schritt: Das angesichts der Globalisierung wachsende Bedürfnis nach Selbstvergewisserung, „la possibilité d’un enracinement dans une identité, dans une culture“⁶⁶ hält Bayrou für gerechtfertigt. Da also – das vierte Glied in der Gedankenkette – die Globalisierung zu kollektiven Neurosen wie der Wiederbelebung des Nationalismus führe, müsse dieser Gefahr Einhalt geboten und das Bedürfnis nach eigenständiger Identität anerkannt werden, und zwar durch die Aufwertung – im wörtlichen Sinne: den erneuerten Bezug auf Werte – der Nation: „Nous croyons que la conception française de la nation est la meilleure manière, la seule épanouissante de répondre à ce besoin des êtres et des groupes humains.“⁶⁷

Drei Fragen schließen sich an und treiben den Gedankengang um drei weitere Schritte in Richtung auf Europa voran: Welches ist die französische Konzeption der Nation, die Bayrou im Sinn hat? Wie verhält sich diese Auffassung von Nation zum Nationalstaat? Und wo erhält Europa seinen Platz?

Um die „conception française de la nation“ zu entfalten, beruft sich Bayrou auf die traditionelle Entgegensetzung zwischen der deutschen und der französischen Definition von Nationalität und zitiert zu diesem Zweck Fichte und Renan: der deutsche Philosoph sehe in der Nation „un corps social prédéterminé dont l’individu serait seulement dépendant, incarné en partie par la langue“, während Renan, nach einer berühmten Formel, das bewusste individuelle Bekenntnis zu einer politischen Gemeinschaft, den „plébiscite de tous les jours“⁶⁸ als konstitutives Element der Nation anerkenne. Diese beiden Konzeptionen gelte es angesichts der heutigen Herausforderungen miteinander zu vereinen: „Une nation, au

64 Ebd. S. 6; als die Rede gehalten wurde, gab es die Gruppierung der ‚Souverainistes‘ unter diesem Namen noch nicht.

65 Ebd.

66 Ebd.

67 Ebd.

68 Ebd. S. 4.

temps du monde ouvert, c’est une communauté de destin, acceptée, revendiquée. Fichte et Renan se séparaient sur l’origine de la nation. On doit les réconcilier sur son horizon.“⁶⁹

Angesichts der Ängste, die die Globalisierung verursacht, und die entweder neurotische Reaktionen – wie Nationalismus – oder auch nur das verständliche Bedürfnis nach Identifikation und sozialer Gemeinschaft auslösen, ist für Bayrou die Nation das richtige Heilmittel, „en associant ainsi un héritage [...] à un idéal“.⁷⁰

Dieses Bekenntnis zur Nation läßt bei genauerem Hinsehen die Möglichkeit zu, Bayrous Position auf dem politischen Spektrum rechts von Devedjian einzuordnen – im Widerspruch zur etablierten ‚Sitzordnung‘ von RPR und UDF. Denn Devedjian leugnet zwar nicht die Lebendigkeit der Nation, aber sein eigentliches Augenmerk gilt dem Individuum. Nicht die Nation, die Menge der Individuen ist sein Referenzpunkt, während Bayrou die identitätsstiftende Funktion der Nation in den Vordergrund schiebt.

Bayrous Plädoyer für die Nation ist allerdings keineswegs gleichbedeutend mit einer Verteidigung des Nationalstaates. Im Gegenteil: Gerade weil der Staat gewissermaßen das Opfer der Globalisierung werde, müsse erfahrbare Identität und Gemeinschaft auf der einen Seite und politische Handlungsfähigkeit auf der anderen Seite auseinandergelegt, auf zwei Schultern verteilt werden – auf die Nation und auf Europa. Europa ist die Alternative zum Staat, nicht zur Nation.

Wenn aber sowohl die Nationen eine neue tragende Rolle im Drama der Globalisierung zu spielen haben wie auch Europa als Akteur den Staat teilweise ersetzen oder zumindest ergänzen muss, dann ist der Weg zu einer föderalen Konzeption nicht mehr weit: Erfahrbare, bürgernahe Demokratie, so Bayrous Überlegung, setzt ein Zusammengehörigkeitsgefühl von nationaler Intensität voraus, inklusive der damit gegebenen sprachlichen Kommunikationsmöglichkeiten: „La démocratie vivante exige que l’on se comprenne. Elle ne s’accommode pas de la tour de Babel.“⁷¹

69 Ebd. S. 5. Man mag in dieser Aufgabenstellung einen Beitrag zur gemeinsamen deutsch-französischen Zukunftsfindung für Europa sehen. Die gedankliche Figur hat darüber hinaus Ähnlichkeit mit der Unterscheidung, die Jean-Marie Guéhenno im Anschluß an Benjamin Constant trifft und die in der Formel von der „liberté des anciens“ vs. „liberté des modernes“, deutlicher noch in Guéhennos eigener Unterscheidung zwischen europäischer und amerikanischer Nationalität enthalten ist. Vgl. Jean-Maire Guéhenno: *L’avenir de la liberté. La démocratie dans la mondialisation*. Paris 1999, bes. Kapitel 10: „Entre Rousseau et Tocqueville: démocratie européenne, démocratie américaine“, S. 145ff.

70 Bayrou: Rede vom 26. November 1997, a.a.O., S. 6

71 Ebd. S. 7. Nicht ganz klar ist, in welchem Sinne Bayrou an einer problematischen Stelle

Die europäische Konzeption einer föderalen Verfassung

In dieser Sichtweise bleiben die Nationen die unverzichtbaren Bausteine, die Glieder der Europäischen Union: „L'Europe n'est pas l'ennemie des nations. L'Europe est la seule alliée possible des nations. Car une nation n'existe vraiment, ne rayonne vraiment, si elle n'a pas accès à la puissance pour faire entendre ses valeurs. Or la puissance monétaire, militaire, diplomatique, la puissance d'établir des règles, notamment dans le monde économique ou le monde du commerce“,⁷² diese Gestaltungsmacht komme heute nur noch den kontinentalen Zusammenschlüssen wie der Europäischen Union zu – womit zugleich die gedankliche Brücke zu Bayrous eigentlicher Europa-Vision hergestellt und ihr Inhalt bereits angedeutet ist.⁷³

Diese Europa-Vision Bayrous und seiner Gruppe, der ‚Nouvelle UDF‘,⁷⁴ zeichnet sich durch zwei Charakteristika aus: Sie enthält die durchdachte und weitgehend präzisierte Forderung nach einer europäischen Verfassung, und sie scheut sich trotz der öffentlichen französischen Vorbehalte nicht, ausdrücklich den Föderalismus-Begriff zu verwenden. Dies wird am Wahlprogramm der Nouvelle UDF unter dem Titel „Une Europe à la dimension du nouveau siècle“ deutlich.

Darin kommen zunächst zwei Motive für eine institutionelle Reform zur Sprache, die bevorstehende Osterweiterung und das Demokratiedefizit, zu dem sich als drittes das der Effizienz des Entscheidungssystems gesellt. „Il s'agit au-

seines Gedankenganges den Begriff „peuple“ anstelle von „nation“ gebraucht, dort nämlich, wo am ehesten ein Widerspruch zwischen seiner Verteidigung der Nation und seinem gleichzeitigen Pädoyer für Europa aufkommen könnte: „Il n'y a pas de légitimité sans appartenance à une communauté politique qui est capable de décider. Le peuple peut décider [...] c'est à lui et à lui seul qu'appartient la souveraineté. Encore faut-il qu'il y ait peuple. Or, il n'est pas possible que la conscience d'un citoyen embrasse un espace composé de cultures, de langues, de problèmes économiques et sociaux si brisés, si hétérogènes“ wie Europa, ebd.

72 Ebd.

73 Dieses Verhältnis zwischen Nationen als identitätsstiftenden politischen Gemeinschaften und kontinentalem Zusammenschluss zwecks Machterhaltung und –entfaltung belegt Bayrou mit dem Begriff der Subsidiarität, vgl. ebd. S. 8. Es sei nur noch angedeutet, dass Bayrou in dieser sehr grundsätzlichen und zugleich persönlichen Rede auch einen Stab für die innerstaatliche Dezentralisierung, ja die Anerkennung kultureller Vielfalt innerhalb der französischen Nation bricht: „Je suis un ami et défenseur passionné des cultures diverses qui ont fait la France et l'Europe. J'aime passionnément la culture et l'identité basques. [Bayrou stammt aus dem baskischen Béarnais] Je suis un défenseur passionné de la décision prise de près, particulièrement de la décentralisation de la prise de décision politique. Mais, pour moi, cela n'a de sens que dans une France forte.“

74 Zu ihr gehört neben dem früheren Europaminister Alain Lamassoure als maßgebliche Mitdenkerin auch die frühere Verkehrsministerin und gegenwärtige Präsidentin der Europäischen Bewegung Frankreich, Anne-Marie Idrag.

jourd'hui de faire fonctionner une véritable Union politique ouverte à vingt ou trente Etats.“⁷⁵ Schon die heutige EU, „chacun le reconnaît, souffre d'un déficit démocratique.“⁷⁶ Transparenz, Vereinfachung und Klarstellung sind die Stichworte für den Ausgleich dieses Defizits. „C'est pour répondre à cette exigence qu'il nous faut une Constitution, c'est-à-dire la loi fondamentale d'une communauté qui définisse des objectifs, ses principes fondamentaux et qui établisse le partage des pouvoirs et des responsabilités.“⁷⁷

Die Verfassung selbst soll das Amt eines auf fünf Jahre zu wählenden Präsidenten der Kommission vorsehen, der zugleich als Präsident der Europäischen Union insgesamt auftritt, und zwar „tant au sein de l'Europe pour faire valoir les enjeux de nature économique et sociale, qu'auprès des grands ensembles mondiaux, pour défendre les intérêts de l'Union dans le domaine de la politique étrangère et de la sécurité.“⁷⁸

Der Präsident beruft nach den Vorstellungen der Nouvelle UDF Bayrous im Einvernehmen mit den Regierungen die Kommissare, deren Anzahl sich nach den sinnvollerweise zu bearbeitenden Ressorts, nicht nach nationalen Ansprüchen auf je einen oder gar zwei Kommissare richtet. Im Rat sieht das Verfassungsprojekt die Generalisierung von Mehrheitsabstimmungen bei reformierter Stimmengewichtung und mit Ausnahme wesentlicher Vertragsänderungen vor.⁷⁹

Dieses Verfassungsmodell wird ausdrücklich als ein föderales qualifiziert: „Il nous faut bâtir une Union fédérale européenne“ heißt es unter der Überschrift „Vers un modèle fédéral“.⁸⁰ Bayrou und die Seinen glauben, die ‚föderale Berufung‘, die in den Vertragstext bei Gelegenheit der Maastrichter Reform hineinzuformulieren so viele Auseinandersetzungen auslöste und daran scheiterte, dennoch in der Ersatzformel ausgedrückt zu finden, die dann Eingang in den Vertrag fand: „Le fédéralisme est inscrit dans le traité d'Amsterdam, qui définit la finalité de l'Union Européenne comme ‚la création d'une union de plus en plus étroite‘ [...]“⁸¹ Dabei werden die gemeinsame Währung und der Integrationsstand der Agrarpolitik schon als föderal bezeichnet; sie „sont déjà des acquis de nature fédérale. Il faut compléter et démocratiser ce fédéralisme. Parallèlement, il importe que les politiques européennes valorisent les organes de pouvoir

75 Nouvelle UDF: Une Europe à la dimension du nouveau siècle. Paris 1999, Fiches argumentaires, Les institutions, S. 1.

76 Ebd. S. 2.

77 Ebd.

78 Ebd. S. 2f.

79 Vgl. ebd. S. 3.

80 Ebd.

81 Ebd.

locaux et régionaux.⁸² Mit der letzten Perspektive greift das Föderalismus-Konzept auf die innerstaatliche Ebene über und berührt damit auch die Natur des französischen Staates.

Die Kompetenzverteilung soll nach dem Subsidiaritätsprinzip geregelt werden, dem ein eigener Argumentationskatalog gilt. Dabei werden auf drei Gebieten Kompetenztransfers zugunsten der EU verlangt: zum ersten auf kulturellem Feld, allerdings mit der strikten Maßgabe, nationale und regionale Kulturpolitik „technisch“ zu unterstützen, mit dem Ziel, dem „quasi-monopole“ amerikanischer Produktionen eine gemeinsame europäische Front entgegenzusetzen zu können; zum zweiten auf dem Gebiet der Rechtsprechung, wo „certains transferts apparaissent nécessaires puisqu'ils sont la conséquence de la libre-circulation des personnes, du marché intérieur, et de la suppression des frontières à l'intérieur de la Communauté.“⁸³ Schließlich wird die Forderung nach EU-Kompetenzen drittens auf beschäftigungs-politischem Gebiet erhoben, was im Programm einer liberalen Partei erstaunen mag, sogar „solennellement“ bekräftigt wird: „Il est surprenant, aussi bien sur le plan philosophique que sur le plan politique, sur le plan de la cohérence intellectuelle, mais aussi en termes d'égalité entre Européens, que sur les trois facteurs d'une économie (le travailleur, la monnaie, les biens produits), que seul l'homme soit exclu d'une politique volontaire de la Communauté.“⁸⁴ In dieser Forderung nach europäischer Beschäftigungspolitik trotz liberaler Orientierung mag man eine spezifisch französische Variante des Liberalismus erkennen, die der politischen Steuerung, sei es durch den Staat oder durch die EU, einen höheren Stellenwert zumisst als das in den liberalen Parteien anderer Länder der Fall ist.

Nichtsdestoweniger ergibt sich das Gesamtbild einer moderaten liberalen Grundposition, die durch soviel Distanz zum Herrschaftsanspruch des Nationalstaates gekennzeichnet ist, dass sie seinen Souveränitätsanspruch kritisieren, ja für überholt erklären und an seiner Stelle eine föderale Kompetenzverteilung

82 Ebd.

83 Ebd., Abschnitt „La répartition des compétences“, S. 2. Im Rahmen einer ausführlichen Analyse bedürfte auch die Wortwahl in den „Fiches argumentaires“ einer Interpretation: In den Überlegungen zur Ethik wird konstant der Begriff der ‚Person‘, nicht der des Individuums, verwendet – letzterer ist sonst eher Ausweis einer liberalen Auffassung vom Verhältnis zwischen dem einzelnen Menschen und dem Staat, wie auch in Bayrous Rede zum Staatsbürgerschaftsrecht deutlich wird. Hier dagegen ist vom „respect des droits fondamentaux de la personne“ die Rede, vom „respect de la personne humaine en tant qu'être unique“ (und nicht: „individu“), ebenso in der Forderung nach einem „observatoire européen des droits de l'Homme“; vgl. ebd. Zum Verständnis des Begriffs ‚Person‘ als Chiffre für eine bestimmte Gesellschaftsauffassung vgl. den Abschnitt über Jacques Delors.

84 Ebd.

zwischen lokaler, regionaler, staatlicher und europäischer Ebene fordern kann. Damit wird keineswegs die Nation als Rahmen kollektiver Identität aufgegeben, aber ihr Schicksal wird von dem des Staates abgekoppelt: Letzterer geht in einem vielfältigen Ensemble auf, erstere wird gerade durch die Rekonstruktion der politischen Instanzen vor den destruktiven Folgen der Globalisierung geschützt.

2.3 Der Nationalstaat als historisches Übel und die Europäische Föderation als seine Überwindung: Bernard Barthalay

„Le projet d'identifier Etat et nation est une aberration mentale, au même titre que le nazisme.“⁸⁵ Damit knüpft Bernard Barthalay zwar an François Bayrou an, aber es ist wohl die Radikalität seiner Kritik am Nationalstaat mit allen seinen Folgen, die Barthalays Position am deutlichsten von allen Nachbarn im Spektrum der Denkmöglichkeiten zum Verhältnis zwischen Staat und Europa, Souveränität und Föderalismus distanzieren. Sie unterscheidet ihn sowohl von den liberalen Haltungen Devedjians – und damit dem reformierten RPR – und Bayrous – dem Erbwalter des französischen moderaten Liberalismus à la Giscard d'Estaing – wie auch von den sozialdemokratischen Optionen Jacques Delors und seiner Umgebung im Parti Socialiste.

In kaum einem anderen Fall kommt die Folge des Gedankengangs schon im Titel des Buches so deutlich zur Sprache wie bei Barthalays neuestem Beitrag: „Nous, citoyens des Etats d'Europe“ gibt als Formel bereits die Reihenfolge der gedanklichen Schritte und ihren Ausgangspunkt an. „L'Europe et nous“ heißt der erste Teil des Buches, dessen erster Satz mit dem Pronomen „Nous“ beginnt, und allein im ersten Absatz (zwei Sätze lang) wird dieses „nous“ nicht weniger als viermal wiederholt, noch dichter zusammengedrängt lautet das Leitmotiv: „Nous sommes, depuis le Traité de Maastricht, nous les citoyens des Etats membres, citoyens de l'Union européenne [...] Nous, les grands absents de la construction de l'Europe [...] n'avons-nous pas enfin notre mot à dire?“⁸⁶

Das ‚Wir‘ verstanden als politische Gemeinschaft der Bürger – so, und nicht allein durch ‚Bürger‘, müßte man wohl den französischen Begriff des „citoyen“ übersetzen –, dieses ‚Wir‘ ist der Ausgangspunkt für Barthalay, wie an vielen

85 Bernard Barthalay: „Nous, citoyens des Etats d'Europe“. Paris (Harmattan) 1999, S. 231. Auch Bernard Barthalay ist keineswegs ein Außenseiter in der französischen Europadebatte. Hochschullehrer auf dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für Ökonomie der europäischen Integration an der Universität Lyon II, hat er sich seit vielen Jahren einen Namen insbesondere als Mitglied hochrangiger Experten- und Beratergruppen für die französische Regierung und die Europäische Union gemacht und ist dabei insbesondere für die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die private Verwendung des ECUs und die Erarbeitung des Europäischen Systems der Zentralbanken tätig geworden.

86 Ebd. S. 15.

Stellen seines Buches deutlich wird. Sein Anliegen ist es, „mettre la puissance publique, à quelque niveau qu'elle agisse, au service du citoyen (subsidiarité)“.⁸⁷ Für Barthalay ist damit ein entschiedener, gewissermaßen ein archimedischer Punkt gewonnen, von dem aus es ihm leicht fällt, die Welt der Nationalstaaten aus den Angeln zu heben.

Allerdings ist zu präzisieren, dass das ‚Wir‘ auch von Barthalay als Summe der Individuen verstanden wird, nicht als Gefüge von gesellschaftlichen Gruppen, von Gemeinschaften, die zusammen eine in sich gegliederte, vielfältige Gesellschaft bildeten. „La grande évidence du temps [...] est l'individu. L'individu libéré. Libre d'exprimer sa propre identité, la seule qui vaille.“⁸⁸ Allerdings wird dieser Individualismus nicht im liberalen Sinne verstanden, vielleicht eine Inkohärenz in Barthalays Konzeption, jedenfalls tritt ihm als Gesellschaftsmodell das der Sozialen Marktwirtschaft mit einem deutlichen Akzent auf ihrem Solidaritätsanspruch an die Seite.⁸⁹

Von größerer Bedeutung noch für die Grundlegung von Barthalays Denken ist der Bezug auf einen Wertekanon, der für ihn die Grundlage des europäischen Einigungsgedankens ist. Das gesamte umfangreiche erste Kapitel seines Buches ist diesen Wertvorstellungen gewidmet, die er auf vier Begriffe bringt: Offenheit („ouverture“), Toleranz („tolérance“), Recht und Gerechtigkeit („justice“), Fehlbarkeit („faillibilité“).⁹⁰

Auf dem Weg zum Entwurf einer europäischen Föderation ist die Nationalstaatskritik das nächste wichtigste Anliegen Barthalays, und seine radikale Gegenposition gewinnt er in einer teilweise erbitterten Auseinandersetzung mit dem französischen Modell. „Ce conservatisme jacobin perpétue, dans la ‚République une et indivisible‘, en dépit de progrès indéniables, mais notoirement insuffisants, une logique de fermeture, étouffante pour les potentialités que recèle ce pays et, qui plus est, complètement anachronique à l'âge du téléphone mobile, de la télévision directe et d'Internet.“⁹¹ Im Nationalstaat findet Barthalay den Schuldigen „de la xénophobie, du racisme et de l'antisémitisme“: „Ce coupable, c'est l'idéologie nationale, qui repose sur la fusion conceptuelle de l'Etat et de la nation [...]; c'est l'idéologie nationale qui engendre L'Etat-nation, ce monstre biface, et qui conduit [...] d'abord à la discrimination (le non-national n'a pas les mêmes droits), puis à l'exclusion (le non-national n'a pas droit de

87 Ebd. S. 231.

88 Ebd. S. 25.

89 Vgl. Ebd. S. 67: „l'économie sociale de marché (Sozialmarktwirtschaft) offre encore idéalement un point d'équilibre séduisant pour tous les Européens: le marché autant que possible, l'Etat autant que nécessaire.“

90 Vgl. diesen Wertekanon im Überblick S. 26f., das erste Kapitel insgesamt S. 23-60.

91 Ebd. S. 33.

cité), voire à l'expulsion (le non-national n'a pas le droit de séjourner), enfin à l'extermination (le non-national n'a pas le droit de vivre). Ce n'est qu'une question de degré.“⁹² Damit ist in der Tat der Zusammenhang zwischen Nationalstaatlichkeit und Nationalsozialismus, wie eingangs zitiert, hergestellt.

Dass für Barthalay unter diesen Umständen die ‚Souverainistes‘ irgendwo auf dieser nur graduell, nicht qualitativ abgestuften Skala der kleineren und größeren Übel ihren Platz haben, liegt auf der Hand: Er beklagt „la pérennisation officielle et médiatique des discours figés de l'‘étatisme‘, du ‚nationalisme‘ dont on se contente de condamner les excès sans admettre que le concept d'Etat-nation en est déjà gros, du ‚souverainisme‘, de l'‘exclusivisme‘ de l'Etat-nation et de sa souveraineté ‚indivisible‘, ‚inaliénable‘ et évidemment ‚sacré‘.“⁹³

Innerstaatliche Dezentralisierung ist nur eine folgerichtige Konsequenz aus der Demaskierung des Nationalstaates als einer menschenfeindlichen Ideologie. „Les Etats membres [der zu schaffenden europäischen Föderation ...] sont tenus de se décentraliser le plus possible, voire de se donner eux-mêmes une constitution fédérale.“⁹⁴

Bayrou und Devedjian erkennen beide im Nationalstaat eine gewisse Insuffizienz, während Barthalay allein in der Konzeption schon die Quelle vieler moderner Übel identifiziert; die liberalen Zweifler an der Funktionstüchtigkeit des Staates angesichts neuartiger Herausforderungen stellen doch nicht die historische – und noch nicht so lange zurückliegende – Angemessenheit des Nationalstaates an die vor kurzem noch lebendige Realität in Frage, Barthalay dagegen kritisiert die Nationalstaatsidee als von Anfang an verfehlt; Bayrou, Devedjian und andere (wie Quermonne, Croizat) halten den Nationalstaat für ergänzungsbedürftig, das Konzept der Souveränität für überholt, aber mehr um funktionaler Untüchtigkeit wegen, Barthalay dagegen verurteilt die Nationalstaatsidee in ihrem Kern als unmenschlich.

Aus der Kritik am Nationalstaat darf freilich nicht geschlossen werden, dass Barthalay die Idee der Nation und die des Staates ablehnt und zu den historischen Akten legt. Umgekehrt: Gerade die Kritik an der Verbindung beider zum

92 Ebd. S. 47.

93 Ebd. S. 110. Viele weitere eloquente Angriffe auf die Nationalstaatskonzeption französischer Prägung könnten ebenso zitiert werden, vgl. z.B. S. 212, wo Barthalay den in Deutschland für einige Zeit vielbenutzten Aufkleber „Alle Menschen sind Ausländer, fast überall“ zitiert und kommentiert: „C'est la plus belle réfutation que je connaisse de la fusion de l'Etat et de la nation.“ Auch das weitere Reasonnement an dieser Stelle ist aufschlußreich, desgleichen nochmals S. 229ff. Dass damit die Konzeption der nationalstaatlichen Souveränität a fortiori abgelehnt wird, braucht nicht noch eigens dokumentiert zu werden; vgl. dazu S. 59.

94 Ebd. S. 145.

Übel des Nationalstaates ist für ihn die Voraussetzung dafür, beide wieder voneinander trennen und ihrem humanen Zweck zuführen zu können. Darin findet er zurück in eine gemeinsame Argumentation mit Bayrou und dessen Vorstellungen von einem europäischen föderalen Konstitutionalismus: Staat und Nation müssen voneinander Abschied nehmen – ihre sündenfallähnliche Symbiose überwinden, wie Barthalay denkt; ihre dysfunktionale Verbindung lockern, wie Bayrou meint -, damit die Nation zu sich selbst zurückfindet und Staatlichkeit auf europäischer Ebene (und auf verschiedenen innerstaatlichen) sachgemäß und an die Erfordernisse einer neuen Zeit angepasst rekonstituiert werden kann.⁹⁵

In diesem Sinne ist Barthalay trotz seines entschieden gewählten ‚Wir, die Bürger‘ nichtsdestoweniger ein ‚Etatist‘⁹⁶ unter den Föderalisten: dem „nous, les citoyens“ stehen ebenso entschieden die „Etats d’Europe“ gegenüber – auch darin ist der Titel des Buches wegweisend für den Gedankengang Barthalays.

Wie für François Bayrou, so sind auch für Barthalay die beiden Begriffe ‚Verfassung‘ und ‚Föderalismus‘ die Schlüssel zum Verständnis seines Europa-Konzeptes. Wie er sich aber von Bayrou durch die Radikalität seiner Nationalstaatskritik unterscheidet, so auch durch die Originalität seiner Vorschläge für eine europäische Verfassung.

Zunächst gilt für Barthalay, dass die durch eine Verfassung legitimierte europäische Föderation nur staatlicher Natur sein kann: „Prétendre que l’on pourrait constituer, par un tour de passe-passe, une Fédération qui ne serait pas un Etat est un mensonge. Ou bien l’on a besoin d’une Fédération, on la veut et on la peut, et c’est un Etat. Ou bien l’on n’a pas besoin d’Etat, on le veut pas et on le peut pas, et il n’y a pas Fédération, mais collection d’Etats, concert d’Etats. Et impuissance.“⁹⁷ Staatlichkeit als solche ist es nicht, die Barthalay in Frage stellt,

95 Auf die Rolle, Bedeutung und Zukunft der Nationen geht Barthalay nicht mehr ausführlich ein, sein Augenmerk gilt in erster Linie der Entwicklung einer europäischen föderativen und verfassten Staatlichkeit. An den wenigen Textstellen, an denen von der Nation noch die Rede ist, stellt sich heraus, dass Barthalay sie sich als Kulturnation vorstellt: „Et les nations, dira-t-on? Singulièrement absentes de ce tableau? Non point. Elles sont partout. Que les Européens s’expriment: elles parlent, écrivent. Elles s’entendent et se parlent, se lisent. Et communiquent, s’écotent et s’échangent et se mélangent.“ Ebd. S. 205.

96 Vgl. dazu Heinrich Schneider: Rückblick für die Zukunft. Konzeptionelle Weichenstellungen für die Europäische Einigung. Bonn 1986 (= Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Bd. 63), wo eine auch für diese Untersuchung wichtige und später noch ausdrücklich einzuführende Unterscheidung zwischen „etatistischem“ und „consociativem“ europäischem Föderalismus vorgenommen wird. Vgl. ebd. S. 74ff. Barthalays entschiedenes Anknüpfen an Spinelli erweist, dass die Zuordnung zu Schneiders Gruppe der ‚Etatisten‘ richtig ist – für diese Version des europäischen Föderalismus wird auch von Schneider Spinelli als Leitfigur zitiert.

97 Barthalay: „Nous, citoyens des Etats d’Europe“, a.a.O. S. 203

auch nicht die konstitutionelle Form der Staatlichkeit, auch nicht unter den Bedingungen eines sich ändernden Verhältnisses zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, wie es beispielsweise Jean-Marie Guéhenno umtreibt. Nein, hinsichtlich der Staatlichkeit als solcher, der Konstituierung und konstitutionellen Begründung von Staatsmacht, bleibt Barthalay konservativ.

Eine Verfassung für einen Staat also muss nach seiner Ansicht geschaffen werden: „Comment répondre aux attentes de légitimation et de démocratisation de l’Europe? [...] A toutes ces questions, et à beaucoup d’autres, on l’a vu: une seule réponse. Fédérer les Etats.“⁹⁸ Damit ist zugleich angedeutet, dass es sich nicht um einen revolutionären Prozess der Verfassungsbildung handeln soll, sondern dass – trotz aller Kritik an ihnen – die bestehenden (National-)Staaten eine wesentliche Rolle beim Zustandekommen der „FEE“ (Fédération des Etats d’Europe) haben sollen; auch darin erweist sich Barthalay als Etatist.

Die Initiative müsse von einem Staatsoberhaupt ausgehen, die interessierten Staaten als solche müssen ihre Bereitschaft zur Verfassungsbildung bekunden, eine Erklärung der Staats- und Regierungschefs muss im nächsten Schritt die Grundzüge der Verfassung verkünden, auf Beschluss der Staats- und Regierungschefs sollen neun herausragende Verfassungskundler mit der Ausarbeitung beauftragt werden usw.⁹⁹ – ein verfassungsbildender Prozess, in dem auf lange Sicht die Staaten, genauer gesagt die Regierungen, die Wortführer sind. Erst die vollständige, von den Regierungen mit Hilfe der von ihnen benannten Experten erarbeitete und schrittweise schon funktionierende Verfassung soll in einer doppelten Legitimation von den Parlamenten und in einem Referendum von den Bürgern angenommen werden.¹⁰⁰ Deren Zustimmung soll zu einem Verfassungspatriotismus führen: Ziel müsse es sein, „de fonder le patriotisme sur la constitution“.¹⁰¹

Zweites Charakteristikum des verfassungsbildenden Prozesses ist die Entwicklung durch einen Kern, der als Avantgarde vorangeht: „C’est la stratégie du noyau. Elle est validée par toute l’histoire de la construction communautaire. Elle réunit un large consensus, de la CDU/CSU à Daniel Cohn-Bendit en passant par Jacques Delors.“ Dieses Vorstellens eines dynamischen Kerneuropas nennt Barthalay „nucléation-fusion“.¹⁰²

98 Ebd. S. 145

99 Vgl. ebd. S. 186ff, wo die verschiedenen Etappen sehr detailliert inklusive eines Zeitplanes, der bis zum Jahr 2004 zur vollständigen Realisierung der Verfassung führen soll, entfaltet werden.

100 Ebd. S. 190.

101 Ebd. S. 231.

102 Ebd. S. 173. Damit bringt er auch den integrationstheoretisch besetzten Begriff der Fusion ins Spiel und formuliert noch deutlicher auf der folgenden Seite seine diesbezügliche

In dieser vielleicht nicht ganz widerspruchsfreien Kombination von Nationalstaatskritik im Namen des „Wir“, der „citoyens“ einerseits und der Zumutung an die Staaten selbst, die Verfassungsbildung in die Hand zu nehmen, liegt wohl die deutlichste Traditionslinie, die Barthalay mit Altiero Spinelli verbindet, freilich nicht so sehr mit dessen revolutionärer Frühphase, in der er hoffte, durch die Einberufung eines europäischen Volkskongresses den Europäischen Bundesstaat gegen den Willen der Regierungen schaffen zu können, als vielmehr in Anknüpfung an seine Zeit und Rolle im direkt gewählten Europäischen Parlament, als er einen ‚realistischen‘, die Staaten einbindenden Weg der Verfassungsbildung verfolgte, mit Hilfe des Parlaments 1984 einen Verfassungsentwurf vorlegen konnte und eine parlamentarische Mehrheit dafür zustande brachte.¹⁰³

Der Verfassungsentwurf, den Barthalay entwickelt, ist freilich selbst schon eine weitgehende Vorwegnahme der Arbeit jenes neunköpfigen Expertengremiums, wenn auch kein Verfassungstext im juristischen Sinne.¹⁰⁴ Er zeichnet sich durch eine Besonderheit von anderen föderalen Verfassungsentwürfen aus: Barthalay sieht nicht nur ein Zweikammersystem für die Legislative, sondern auch für die Exekutive vor. Deren beide Kammern sind der „Congrès fédéral“, in dem die Staats- und Regierungschefs sich wieder finden und der daher dem Europäischen Rat nachfolgt, und das „Gouvernement fédéral“, die ‚Regierung‘, die den bisherigen Ministerrat und die Europäische Kommission zusammenfasst.

Die beiden Kammern unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Aufgabenbereiche nach Politikfeldern: Während der „Congrès fédéral“ die Tradition des „Etat gendarme“ wieder aufnimmt oder, in anderer Terminologie, ‚high politics‘ betreibt und sich der Außenpolitik, der Verteidigung, der Justiz und der Inneren Sicherheit widmet, wird der Regierung der Aufgabenbereich der „regulation socio-économique“¹⁰⁵ zugewiesen mit allen entsprechenden Kompetenzbereichen.

che Option, allerdings ohne an Wolfgang Wessels ‚Fusionsthese‘ ausdrücklich anzuknüpfen: „Ma proposition consiste donc à fusionner au regard du droit communautaire les Etats membres de la Fédération.“ Vgl. dazu Wolfgang Wessels: Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Michael Kreile (Hrsg.): Die Integration Europas. Opladen 1992, S. 36-61

103 An vielen Stellen seiner Argumentation bezieht sich Barthalay ausdrücklich auf Spinelli, vgl. beispielsweise S. 178: „L’urgence d’une Constitution fédérale dicte aux grands groupes politiques du Parlement de revenir au plus vite à l’esprit du projet de 1984 et de l’initiative de Spinelli“. Einen eigenen Abschnitt widmet Barthalay seinen Gewährsleuten René Cassin (um seines Engagements für die Europäische Menschenrechtskonvention willen), Jean Monnet (um seiner Integrationsmethode willen, an der Barthalay die Elemente hervorhebt, die nicht nationalstaatlicher Tradition sind, vgl. S. 16) und „Altiero Spinelli ou la constitution d’une démocratie européenne“ (S. 222-226).

104 Der Entwurf wird erläutert ebd. auf S. 152ff.

105 Ebd. S. 152. Die Frage einer föderalen Aufgabentrennung im Sinne eines Kompetenz-

Da in ähnlichen Verfassungsentwürfen der Ministerrat oder auch der Europäische Rat die Funktion einer zweiten parlamentarischen Kammer erhält, stellt sich im Hinblick auf Barthalays Institutionensystem die Frage, welches Gremium hier diese Funktion einer parlamentarischen Staatenkammer wahrnehmen soll, da doch der Rat in die Rolle der Exekutive, der Regierung gerückt wird. Die Antwort lautet verhältnismäßig unspezifisch, dass ein „Conseil fédéral“, ein Bundesrat, bestehend aus Vertretern der Regierungen, diese Zweite Kammer bilden soll. Beiden Teilen der Exekutive soll ein Präsident vorstehen, der „Président de la Fédération“ als Repräsentant des „Congrès“, der „Président du Gouvernement Fédéral“ als eine Art Premierminister.

Die Erklärung für diese originelle Aufteilung der Exekutive mag in der französischen Unterscheidung zwischen den Aufgaben des Präsidenten und denen des Premierministers liegen; jedenfalls ist die Verfassung der Fünften Republik die einzige, die Ähnlichkeiten mit dem Vorschlag Barthalays aufweist. Seine eigene Begründung für dieses komplexe Arrangement ist nicht sehr ausführlich: „un régime présidentiel, fondé en légitimité sur les Etats, pour les fonctions d’autorité (Etat-gendarme), sorte de ‚domaine réservé‘. Un régime parlementaire pour la fonction de régulation socio-économique. Et le statu quo pour la monnaie, qui a déjà sa ‚constitution‘. Voilà de quoi satisfaire Français et Allemands.“¹⁰⁶

In seiner Kompromisslosigkeit ähnelt Barthalay nicht nur Spinelli, sondern – freilich nicht den Inhalten, sondern der Form seiner Reflexion nach – eher dem Genre Monod/Magoudi: eine ‚idéologie molle‘¹⁰⁷ braucht er sich nicht vorwerfen zu lassen. Keinen Kompromiss will Barthalay mit denen eingehen, die in ihren Begriffen für die künftige Europäische Union einen Anknüpfungspunkt, eine Brücke zu französischen Empfindlichkeiten hinsichtlich der eigenen nationalstaatlichen Tradition suchen: „Le professeur Quermonne est l’inventeur du ‚fédéralisme intergouvernemental‘. Il a découvert ce mouton à cinq pattes dans la Fédération des Etats-Nations de Jacques Delors, qu’affectionne aussi le Parti socialiste. C’est sans doute ce que ce dernier appelle la recherche d’une position équilibrée sur la construction européenne. Je crains au contraire que [...] l’exercice confine à l’équilibrisme intellectuel.“¹⁰⁸

kataloges beantwortet Barthalay in seinem Verfassungsentwurf nicht ausdrücklich, allerdings weist er in seiner kritischen Charakteristik des Ist-Zustandes der europäischen Integration nachdrücklich auf die Vorzüge des Subsidiaritätsprinzips hin und fügt in diesem Zusammenhang an: „L’Union gagnerait à distinguer plus clairement les compétences exclusives et les compétences concurrentes“. Ebd. S. 77.

106 Ebd. S. 152.

107 Vgl. Anm. 34.

108 Ebd. S. 246, es handelt sich um Anm. 101 zu Seite 110 des Textes, wo zurückhaltender und ohne Namensnennung mit den genannten Positionen umgegangen wird.

Es sind diese Kompromisslosigkeit ohne Rücksicht auf die öffentliche und politische Wirkung, die Radikalität, mit der Barthalay die Nationalstaatskritik betreibt, und die Originalität seines Verfassungsentwurfes mit einer bikameralen Exekutive, die seine Position charakteristisch machen.

2.4 Empirie, Pragmatik, Komparatistik - Die vergleichsweise föderalistische EU: Maurice Croisat und Jean-Louis Quermonne

Von einem ganz anderen Ansatzpunkt nähern sich Maurice Croisat und Jean-Louis Quermonne dem Föderalismus-Problem der europäischen Integration. Beide Autoren arbeiten an der Universität Grenoble zusammen und kombinieren ihre komplementären Analyseinstrumente in ihrem gemeinsamen Buch „L'Europe et le fédéralisme“, nämlich die Analyse des EU-Systems, der sich Quermonne vorwiegend widmet, und die vergleichende Analyse bestehender Bundesstaaten, die Maurice Croisat pflegt.

Auf komparatistischem Wege zum „fédéralisme intergouvernemental“

Ihr Zugang zur Frage nach einem europäischen Föderalismus ist demnach empirisch, deskriptiv und analytisch, im Unterschied zu den zuvor behandelten Autoren, die mehr oder weniger entschieden normative Ausgangspunkte für ihre Überlegungen wählen – mit großer Entschiedenheit die Souveränisten aller Art und ihnen gegenüber auch Bernard Barthalay, mit geringerer die Liberalen, die nicht gerade desinteressiert, aber doch ohne Leidenschaft die sinkende Bedeutung des Nationalstaates konstatieren und daraus ihre (europäischen) Schlüsse ziehen.

Maurice Croisat und Jean-Louis Quermonne dagegen gewinnen ihren Standpunkt hinsichtlich der europäischen Integration zunächst aus der Analyse von politischen Systemen, die ihrerseits föderal strukturiert sind. Freilich könnte man darin eine Vorentscheidung sehen, dass sie, um die EU-Entwicklung richtig einschätzen und Maßstäbe für ihren Fortgang gewinnen zu können, den Blick auf föderative Systeme richten. Jedenfalls stellen sie zunächst die europäische Integration selbst in einen umfassenden, ja globalen Föderalisierungsprozess: „L'on peut donc reconnaître l'existence d'un processus fédératif par voie de désagrégation symétrique, au sein des Etats-nations, de celui qui affecte l'intégration européenne par voie d'agrégation.“¹⁰⁹

109 Maurice Croisat und Jean-Louis Quermonne: *L'Europe et le fédéralisme. Contribution à l'émergence d'un fédéralisme intergouvernemental*. Paris (Montchrestien), 2. Auflage 1999 (Collection Clefs – Politique), S. 9. Jean-Louis Quermonne ist emeritierter Professor für Politologie am Institut d'Etudes Politiques der Universität Grenoble und in Paris, lehrt zugleich auch am Europa-Kolleg in Brügge und ist derzeit Präsident der französischen Politologenvereinigung. Seine herausragende Rolle in der französischen Poli-

Dabei sind zwei Dimensionen der Analyse von Interesse, die über den Horizont der zuvor behandelten Beiträge hinausgehen oder ihnen jedenfalls einen deutlichen Vorsprung an analytischer Klarheit und an Zusammenhang voraushaben: Zum einen wird die innerstaatliche Strukturentwicklung sogleich in Bezug zur europäischen gesetzt: In den Staaten selbst spielen sich nämlich Prozesse ab, die für die europäische Integration von Bedeutung sind: Um „la place du fédéralisme“ auf europäischer Ebene richtig einschätzen zu können, sei ein „regard préalable sur les Etats membres“ notwendig, denn „depuis des années 70, on assiste, en effet, à des processus de fédéralisation, d'autonomisme et de décentralisation qui sont autant de défis à l'ordre étatique unitaire.“¹¹⁰

Und über Europa hinaus kommt die internationale Regionenbildung in den Blick: „Pour l'instant l'Union, sans générer de structures véritablement fédérales, s'inscrit dans un processus de fédéralisation que l'on observe à l'échelle internationale. En effet, depuis la fin de la Deuxième Guerre mondiale, on assiste au développement d'accords régionaux à caractère fédéral. [...] Dans ce processus de fédéralisation des relations interétatiques, l'Union européenne représente l'expérience la plus avancée.“¹¹¹ In ihrem Buch entfalten die beiden Autoren allerdings nur die erste, innerstaatliche Analyserichtung, nicht dagegen die der internationalen Regionenbildung.

Aber auch schon dadurch wie überhaupt durch ihren komparativen Ansatz, der nicht bei einem Vergleich der politischen Systeme, der Staaten im allgemeinen, sondern bei den föderalen unter ihnen ansetzt, gewinnen Croisat und Quermonne einen Standpunkt außerhalb der dominierenden französischen Denktradition, die in den Bahnen des unitarischen, souveränen Nationalstaates verläuft. Einerseits ganz eingebunden und von hohem Rang in der wissenschaftlichen und europapolitischen Debatte Frankreichs, befreien sich die beiden Autoren doch durch diesen wissenschaftlichen Standpunkt zugleich vom französischen a-priori der Souveränität des Nationalstaats. Darin liegt das Spezifikum ihres Beitrags im Spektrum der hier dargestellten Debatte.

tikwissenschaft zeigt sich auch daran, dass er vom Commissariat général du Plan beauftragt war, die Arbeitsgruppe zu leiten, die im November 1999 einen umfangreichen Bericht zu der Frage „L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces“ vorgelegt hat (näher besprochen in Anmerkung 143). Maurice Croisat ist ebenfalls Professor am Institut d'Etudes Politiques in Grenoble und hat sich durch komparatistische Föderalismus-Analysen mit einem Schwerpunkt auf Kanada einen Namen gemacht.

110 Croisat/Quermonne: *L'Europe et le fédéralisme*, a.a.O., S. 11.

111 Ebd. S. 59.

Seine Originalität des Beitrags findet ihren Ausdruck in dem von Quermonne geprägten Begriff des „*fédéralisme intergouvernemental*“¹¹² Sie knüpfen damit an die föderalistische Realität an, die sie in den verschiedenen von ihnen untersuchten und verglichenen Bundesstaaten vorgefunden haben und die durch die Entwicklung zu einem immer weiter differenzierten kooperativen Föderalismus geprägt ist, und zwar zu einer vertikalen Kooperation zwischen Gliedstaaten und Bundesstaat (im Unterschied zu horizontalen Kooperationsformen, die in Bundesstaaten zwischen den Gliedstaaten bestehen).

Die drei Begriffe des kooperativen, intergouvernementalen oder exekutiven Föderalismus verwenden die Autoren dabei annähernd synonym. Es kommt ihnen in jedem Fall auf zwei definitorische Charakteristika dieser Form des Föderalismus an: Erstens ist der kooperative Föderalismus dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr Aufgaben von mehreren Politikebenen gemeinsam wahrgenommen werden und damit die frühere klare Aufgabenteilung, womöglich nach exklusiven Kompetenzen der einen wie der anderen Ebene, immer weiter zurückgedrängt wird. Als entscheidendes Datum auf diesem Weg wird die bundesdeutsche Grundgesetzänderung genannt, die 1969 die Einführung der ‚Gemeinschaftsaufgabe‘ von Bund und Ländern einführte.

Zweitens handelt es sich dabei um „*l'imbrication des deux niveaux de gouvernements et le rôle de premier plan joué par les deux ordres d'administrations*“,¹¹³ d.h. dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden (oder mehreren) Politikebenen nicht unspezifisch im Blick auf die beteiligten Institutionen ist: Es ist nicht das ganze Ensemble demokratischer Institutionen, das jeweils in die Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Ensemble auf anderer Ebene tritt, vielmehr sind es die Regierungen und die Administrationen, nicht aber die Parlamente, die die Kooperation zwischen den Gestaltungsebenen herstellen. Deshalb ist der Begriff des „*fédéralisme intergouvernemental*“ oder „*exécutif*“ um einen Gedanken spezifischer und präziser als der des „*fédéralisme coopératif*“, der den zweiten definitorischen Aspekt unberücksichtigt lässt.

Die deutsche Debatte um die Reformbedürftigkeit des Föderalismus gerade wegen seiner kooperativen Entwicklungen und Formen – der Begriff des ‚intergouvernementalen Föderalismus‘ wird in Deutschland kaum gebraucht – wird von Croisat und Quermonne allerdings nur bis zu dem Diskussionsstand rezipiert, den Fritz W. Scharpf mit seinem Begriff von der ‚Politikverflechtungsfalle‘

schon in den 70er Jahren erreicht hatte.¹¹⁴ Neuere kritische Arbeiten, die etwa mit den Begriffen des ‚fiscal federalism‘ oder des ‚Wettbewerbsföderalismus‘ in Verbindung gebracht werden könnten, finden in die Überlegungen Croisats und Quermonnes keinen Eingang.

Aus dem Vergleich der föderativen Mitgliedstaaten der EU – Deutschlands, Österreichs und Belgiens – gewinnen die beiden Autoren das Bild eines kooperativen oder intergouvernementalen Föderalismus, der ihnen entscheidende Ähnlichkeiten mit dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Europäischen Union aufzuweisen scheint. Aus diesem Grund ist ihnen die komparative Analyse so wichtig, und aus diesem Grund halten sie den aus dieser Analyse gewonnenen Begriff für das richtige begriffliche Instrument, um die Charakteristika der europäischen Integration zu erfassen. „*A défaut d'institutions et de principes fédéraux clairement affirmés, l'Union ne pratique-t-elle pas, sans le savoir ou sans le dire, une forme originale de fédéralisme intergouvernemental?*“¹¹⁵

Diagnose für Europa: Die Regierung fehlt

Die Antwort auf diese Frage fällt trotz der zu konstatierenden Ähnlichkeiten nuanziert aus. Zunächst gilt in der Tat, daß „*on observe des similitudes avec l'idéal-type élaboré, à partir des expériences allemande et canadienne, en matière de fédéralisme coopératif et exécutif*.“¹¹⁶ Unterschiede zwischen dem kooperativen Föderalismus der bestehenden Bundesstaaten und der Europäischen Union identifizieren die Autoren dagegen auf vier Gebieten:

1. Auf staatlicher Ebene hat sich die Kooperation zwischen Bundes- und Landesregierungen pragmatisch entwickelt, außerhalb der Verfassung, zwar von dieser gedeckt, aber nicht von ihr vorgeschrieben. Dagegen gilt für die Europäische Union: „*La coopération intergouvernementale au sein de la Communauté n'est ni spontanée ni informelle. Elle est le fait d'une institutionnalisation par les traités*.“¹¹⁷
2. In den Bundesstaaten werden die kooperativen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern oft in anderen Formen als in Gesetzen, beispielsweise

112 Vgl. ebd. den Untertitel des Buches, zur Herkunft des Begriffes aus der kanadischen Föderalismus-Debatte auch S. 82. Beiläufig sei der Hinweis auf die Kuriosität erlaubt, dass sowohl der Begriff „*souverainisme*“ wie auch der des „*fédéralisme intergouvernemental*“ oder „*fédéralisme exécutif*“ aus Kanada kommen.

113 Ebd. S. 9.

114 Vgl. S. 87. Auch dieser Diskussionsstand wie überhaupt die deutsche Debatte um innerstaatlichen wie europäischen Föderalismus wird nur indirekt, d.h. über andere französische oder vorwiegend englische Übersetzungen rezipiert, so hier über die Zeitschrift ‚Public Administration‘, die 1988 einen Beitrag mit dem Titel „*The Joint Decision trap: Lessons from German Federalism and European Integration*“ brachte.

115 Ebd. S. 87.

116 Ebd. S. 103.

117 Ebd.

in Staatsverträgen oder aber weit weniger verbindlichen Formen festgelegt. Auch das ist auf europäischer Ebene anders: „Les décisions, règlements et directives [...] n'ont pas une valeur contractuelle [...] mais ils forment un ordre juridique distinct.“¹¹⁸

3. „Le rôle des autorités exécutives nationales et communautaires ne découle pas, comme en Allemagne et au Canada, de la dynamique d'un parlementarisme majoritaire, mais d'un processus quasi-diplomatique.“¹¹⁹
4. Der wichtigste Unterschied aber, der zugleich dem „fédéralisme intergouvernemental“ auf europäischer Ebene seine eigentliche Prägung gibt, besteht in der Abwesenheit einer Regierung in diesem sonst dem kooperativen Föderalismus so ähnlichen System: „Les instances supra-nationales, telles que la Commission, le Parlement européen et la Cour de Justice [...] ne forment pas vraiment un ordre de gouvernement fédéral.“¹²⁰

Aus diesem Vergleich zwischen den bestehenden Formen des kooperativen Föderalismus in mehreren Bundesstaaten und der Europäischen Union resultiert also als entscheidendes Ergebnis die Feststellung, dass der EU zu einer vollständigen Föderation moderner (kooperativer) Prägung vor allem eines fehlt: eine Regierung. „L'Union Européenne est toujours à la recherche d'un nouveau mode de gouvernance“, einer „synthèse entre l'intergouvernementalité et la supranationalité.“¹²¹ Dieser Frage widmen die Autoren den dritten und letzten Teil ihres Buches, unter dem Titel: „Un fédéralisme en quête de gouvernance au sommet“¹²².

Zunächst wird noch einmal der Befund über den Entwicklungsstand der EU prägnant konstatiert als „fédéralisme coopératif sans Etat“: „C'est en tout cas, l'insuffisance de son mode de gouvernance qu'empêche aujourd'hui l'Union européenne d'être une authentique fédération.“¹²³ Die anschließende Analyse der Entscheidungsverfahren getrennt nach erstem, zweitem und drittem Pfeiler der EU bestätigt diese Diagnose, die selbst für den ersten Pfeiler – aufgrund von intergouvernementalen Elementen schon innerhalb der Kommission, spätestens aber durch Coreper und Ministerrat – „conduit à souligner la carence de la fonction gouvernementale, caractéristique du mode de gouvernance de l'Union.“¹²⁴

118 Ebd.

119 Ebd. S. 104.

120 Ebd. S. 105.

121 Ebd.

122 Ebd. S. 107-137.

123 Ebd. S. 107.

124 Ebd. S. 114.

Die Unklarheit über die Natur des EU-Systems führt die Autoren zu verschiedenen Erwägungen, mit denen sie Anschluss an die internationale wissenschaftliche Debatte gewinnen. Zunächst distanzieren sie sich von Theorien internationaler Beziehungen und stellen deren Erklärungskraft für die gegenwärtige europäische Integration in Frage: „Les théories des relations internationales ont de plus en plus de mal à rendre compte de l'Union européenne.“¹²⁵ Das gilt zum einen für die neorealistische Theorie, als deren Kronzeugen Stanley Hoffman und Andrew Moravcsik genannt werden, weil sie die Autonomie der supranationalen EU-Institutionen unterschätzt. Es gilt auch für den Neofunktionalismus, für den Ernst B. Haas zitiert wird, weil er nicht erklären kann, dass der Spillover z.B. von der Währungs- zur Politischen Union nicht eintritt. Und es gilt drittens für die Theorie der „politiques publiques“, weil damit zwar über parastaatliche Funktionen, nicht aber über die im Rahmen der EU aufgebauten Strukturen Rechenschaft abgelegt werden kann.¹²⁶

Zum zweiten stellen Croisat und Quermonne die Frage, ob die EU „une forme sophistiqué d'intergouvernementalité“ oder aber „à travers la méthode communautaire une nouvelle variante du fédéralisme“¹²⁷ ist – lehnen allerdings die Alternative ab: „Au lieu de les opposer [...] le processus d'intégration tend à associer l'un et l'autre.“¹²⁸ Damit stehen sie dem Integrations-Begriff sehr nahe, der sich als Leitbild für die europäische Einigung jedenfalls in Deutschland mit dieser spezifischen Bedeutung eines Ausgleichs zwischen föderativen und zwischenstaatlicher Einigung herausgebildet hat.¹²⁹ Freilich nennen Croisat und Quermonne eben das, was in Deutschland der Integrations-Begriff erfasst, anders: „Et c'est la prise de conscience de cette dialectique“, die dazu führt. „à reconnaître [...] la trace d'un fédéralisme que nous qualifierons d'*intergouvernemental*.“¹³⁰

Drittens nähern sie sich mit der Verwendung des Begriffs der „gouvernance“ entsprechenden Theorien internationaler Beziehungen doch wieder an. Sie selbst definieren im Anschluss an „les théories actuelles de la *gouvernance*“ diese als Formen der Herrschaft, die „incluent-elles, à côté du pouvoir des Etats, l'émergence des puissances privées qui, à l'échelon national, continental ou

125 Ebd. S. 65-68.

126 Ebd. S. 65f.

127 Ebd. S. 60.

128 Ebd.

129 Vgl. dazu Heinrich Schneider: Leitbilder der Europapolitik. Band 1: Der Weg zur Integration. Bonn 1977 (= Europäische Studien des Instituts für Europäische Politik, Band 9), Abschnitt VII „Das neue Leitwort: ‚Integration‘“, S. 225ff., sowie ders.: Rückblick für die Zukunft, a.a.O., S. 22ff.

130 Croisat/Quermonne: L'Europe et le fédéralisme, a.a.O., S. 60.

mondial exercent une influence sur la vie économique et la vie politique.¹³¹ Spezifischer als diese theoretische Anbindung ist die Tatsache, dass diese europäische Ausformung von ‚governance‘ dem ähnelt, was in der deutschen Debatte als ‚Mehrebenensystem‘ bezeichnet wird – auch hier spielt die Frage nach der ‚fonction gouvernementale‘ in Gestalt des Begriffs vom ‚Regieren‘ eine Hauptrolle.¹³² Besonders deutlich wird diese Affinität in Formeln wie der eines ‚fédéralisme associant plusieurs niveaux de gouvernement différent‘¹³³ oder der Feststellung, dass die EU ‚est désormais aux prises avec la question centrale de la *gouvernance à plusieurs niveaux*.‘¹³⁴ Im Unterschied zu den deutschen Beiträgern zur Debatte um ‚governance‘ und Mehrebenensystem halten allerdings Croisat und Quermonne am Föderalismus-Begriff fest.

Aus ihrer Analyse des ‚fédéralisme intergouvernemental‘ ohne Regierungsfunktion ‚au sommet‘ ergeben sich für die beiden Autoren zwei Probleme: Zunächst stellen sie das auf europäischer Ebene oft beklagte Demokratiedefizit in den Rahmen des kooperativen Föderalismus insgesamt und kommen dadurch zu der skeptischen Feststellung, dass es sich letztlich nicht um ein europäisches Spezifikum handelt, sondern um einen allgemeinen Bedeutungsverlust der Parlamente überall dort, wo in Mehrebenensystemen die Regierungen und Verwaltungen miteinander Vereinbarungen treffen und die Parlamente damit vor vollendete Tatsachen stellen.¹³⁵ Eine Lösung bieten Croisat und Quermonne in diesem Buch nicht an, lediglich der Verweis auf den ‚réveil des parlements‘¹³⁶ weist vage einen Weg.

Das zweite Problem ist das des fehlenden ‚espace public‘, den die beiden Autoren mit Hilfe von Habermas‘ Kriterien definieren, als ‚existence d’une zone de communication permettant un dialogue entre citoyens‘ einerseits und als ‚l’émergence d’une scène politique de discussion où s’exerce un pouvoir de délibération‘.¹³⁷ Von einer Erfüllung der beiden Bedingungen könne allerdings noch keine Rede sein, ‚la voie est encore loin d’être ouverte à l’émergence en

131 Ebd. S. 59f.

132 Vgl. zu dieser deutschen Debatte vor allem die Arbeiten von Beate Kohler-Koch und Fritz Scharpf, insbesondere unter dem Begriff ‚Regieren im Mehrebenensystem‘, z.B. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 1996, darin ihre Einleitung unter dem Titel ‚Regieren im dynamischen Mehrebenensystem‘, S. 15-44. Croisat und Quermonne zitieren diese deutsche ‚Schule‘ allerdings nicht, und scheinen sie auch nicht, wie in anderen genannten Fällen, indirekt rezipiert zu haben.

133 Croisat/Quermonne: L’Europe et le fédéralisme, a.a.O., S. 60.

134 Ebd. S. 136.

135 Vgl. ebd. S. 122f.

136 Ebd. S. 127.

137 Ebd. S. 132.

Europe d’un ‚patriotisme constitutionnel‘.¹³⁸ Nichtsdestoweniger ist damit auch die Frage nach einer europäischen Verfassungsbildung gestellt. Croisat und Quermonne sehen darin eine Möglichkeit, den ‚espace public européen‘ zu fördern, ganz anders als andere französische (und andere) Autoren, die die Existenz eines (Staats-)Volkes zur Voraussetzung für eine Verfassung machen: ‚Qu’apparaisse une Constitution européenne [...] et l’Union politique de l’Europe gagnerait en identité.‘¹³⁹

Bei ihrem Nachdenken über die Zukunft der europäischen Integration stellen Croisat und Quermonne allerdings nicht die Verfassungsfrage in den Mittelpunkt. Sie entwerfen vielmehr zwei Szenarien einer möglichen Verfestigung des EU-Systems, deren eines auf der Weiterentwicklung der EU-Kommission in die Funktion einer Regierung besteht, während das andere die Regierungsfunktionen des Europäischen Rates wachsen sieht.

Im ersten Fall würde die Europäische Kommission vom Europäischen Parlament gewählt und kontrolliert, der Kommissionspräsident würde die Kommissare frei auswählen können, die politischen Parteien würden Spitzenkandidaten bei den Europawahlen für die Kommissionspräsidentschaft benennen, die drei Pfeiler würden zusammengeführt, die ‚supranationalen‘ Elemente würden also insgesamt zur Regierungsfunktion mit parlamentarischem Charakter ausgebaut.¹⁴⁰

Das alternative, eher intergouvernementale statt supranationale Szenario geht davon aus, dass der Europäische Rat in die Regierungsrolle hineinwächst. Sein Präsident würde nicht mehr der rotierenden Ratspräsidentschaft angehören, sondern dauerhaft installiert sein und auch seine nationalstaatlichen Funktionen zugunsten der europäischen aufgeben. Eine mögliche Aufgabenteilung mit dem Kommissionspräsidenten könnte auf der Unterscheidung von Außen- und Sicherheitspolitik auf der einen und Innenpolitiken im weiten Sinne auf der anderen Seite beruhen – eine Teilung der Exekutive also, die dem bikameralen Exekutivsystem Bernard Barthalays nicht unähnlich ist und, wie dessen Überlegungen auch, deutlich an die Aufgabenteilung zwischen Staatspräsident und Premierminister im Frankreich der V. Republik erinnern. Auf europäischer Ebene käme eine neue Art von Troika bestehend aus dem Präsidenten, dem Kommissionspräsidenten und dem Ratspräsidenten zustande, wobei der letztere weiterhin nach dem Rotationsprinzip wechseln würde.¹⁴¹

Welches der beiden Szenarien sich auch realisiert oder ob vielleicht eine Kombination beider denkbar ist – jedenfalls bedarf es auf europäischer Ebene der

138 Ebd. S. 133.

139 Ebd. S. 134.

140 Ebd. S. 142f.

141 Ebd. S. 143f.

Ausprägung einer Regierungsfunktion und gerade das ist der Grund dafür, dass „l'apport du fédéralisme demeure une ressource irremplacable“.¹⁴² Mit einer pointierten Wendung schließen die beiden Autoren, indem sie die rhetorische Frage stellen, ob ein solcher „dritter Weg“ eines authentischen europäischen Föderalismus nicht die Einlösung dessen wäre, was als Leitbild schon unter dem Begriff der „Fédération d'Etats nations“¹⁴³ besteht.

Consociativer Föderalismus gerät ins Blickfeld

Bevor der Autor des zuletzt genannten Leitbildes – Jacques Delors – selbst in den Mittelpunkt dieser Spektralanalyse kommt, sind zwei Brücken in seine Richtung zu bauen: Zum einen behandeln Croisat und Quermonne im Rahmen ihrer komparativen Föderalismus-Analysen einen Komplex, den sie selbst kaum zur Geltung bringen, der aber für die Föderalismus-Debatte und insbesondere für die folgenden Beiträge von großer Bedeutung ist und der den Föderalismus-Begriff erheblich erweitert: Sie sprechen nämlich das Phänomen eines ‚consociativen Föderalismus‘ an. Zum andern nimmt eine Sammelpublikation der Europäischen Bewegung Frankreich die Frage nach der Reichweite des Föderalismus-Begriffs auf und eröffnet dabei Horizonte, in denen auch Delors und die weiteren zu behandelnden Autoren ihren Platz finden.

142 Ebd. S. 144.

143 Ebd. S. 146. Weiter in die Einzelheiten geht der Bericht, den das französische Plankommissariat in Auftrag gegeben hatte und der 1999 von einer Reflexionsgruppe unter der Leitung von Quermonne fertiggestellt wurde, mit dem Titel „L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces“; vgl. Anm. 109. Dieser Bericht kommt hinsichtlich des Erfordernisses einer europäischen Regierung (vgl. S. 51ff.) und hinsichtlich ihrer Konstruktion (vgl. S. 61ff.) – Wahl eines Präsidenten aus dem Kreis des Europäischen Rates, Kombination von Europäischer Kommission und Ministerrat als Regierung – zu ähnlichen Ergebnissen wie das hier wegen seiner weniger offiziellen und mehr am Föderalismus-Problem orientierten Fragestellung genauer analysierte Buch. Auch der Ansatzpunkt für das Nachdenken ist im Bericht der gleiche wie im Buch, mit Ausnahme der im Bericht ausgesparten komparativen Analyse: Festgestellt wird hier wie dort im Blick auf die gegenwärtige Realität wie im Blick auf die Erweiterung der EU – pointiert vorgestellt als qualitativer Wandel vom „karolingischen“ zum „kontinentalen“ Europa (S. 13) – das Fehlen und die Notwendigkeit einer europäischen Regierungsfunktion und deren Aufbau aus den vorhandenen intergouvernementalen und supranationalen Komponenten (vgl. S. 141, S. 143ff.), die in neuartiger Kombination einen neuen Typus von Föderalismus bilden sollen und in einer neuen „Einheitlichen Europäischen Akte“ vertraglich zu fixieren wären (vgl. S. 138f.). In zweierlei Hinsicht geht der Bericht über das Buch hinaus: Erstens in der Forderung nach einem „centre de gravité“ nach Art der Kerneuropa-Vorstellungen des ersten Schäuble-Lamers-Papiers von 1994 (vgl. S. 75ff.) und zweitens in der Forderung nach einem „pacte constitutionnel“, der aus den beteiligten Mitgliedstaaten eine „Fédération des Etats-nations“ (vgl. S. 145) machen würde.

Der Gedanke des ‚consociativen Föderalismus‘ ist ein entscheidender Schritt auf diesem Weg, weil er die Existenz föderaler Strukturen auch außerhalb des staatlichen Bereichs in Betracht zieht. Croisat und Quermonne allerdings deuten nur die Möglichkeit dieses Schritts an, ohne ihn dann wirklich zu tun: Im Rahmen ihrer komparativen Analyse von bestehenden Föderationen widmen sie einen Abschnitt der „héritage des démocraties consociatives“¹⁴⁴. Sie verweisen auf die Begriffsbildung im Laufe der sechziger Jahre und definieren mit Hilfe ihres diesbezüglichen Kronzeugen Lijphart die consociative Variante zunächst als Alternative zum Föderalismus: „fédéralisme et consociativité sont deux manières différentes d'assurer „la diversité dans l'unité““.¹⁴⁵

Der Unterschied zwischen Föderalismus und consociativer Demokratie liegt Croisat und Quermonne zufolge allein in der Unterscheidung zwischen territorialer und funktionaler Gliederung: „A la division territoriale des compétences issues du fédéralisme, la consociativité propose d'autres méthodes, nonterritoriales, pour atteindre les mêmes fins.“¹⁴⁶ Solche nicht-territorialen Komponenten einer consociativen Demokratie betreffen die „segmentation de la communauté nationale sur des bases religieuse, linguistique, ethnique ou idéologique“¹⁴⁷, sind also gesellschaftliche Interessengruppen im weitesten Sinne, die im consociativen Miteinander ihre Interessenkonflikte nicht gewaltsam, „mais sur l'institutionnalisation d'un pouvoir de négociation entre les élites des différents segments ou communautés“¹⁴⁸ lösen. Auch im gesellschaftlichen Bereich des consociativen Miteinanders gelten die gleichen Prinzipien wie im föderativen, territorialen oder politischen Bereich, nämlich vor allem die Autonomie der beteiligten Gruppen und deren Partizipation an gemeinsamen Entscheidungen.

Angesichts dieser strukturellen Ähnlichkeiten zwischen consociativen (gesellschaftlichen) und föderativen (territorial-politischen) Strukturen lässt sich auch die Möglichkeit denken, beide unter dem Föderalismus-Begriff zusammenzufassen, als territoriale und funktionale (oder vertikale und horizontale) Variante: „En termes théoriques, A. Lijphart considère le fédéralisme comme une méthode consociative lorsque la segmentation sociale correspond à des clivages territoriaux. Pour les fédéralistes, par contre, la consociativité n'est qu'une va-

144 Ebd. Kapitelüberschrift S. 33.

145 Ebd. S. 34; die Formel „diversité dans l'unité“ zitieren die Autoren nach Alexandre Marc, den sie auf S. 18 als Urheber nennen – der einzige Hinweis auf ihre Rezeption des personalistischen Föderalismus, in dem die consociative Variante eine herausragende Rolle spielt, vgl. dazu den Abschnitt über Jacques Delors.

146 Ebd. S. 34.

147 Ebd. S. 33.

148 Ebd.

riante verticale du fédéralisme.“¹⁴⁹ Als Paradebeispiel für die Kombination beider ‚Varianten‘ des Föderalismus gilt Croisat und Quermonne Belgien, aufgrund seiner doppelten föderativen Gliederung nach (territorialen) Regionen und (kulturell-sprachlich-ethnischen) Gemeinschaften.

Obwohl Croisat und Quermonne, wie gesagt, aus der Einsicht in die Existenz eines consociativen, gesellschaftlichen, funktionalen Föderalismus keine Konsequenzen für ihr Nachdenken über föderative europäische Strukturen ziehen – anders als Jacques Delors -, gewinnen sie mit dem Hinweis auf die ‚consociative Variante‘ Anschluss an einen Gedankenkreis, der vom ‚personalistischen Föderalismus‘ Alexandre Marcs und Jacques Delors über das ‚neoföderalistische‘ Leitbild Heinrich Schneiders¹⁵⁰ bis zu Jean-Marie Guéhenno reicht – hätte dieser von der Möglichkeit eines consociativen Föderalismus gewußt, hätte er nicht erst in seinem neuen Buch über „L’avenir de la liberté“, sondern schon in seinem sechs Jahre älteren Bestseller über „La Fin de la démocratie“ dem Föderalismus – nämlich in seiner consociativen Variante – Zukunftschancen einräumen können: Nichts anderes meint im Grunde die Rede von einem „fédéralisme rénové“, den Guéhenno nun für die Gestaltung Europas empfiehlt.

In der Konzeption Croisats und Quermonnes freilich ist der consociative Föderalismus vorerst eben nur eine ‚Variante‘ mit beschränkter Fruchtbarkeit. Sie bleibt gewissermaßen im Rahmen des staatlichen Modells und ordnet innerhalb der staatlichen Strukturen gesellschaftliche Kräfte. Der Staat ist nicht etwa, wie im originalen consociativen Denken¹⁵¹, die letzte Emanation einer consociativen Gesellschaft, die ihrerseits auch ohne gesamtstaatliche Strukturen schon Bestand hat und den Staat nur als letztes Glied in einer Subsidiaritätskette gelegentlich braucht, so dass die Staatlichkeit der ‚Consociativität‘ nachgeordnet wäre. Vielmehr ist in der Konzeption Croisats und Quermonnes umgekehrt der consociative Bereich dem Staat ein- und untergeordnet, als Teilbereich der innerstaatlichen Organisation von Vielfalt und friedlicher Konfliktlösung.

Damit bleiben auch Croisat und Quermonne im Rahmen derer, die vom Staat und seinen Strukturen ausgehen und von diesem Standpunkt aus die europäische Frage angehen, so sehr sie sich durch ihren komparativen Ansatz und ihre Vertrautheit mit föderativen Systemen dem Sog des französischen Souveränitätsdenkens entziehen. Im Fortgang dieses Aufsatzes ist allerdings nun der Punkt

149 Ebd. S. 38.

150 Vgl. Schneider: Rückblick für die Zukunft, a.a.O., S. 85ff.

151 Dessen Urheber, Althusius, der für Heinrich Schneider Ausgangspunkt einer ganzen, eben gesellschaftlich begründeten Föderalismus-Theorie ist, wird von Croisat und Quermonne nur beiläufig genannt, vgl. L’Europe et le fédéralisme, a.a.O., S. 34. Althusius’ consociativer Föderalismus und seine mögliche Tragweite wird auch entfaltet von Bernard Voyenne: Histoire de l’idée fédéraliste Band 1: Les sources, a.a.O., S. 93-111.

erreicht, an dem ein neuer Einsatz mit einem erweiterten Föderalismus-Begriff angezeigt ist: Mit einer Vorstellung von Föderalismus nämlich, die nicht vom Apriori des Staates – und sei er selbst schon föderativ strukturiert – ausgeht, sondern vielmehr seine Fundamente in einem Gesellschaftsmodell findet, das seinerseits erst staatliche Strukturen nach sich zieht.

3. Vom staatsorientierten zum gesamtgesellschaftlichen Föderalismus

3.1 Erweiterung des Föderalismus-Begriffs: „La pensée fédéraliste et la construction européenne“ – Martine Méheut, Chantal Delsol et compagnie

Die Europäische Bewegung Frankreich hat Ende 1998, schon im Blick auf die Europa-Debatte, die mit der Vollendung der Währungsunion am 1. Januar 1999 einsetzen würde, Autoren verschiedener Herkunft zu einer gemeinsamen Publikation eingeladen, mit dem Ziel, in diese neue Debatte die Möglichkeit eines föderalistischen Weges einzubringen. Wie bei manchen der schon behandelten Autoren steht die Diagnose am Anfang, dass die Gemeinsame Währung die wirtschaftliche Integration bis zu einem Punkt nahe der Vollendung führe und dass damit die eigentlich politische Integration zur Frage der Zeit werde – mit der politischen Integration werde aber erneut das föderalistische Modell aktuell. Diese „resurgence“ müsse zugleich für einen „retour aux sources“ genutzt werden¹⁵²: Daher das Bemühen, mit Hilfe von Beiträgen verschiedener Forschungsrichtungen Grundlagen des Föderalismus und mögliche Konsequenzen für die europäische Integration der französischen Öffentlichkeit darzulegen.

Einer Öffentlichkeit, über deren Erwartungen an föderalistisches Denken die Herausgeber eingangs Vermutungen anstellen, die ihrerseits aufschlussreich für die Reputation des Föderalismus in Frankreich sind: Die Europäische Bewegung glaubt, den Vorurteilen gegenüber treten zu müssen, dass der Föderalismus nicht darauf zielt, „de dissoudre les différences nationales dans un ensemble supranational“, dass er keine „utopie théorique“, sondern eine praktische Erfahrung der europäischen politischen Kultur sei¹⁵³, dass es sich nicht um eine „idéologie globalisante“, sondern um eine in sich vielfältige Strömung handelt, dass der Föderalismus nicht allein für europäische Zwecke, sondern auch für die Entwicklung der innerstaatlichen Strukturen nützlich sei – alles vorausgesetzte Einwände und Er widerungen, die in einer traditionell föderativen politischen Kultur wie der deutschen unglaublich klingen, in Frankreich allerdings die Realität des politischen Denkens prägen. Die Zielsetzung des Sammelbandes ist es unter diesen Umständen, dass „il ne suffira plus de qualifier un projet ou une idée de fédéraliste pour s'épargner d'en examiner les mérites.“¹⁵⁴

Angesichts dieser sicher zu recht vermuteten Unkenntnis des Föderalismus in Frankreich setzt die Darstellung entsprechend grundlegend ein; da seine Grundprinzipien, seine Realität, seine Realisierbarkeit nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden können, liefern die Beiträge des Bandes auch eine Einführung

in Grundgedanken, ja philosophische Ursprünge des Föderalismus – während die relative Vertrautheit des deutschen Publikums eine solche gründliche Auseinandersetzung mit föderalistischem Denken scheinbar überflüssig macht. Daraus entsteht das Paradoxon, dass in Deutschland zwar zahllose Beiträge über Probleme und Reform des Föderalismus produziert werden, die Grundlagendebatte aber in den Hintergrund tritt und nun in Frankreich eher als in Deutschland geführt wird.

Martine Méheut: Personalistische Rückbindung jeder Macht

Zu dieser fundamentalen Begründung des Föderalismus trägt zunächst Martine Méheut in ihrem Beitrag zu der Frage „L'Europe peut-elle devenir fédérale?“ bei.¹⁵⁵ Auch sie geht von der Notwendigkeit einer „organisation politique de l'Europe“¹⁵⁶ aus, für die föderative Strukturen eines der konkurrierenden Modelle bildeten. Allerdings seien die existierenden Bundesstaaten „sans doute inadaptés à ce qu'est, en propre, l'Europe actuelle“¹⁵⁷. Deshalb müsse die Frage nicht lauten, welches bestehende Modell eines Bundesstaates auf Europa übertragen werden könne, sondern welche Grundgedanken des Föderalismus in Europa eine neuartige Ausprägung und Anwendung finden könnten. Zwei Fragen müssten dafür vorab geklärt werden: Was ist Europa? Und was bedeutet eigentlich Föderalismus?

Auf die erste Frage hält Martine Méheut jede geographische Antwort für fehlgeleitet. Europa ist für sie eine Kulturgemeinschaft, eine „attitude de pensée“, Europa ist dort, wo der „esprit européen“ herrscht, wo „et l'attitude critique et la quête de sens“ die Menschen zu immer neuen Entdeckungen antreiben.¹⁵⁸ Zwei Quellen dieser europäischen Definitionsmerkmale erkennt die Autorin: Die griechische Form des politischen Zusammenlebens in der Demokratie und das christliche Kulturerbe. Dem griechischen Kulturgut entstamme die Idee der persönlichen Freiheit, die dem Menschen zutraue, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und nicht allein dem Kollektiv zu überlassen, dem er biologisch zugehörig sei: Der Mensch als „l'auteur d'une communauté par décision“.¹⁵⁹

155 Ebd. S. 17-23. Martine Méheut ist habilitierte Philosophin und Präsidentin eines Verbandes namens ‚L'Union pour l'Europe fédérale‘. Sie hat in den neunziger Jahren mit verschiedenen Publikationen zur französischen Föderalismus-Debatte beigetragen, z.B. mit den Büchern „Le fédéralisme est-il pensable pour une Europe prochaine?“ Paris 1994 und, gemeinsam mit Ivan Serge Keller und Roger Lombread, „L'esprit du fédéralisme dans l'histoire de l'Europe“, Paris 1997.

156 Ebd. S. 17.

157 Ebd.

158 Ebd. S. 18.

159 Ebd. Die Unterscheidung zwischen ererbter – wenn auch nicht biologischer – und Zu-

152 Mouvement Européen France (Hrsg.): La pensée fédéraliste et la construction européenne, a.a.O., Avant-propos, S. 10.

153 Ebd.

154 Ebd. S. 11.

Neben das griechische Erbe tritt „l'apport de l'anthropologie chrétienne“, nämlich vor allem die Vorstellung des Menschen als einer ‚Person‘: „Avec l'idée de personne, l'homme ne se constitue que dans la relation.“ Damit führt Martine Méheut einen Begriff und ein Menschenbild in die Definition europäischer Identität ein, das seinerseits schon eine Vorentscheidung für föderalistische Strukturen des Zusammenlebens bedeutet: die personale Konzeption menschlichen Daseins und die föderalistische Ausprägung politischer Strukturen sind zwei Seiten einer Medaille. Diese Konsequenz deutet sich an, wenn Martine Méheut, noch im Nachdenken über die Definition Europas, betont, dass „l'idée de personne requiert le respect et l'accueil de l'altérité.“¹⁶⁰

Die Antwort auf die zweite Frage, was Föderalismus sei, liegt damit nicht mehr in weiter Ferne: im Grunde handele es sich um Einheit in Vielfalt, präziser mit Hilfe von Denis de Rougemont formuliert, um „l'unité pour la diversité et non malgré la diversité [...] puisque la philosophie fédéraliste repose précisément sur le concept de la ‚personne‘.“¹⁶¹ Aus dieser personalistischen Grundlegung des Föderalismus folgen zwei Organisationsprinzipien:

Zum einen das der Subsidiarität, das sehr nahe an der menschlichen Person gedacht und an sie geknüpft, damit an seinem Ursprung aufgenommen wird: „La fonction de ce principe consiste à rendre tout pouvoir respectueux de la personne comme fin en soi.“¹⁶² Zum anderen das Prinzip der „immédiateté“, demzufolge darauf zu bestehen ist, dass „la personne [...] garde voie d'accès direct à toute forme de pouvoir.“¹⁶³ Die Rückbindung jeder politischen, ja überhaupt jeder Machtausübung an den einzelnen Menschen, aufgefasst als Person im spezifischen Sinne, ist das Charakteristikum dieser Grundlegung des Föderalismus-Begriffs: „La structure fédérale est à l'inverse d'une structure centralisée. Elle part de la périphérie et de la base.“¹⁶⁴

Deshalb ist für Martine Méheut eine Föderation auch weit mehr als eine bloß staatliche Struktur; diese ist umgekehrt nur eine Ausprägung von föderativen Grundprinzipien: „Une fédération n'est pas une simple union étatique“, sondern

gehörigkeit aus eigener Entscheidung spielt auch für das Denken Jean-Marie Guéhenno eine bedeutende Rolle, der damit ausdrücklich die Unterscheidung Benjamin Constants zwischen der ‚liberté des anciens‘ und der ‚liberté des modernes‘ wieder aufnimmt und für die Frage nach dem Zusammenhalt der Europäer fruchtbar macht. Vgl. den entsprechenden Abschnitt dieses Aufsatzes.

160 Ebd. S. 19.

161 Ebd.

162 Ebd. S. 20.

163 Ebd.

164 Ebd.

„une unité ayant sa réalité propre regroupant des unités ayant elles aussi leur réalité propre.“¹⁶⁵

Die Umsetzung dieser allgemein-menschlichen, nicht spezifisch politischen Gestaltungsgrundsätze in eine europäische Föderation hält Martine Méheut für dringend geboten: „Il faudra organiser rapidement un pouvoir politique européen de type fédéral.“¹⁶⁶ Allerdings müsse es sich um „un nouveau fédéralisme“ handeln, bei dem „le respect de la dimension nationale“ eine wesentliche Rolle spiele. Diese Bedingung lasse sich unter föderalistischen Bedingungen erfüllen, wenn man „accepter de rompre le couple autonomie-souveraineté“, wenn man also nicht auf dem Erhalt staatlicher Souveränität bestehe: „Il devient urgent de penser l'autonomie nationale dans le contexte d'une souveraineté partagée.“¹⁶⁷

Diese Gemeinsamkeit solle sich in einer „certaine solidarité entre les Etats“ ausdrücken, bis hin zu einer „peréquation des charges et une redistribution des gains“ und einem Ausgleich zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten, denen des Nordens und des Südens, den politischen Kräften der Linken und der Rechten – es gelte, „de trouver une organisation de pouvoir qui permette d'y associer équitablement“ diese Komponenten.¹⁶⁸

Im Rahmen dieser Untersuchung verschiedener französischer Beiträge zur europäischen Föderalismus-Debatte ist mit den Überlegungen Martine Méheuts eine entscheidende Schwelle überschritten: Hatten schon Croisat und Quermonne den Bereich des ausschließlich staatlich verstandenen Föderalismus um den Gedanken des consociativen Föderalismus erweitert, so erreicht Martine Méheut mit ihrer Bezugnahme auf die personalistische Gesellschaftsphilosophie eine noch weit tiefere Schicht der Begründung föderativer Strukturen in Staat, Gesellschaft und Europa. Jetzt erscheint der Föderalismus nicht mehr nur als eine pragmatische Lösung für bestimmte anstehende Probleme, sondern als politisches Pendant eines Gesellschaftsmodells, das seinerseits auf einer besonderen Auffassung menschlichen Daseins beruht. Und diese Auffassung versteht sich als Kern der europäischen Identität, als Frucht spezifisch europäischer Kultur und Humanität.

Damit gewinnt der Anspruch auf föderative Gestaltung der europäischen Einigung eine ganz neue Geltung, eben nicht mehr nur als hilfreiches Instrument zur Problembewältigung – obwohl dieser Anspruch nicht aufgegeben wird –, sondern als eigentlicher Ausdruck europäischen Daseinsverständnisses. Die Legiti-

165 Ebd. S. 21.

166 Ebd.

167 Ebd. S. 22.

168 Ebd. S. 22.

mität des Föderalismus liegt letztlich nicht allein in seiner Nützlichkeit, sondern in seiner Werthaltigkeit: Er entspricht, so die These dieser Denkschule, der europäischen Humanität.

Dass Martine Méheut mit dieser Auffassung nicht allein steht, zeigen die folgenden Beiträge, unter denen zweifellos der von Jacques Delors am entschiedensten an die personalistische Grundlegung des Föderalismus anknüpft und zugleich der prominenteste, aber nicht der einzige ist.

Chantal Delsols Auffassung von Subsidiarität

Martine Méheuts Grundlegung eines europäischen Föderalismus wird in anderer Weise auch von Chantal Delsol in ihrem Beitrag zu den „Fondements philosophiques d'une fédération européenne“ wieder aufgenommen.¹⁶⁹ Auch sie definiert zunächst Föderalismus als eine nicht politik-spezifische, sondern allgemeine Struktur des Zusammenlebens zwischen „entités diverses qui, trop faibles séparément, s'entendent pour déléguer certaines de leurs compétences à une instance supérieure commune.“ Sie betont wie Martine Méheut, dass „le régime fédérale se fonde sur une anthropologie, une idée de l'homme.“¹⁷⁰

Sobald der Schritt von der „idée de l'homme“ zur gesellschaftlichen und politischen Strukturbildung getan werden soll, kommt das Subsidiaritätsprinzip als ständiger Begleiter ins Spiel. Das gilt bis hin zur europäischen Einigung: „La création d'une Europe fédérale signifierait l'application véritable du principe de subsidiarité.“¹⁷¹ Ausgehend von diesen Grundlagen kann man „décliner cette anthropologie en quatre principes qui conditionnent la possibilité d'une fédération.“¹⁷²

Das erste dieser abgeleiteten Prinzipien ist das der Autonomie: „L'homme est plus heureux s'il est autonome.“¹⁷³ Für die Kompetenzabgrenzung auf europäischer Ebene bedeutet das, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip nicht die „moindre capacité“, sondern die „insuffisance“¹⁷⁴ der Mitgliedstaaten als Schwelle für die

Abgabe von Kompetenzen an die EU zu nehmen: Nur wenn die Staaten nicht in der Lage sind, eine politische Aufgabe zu lösen, sollen sie die entsprechende Kompetenz abgeben, nicht schon, wenn die EU die entsprechenden Aufgaben ‚besser‘ lösen könnte. Autonomie geht damit vor Effizienz, eine Hierarchie, die sich begründen lässt, wenn man, wie Chantal Delsol, eine wertorientierte Legitimität der politischen Ordnung zugrunde legt und nicht eine effizienzorientierte.

Als Beispiel nennt sie die allgemeine Wirtschaftspolitik, die ihrer Ansicht nach auf staatlicher Ebene verbleiben solle, damit die Regierungen selbst aus Fehlern lernen, aus eigenem Entschluss umsteuern und zu einer konvergenten Politik kommen können und nicht durch Brüsseler Beschlüsse dazu gezwungen werden.

Das zweite aus der Subsidiarität abgeleitete Prinzip ist die „Responsabilité“.¹⁷⁵ Autonomie setzt die Übernahme von Verantwortung für die in eigener Regie ausgeübten Kompetenzen voraus, nicht ihr Abschieben auf eine höhere Entscheidungsebene. „Si nous voulons une Europe fédérale, il faudra donc que chaque Etat défende ses compétences.“¹⁷⁶ Chantal Delsol kritisiert in diesem Zusammenhang die widersprüchliche Haltung der französischen Öffentlichkeit, die einerseits bemängelt, dass die Regierungen „avoir abandonné des compétences entre les mains de Bruxelles, alors que les mêmes Français réclament constamment plus d'assistance et moins de responsabilité pour eux-mêmes.“¹⁷⁷

Drittes Leitprinzip ist das „Bien commun“: Es sei nicht Sache der ‚Obrigkeit‘, wie im Ancien Régime ‚das Beste‘ für alle objektiv festzustellen, sondern „chaque acteur et chaque groupe d'acteurs du plus petit (la famille) jusqu'au plus grand (la nation), est considéré comme capable de savoir où se trouve son bien“.¹⁷⁸ Dieser Konzeption widerspreche die in der Europäischen Union herrschende „technocratie“, die „signifie que c'est la science qui gouverne, ou que les dirigeants peuvent se prévaloir d'une connaissance objective du bien commun.“ In diesem Verhalten findet Chantal Delsol die Auffassung des Ancien Régime wieder: „L'argument caractéristique de la technocratie moderne, rappelle exactement celui de l'ancienne monarchie: seul le prince, situé au-dessus des intérêts particuliers, peut identifier sa volonté au bien commun.“¹⁷⁹

Freilich sind dieser Kritik Chantal Delsols an der Europäischen Union zwei Argumente entgegenzuhalten: Zum einen ist der skizzierte Anspruch der Bürokratie auf fachliche Überlegenheit kein Spezifikum der EU. Er gilt in mindestens ebensolchem, wahrscheinlich aber in viel höherem Maße für die zentralistische

175 Ebd. S. 28.

176 Ebd. S. 29.

177 Ebd.

178 Ebd.

179 Ebd. S. 30.

169 Ebd. S. 25-32. Chantal Delsol lehrt an der Universität Paris XII Politische Philosophie und beschäftigt sich in ihren Publikationen mit der politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, besonders aber mit dem Subsidiaritätsprinzip. Ihm hat sie ihr Buch „L'Etat subsidiaire“ (Paris PUF 1991) und den Band „Le principe de subsidiarité“ in der weitverbreiteten Reihe „Que sais-je?“ (Paris, PUF, 1995) gewidmet, weitere Bücher gelten „Les idées politiques du XXe siècle“ (Paris PUF 1991), „Le pouvoir occidental“ (Paris PUF 1985) und „L'irrévérence, Essai sur l'esprit européen“ (Paris, Mame 1993).

170 Ebd. S. 26.

171 Ebd.

172 Ebd.

173 Ebd.

174 Ebd., S. 27.

Bürokratie des französischen Staates, dessen Pariser Zentrum ein Überlegenheitsbewusstsein gegenüber der ‚Provinz‘ entwickelt hat, von dem ‚Brüssel‘ noch weit entfernt ist. Zweitens ist dieser Anspruch, aufgrund von fachlicher Kompetenz und Überparteilichkeit jenseits aller Partikularinteressen das gemeinsame ‚Beste‘ identifizieren zu können, nicht das Kennzeichen des Ancien Régime, sondern gerade die Raison d'être, die Staatsraison des nachrevolutionären französischen Nationalstaats. Sie findet ihre begriffliche Konkretisierung in der ‚Volonté générale‘, die der Staat durchzusetzen habe. Chantal Delsols Kritik lässt sich also jedenfalls nicht aus der Position des französischen Staates gegen die Europäische Union richten und kann deshalb auch nicht die Aufgabenverteilung zwischen Staaten und EU betreffen.

Das vierte Prinzip, das Chantal Delsol aus ihren Prämissen ableitet, ist das einer eingeschränkten Souveränität: „Il nous faudrait être suffisamment raisonnables pour abandonner la structure de l'Etat-nation souverain“ zugunsten einer geteilten Souveränität zwischen den Staaten und der Europäischen Union. Damit würde „un Etat fédéral européen“ entstehen, d.h. „une instance politique et non administrative“.¹⁸⁰

Gerade die letzte Wendung macht noch einmal die Widersprüchlichkeit der Position Chantal Delsols deutlich: Auf der einen Seite entwickelt sie mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit das Subsidiaritätsprinzip auf der Basis einer personalen Anthropologie, eine Allgemeingültigkeit, die folgerichtig von den kleinsten (familiären) bis zu den größten Gemeinschaften eingefordert wird – alle müssen „comme des moyens au service des personnes et des communautés“¹⁸¹ betrachtet werden. Auf der anderen Seite gewinnt sie aus diesem Leitbild nur eine eingeschränkte, allein gegen die Europäische Union, nicht aber gegen den (französischen) Staat gewandte Kritikfähigkeit, obwohl doch der Staat vom gleichen Standpunkt aus mindestens ebenso kritikwürdig wäre: Es ist nicht konsequent, im Namen des Subsidiaritätsprinzips zwar die Aufgabe des Souveränitätsanspruchs der Staaten, vor allem aber ihre Selbstverteidigung gegen die fortschreitende europäische Integration zu fordern, und die Staaten selbst nicht auch der Kritik wegen mangelnder Subsidiarität im Innenverhältnis zu Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften auszusetzen.

Beiträge zur Komparatistik und Geschichte des föderalistischen Denkens, überhaupt und besonders in Frankreich – Keller, Navet, Gouzy, Croizat

Neben den beiden einleitenden und grundlegenden Beiträgen von Martine Méheut und Chantal Delsol hat die Europäische Bewegung Frankreich mehrere

180 Ebd. S. 31.

181 Ebd. S. 32.

Aufsätze zur Geschichte des föderalistischen Denkens in ihren Sammelband aufgenommen. Deren erster, von Ivan Serge Keller, behandelt „les références historiques du fédéralisme“¹⁸² von der griechischen und römischen Antike mit der etymologischen Herleitung des Begriffs über föderative Züge des Feudalsystems, die Städtebünde des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, die schweizerische Staatsgründung basierend auf der Idee der Schwurgemeinschaft, des Bundes, die Kette von Autoren, Althusius mit Proudhon verbindend, bis hin zur Verfassungsbildung der Vereinigten Staaten von Amerika – eine historische Übersicht, die für die französische Öffentlichkeit verdeutlicht, dass, wie im Avant-propos angekündigt, der Föderalismus „pas une utopie théorique, mais recherche dans la longue histoire de l'Europe les sources de sa possible identité“¹⁸³ bedeutet.

Dem gleichen Ziel ist auch der zweite der geistesgeschichtlichen Aufsätze verpflichtet, in dem Georges Navet „les deux sources majeures de la pensée fédéraliste“¹⁸⁴ darstellt, als die er die Werke von Alexis de Tocqueville und Pierre-Joseph Proudhon versteht.

Auch mit diesem Beitrag, auf dessen Inhalte in diesem Zusammenhang einzugehen zu weit führen würde, öffnet sich der Blick auf die Problematik des französischen Staatsaufbaus und seines Verhältnisses zur europäischen Integration in zwei Perspektiven, die für das dominierende französische Europa-Denken nicht selbstverständlich sind: Zum einen auf die amerikanische und damit föderale – und erfolgreiche, sowohl hinsichtlich des inneren Zusammenhalts wie der äußeren Machtentfaltung! – Staatsform, zum andern auf die nichtstaatlichen Formen föderativen Zusammenlebens, wie sie Proudhon in seinen Veröffentlichungen

182 Ebd. S. 33-41. Ivan Serge Keller, geb. 1949, ist Lehrer und Vizepräsident der französischen Sektion der ‚Association européenne des enseignants. Zu seinen wichtigsten Publikationen in dem hier interessierenden Horizont gehören „L'Esprit du fédéralisme dans l'histoire de l'Europe“ (gemeinsam mit Martine Méheut und Roger Lombreaud, 1997) und „Fondements et étapes de la construction européenne“ (gemeinsam mit Dominique Hamon, 1997). Der Beitrag Kellers ruht, wie der folgende von Georges Navet auch, weitgehend auf der immer noch als Standardwerk geltenden dreibändigen „Histoire de l'idée fédéraliste“ von Bernard Voyenne, deren erster Band, „Les sources“, die Entwicklung föderalistischen Denkens von der Antike bis ins 19. Jahrhundert behandelt, in sehr ähnlicher Gliederung wie bei Keller und Navet. Keller selbst weist eingangs auf Voyenne hin, so dass man die beiden Beiträge zur Sammelpublikation der Europäischen Bewegung eigentlich als Kurzfassungen des ersten und teilweise zweiten, Pierre-Joseph Proudhon gewidmeten Bandes von Voyenne erkennen muß.

183 Ebd. S. 10.

184 Ebd. S. 43-47. Georges Navet lehrt Politologie an der Universität Reims und ist dort Direktor des Zentrums für politische Philosophie und Theorie sowie des Studienprogramms am Collège international de philosophie. In seinen Publikationen beschäftigt er sich vorwiegend mit der politischen Geistesgeschichte Frankreichs im 19. Jahrhundert.

über gesellschaftliche Strukturen, Machtaufbau ‚von unten‘, Zusammenführung durch Grundsätze der vertraglichen Kooperation, des ‚Mutualismus‘, kurz wie er sie als „principe fédératif“ bezeichnet hat.¹⁸⁵

Der dritte Beitrag historischer Art schließlich, von Jean-Pierre Gouzy, ist der „idée fédérale dans l'histoire de la construction européenne“¹⁸⁶ gewidmet, ebenfalls um dem französischen Vorurteil zu begegnen, von Föderalismus sei in der europäischen Integrationsgeschichte bisher nicht die Rede gewesen, es habe sich um Formen zwischenstaatlicher Kooperation gehandelt und erst jetzt gehe unverhofft von den womöglich bevorstehenden föderativen Integrationsschritten eine Bedrohung für die Unversehrtheit des französischen Nationalstaates aus.

Die vergleichende Perspektive führt Maurice Croizat in die Publikation der Europäischen Bewegung Frankreich ein, in dem schon behandelten Sinne: Föderalismus wird empirisch erfasst, stellt sich als erfolgreiche und moderne in vielen anderen Staaten funktionierende „mode de gouvernement“ heraus – eine in Frankreich keineswegs selbstverständliche Einsicht. Croizat macht auch in diesem Beitrag deutlich, dass der „fédéralisme coopératif ou intergouvernemental“¹⁸⁷ die Form des Föderalismus ist, die der zeitgenössischen Komplexität der Industriegesellschaften angemessen Rechnung trage und dass Europa sich in einem „double mouvement de fédéralisation“¹⁸⁸ innerstaatlicher Dezentralisierung und Regionalisierung und internationaler Regionenbildung befinde, mit der ebenfalls schon bekannten Fehlerdiagnose, dass in der Europäischen Union „le processus de fédéralisation n'est pas achevé puisqu'il n'existe pas encore un gouvernement européen.“¹⁸⁹

185 Proudhons Hauptwerk, 1863 erschienen, trägt den Titel „Du principe fédératif“.

186 Mouvement Européen France: La pensée fédéraliste et la construction européenne, a.a.O., S. 49-53. Jean-Pierre Gouzy, Jahrgang 1927, ist Journalist, Chefredakteur der Zeitschrift „L'Europe en formation“, die vom Centre International de Formation Européenne herausgegeben wird, einer privaten Bildungs- und Hochschuleinrichtung, die von Alexandre Marc zur Weiterentwicklung und Verbreitung des personalistischen Föderalismus 1954 gegründet wurde und deren Vizepräsident Jean-Pierre Gouzy ebenfalls ist. Gouzy war Präsident der „Association des Journalistes européennes“ von 1978 bis 1982 und der „Réalités européennes du présent“; zu seinen bedeutendsten Publikationen zählen „Les pionniers de l'Europe communautaire“ (Lausanne 1968) und „Le fédéralisme et Alexandre Marc“ (gemeinsam mit Henri Rieben und Bernard Voyenne, Lausanne 1974).

187 Ebd. S. 57, der ganze Aufsatz unter dem Titel „Les Etats fédéraux dans le monde“, S. 55-61.

188 Ebd. S. 61.

189 Ebd. S. 60. Croizats eigener komparatistischer Ansatz kommt ohne fremde Beiträge am besten zur Geltung in seinem Buch: Le fédéralisme dans les démocraties contemporaines, Paris (Montchrestien) 1999 (3. Auflage = collection Clefs/Politique) Darin wird zunächst eine Begriffsklärung vorgenommen, die mit Proudhon einsetzt und damit ei-

Angesichts des dominierenden europapolitischen Denkens in Frankreich ist der Sammelband der Europäischen Bewegung erstaunlich: Er versucht, zum Zeit-

nen sehr weitgefaßten Föderalismus-Begriff einführt (S. 7). Dieser wird aber aus pragmatischen Gründen – die Definition sei zu unsicher – nicht für die weitere Arbeit verwendet: „le fédéralisme relève de systèmes de pensée différents appartenants à des doctrines politiques parfois opposées, comme l'anarchisme et le libéralisme“ (S. 18) – „Une autre manière de procéder est de limiter le sujet à des expériences comparables par leur référence politique et constitutionnelle afin d'élaborer une grille d'analyse. Ce souci explique notre choix“ (S. 19), nämlich die Begrenzung der Analyse auf existierende politische Föderationen. Im Hinblick auf diese wird Föderalismus dann eng definiert als das bekannte „mode de gouvernement qui repose sur une certaine manière de distribuer et d'exercer le pouvoir politique dans une société, sur une base territoriale.“ (S. 19) – „Une définition du fédéralisme peut être déduite du pluralisme: il suffit de remplacer le terme groupe par celui de groupes territoriaux ou de groupes définis territorialement: [...] une organisation fédéraliste forme une entité composée de groupes territoriaux autonomes qui participent d'une manière ordonnée et permanente aux institutions et aux décisions de l'entité centrale.“ (S. 23f.)

Die eigentliche Analyse des Buches bezieht sich auf die Fragen des institutionellen Systems von Föderationen (Teil 2: „Le mode de gouvernement fédéral“) und auf den kooperativen Föderalismus als angeblich moderne Form der pragmatischen Zusammenarbeit von Gliedern und Bund (Teil 3: „Le fédéralisme coopératif“). Abschließend wird die Frage nach Europa gestellt („Perspectives d'avenir: fédéralisme et nationalisme“), als Frage nach der Vereinbarkeit zwischen dem Selbsterhaltungsanspruch der Nationen einerseits und einem gemeinsamen politischen System andererseits.

Die Bilanz dieser Analyse ist, daß in der EU ein Föderalisierungsprozess identifiziert wird, der sich zwar bisher vorwiegend im Bereich von EU-Bürgerschaft, Gemeinschaftsrecht und praktischer Politik (im Sinne des kooperativen Föderalismus) vollzieht und weniger das Institutionen- und Entscheidungssystem betrifft, aber letztlich auch dieses erfasst hat und weitertreibt: „Un processus fédéral est donc à l'œuvre, avec une constitutionnalisation progressive des relations au sein de l'Union, la création d'un ordre juridique propre et les débuts d'une citoyenneté, l'autonomie, encore incomplète, du système institutionnel, l'intégration des politiques publiques nationales à [/] partir d'actes communautaires, la mise en œuvre d'une monnaie unique et d'une banque centrale indépendante ...“ (S. 150f.) Croizat endet nicht neutral, sondern mit einem verhaltenen Plädoyer für den Föderalismus, indem er schließt: „les expériences fédérales sont riches d'enseignements pour apporter des réponses politiques aux situations de tensions et de ruptures qui se multiplient en cette fin de siècle. En particulier, la réconciliation des nations européennes autour de projets communautaires est un exemple fort“ (S. 152) und zeigt „la possibilité de limiter la souveraineté des Etats-nations“ (S. 153). „Le fédéralisme est inséparable d'une démocratisation de la société, de ces valeurs comme de ses institutions, [/] et de la reconnaissance de tous les pluralismes afin de réaliser pacifiquement l'unité dans le respect des diversités.“ (S. 154) Der rückseitige Buchklappentext drückt noch deutlicher aus, welches das Anliegen des Autors ist, nämlich dem Föderalismus in Frankreich zu dem Ansehen eines politischen Systems zu verhelfen, das ernst genommen zu werden verdient und dem französischen Anspruch auch insofern gerecht wird, als es ermöglicht, „sous certaines conditions, d'associer fédéralisme et nationalisme“.

punkt der vollendeten Währungsunion eine bis dato marginale, allerdings auch in Frankreich nie ganz unterbrochene, eben die föderalistische Denkrichtung, wieder in die öffentliche Debatte einzuführen, und das ohne Scheu vor der Herausforderung, die in einer so grundlegenden gesellschaftstheoretischen Begründung liegt, wie sie besonders Martine Méheut, aber auch Chantal Delsol liefern.

Dass das in ihren Beiträgen zutage tretende Denken in Kategorien eines personalistisch verstandenen und zunächst gesellschaftlich ausgeprägten, erst dann auch politisch gewendeten und nur zu guter Letzt auf Europa übertragenen Föderalismus zwar in der Öffentlichkeit der ‚classe politique‘ Frankreichs immer noch auf Unverständnis stößt, in Wirklichkeit aber hinter den Kulissen auch in Frankreich politische Persönlichkeiten ersten Ranges geprägt hat, zeigt der folgende Abschnitt.

3.2 Jacques Delors, sein personalistisches Engagement und seine „Fédération des nations“

Im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes spielt Jacques Delors eine Sonderrolle: In die aktuelle Debatte um die europäische Einigung und ihre ‚föderale Berufung‘ greift er mit Reden und Interviews, nicht aber mit umfangreichen Publikationen von Buchformat ein; und seine kürzeren Beiträge geben ihre Substanz erst in vollem Umfang zu erkennen, wenn man sie als Ausdruck eines großen Lebenswerkes erkennt. Dieses Lebenswerk umfasst in gleichem Maße das konzeptionelle Nachdenken über Gesellschaft, Nation, Staat und Europa wie auch das Engagement und die Wahrnehmung hoher Staatsämter in Frankreich und der Europäischen Gemeinschaft.

Das Zusammentreffen von Denken und Handeln, Doktrin und Engagement ist im Falle Jacques Delors kein zufälliges, es ist im Gegenteil eine sehr bewusste Kombination, eine Kongruenz von theoretischen Überzeugungen und praktischer Tätigkeit: In Delors' Denken spielt das Engagement eine konstitutive Rolle, und in seinen gesellschaftlichen und politischen Tätigkeitsbereichen hat er immer die Möglichkeit gesehen und verfolgt, sich an seinen Wertvorstellungen zu orientieren und seine Vorstellungen von Staat und Gesellschaft durch Reformen und Wandlungsprozesse in die Realität umzusetzen.

Für die Zwecke dieser Darstellung werden die beiden eng verwobenen Lebenslinien Delors teilweise künstlich auseinandergelegt, seziiert gewissermaßen, damit zunächst in großen Zügen die Überzeugungen, die gedanklichen Zusammenhänge dargestellt werden können und anschließend der Weg, den Delors, seine Doktrin in die Tat umsetzend, durch Vereine, Verbände, durch Staat und internationale Politik gegangen ist. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass weder eine gültige Autobiographie noch eine wissenschaftliche Bio-

graphie Delors' vorliegen, freilich nicht wenige Publikationen, Reden und andere Materialien, die für den Horizont dieser Darlegungen ausreichen.¹⁹⁰

Delors' Bekenntnis zu Personalismus und Föderalismus

Am weitesten dringt man zu den Wurzeln seines Denkens vor, wenn man Delors' vielfaches Bekenntnis zum Personalismus zurückverfolgt, dem seinerseits seine Religiosität zugrunde liegt: „Parallèlement à mon action syndicale [...] mon épouse et moi avons décidé d'adhérer à un mouvement où on pouvait militer en couple, La Vie nouvelle. [...] Il rassemble des hommes et des femmes soucieux de mieux comprendre le personalisme chrétien, en travaillant sur les trois fronts de la religion, de la vie privée et de la vie collective.“¹⁹¹

Damit beruft sich Delors auf eine Tradition, für die er den Namen von Emmanuel Mounier nennt¹⁹² und deren zentrale Denkfigur das Gleichgewicht zwischen

190 Eine Sammlung maßgeblicher Reden Delors' liegt in Buchform unter dem Titel „Le nouveau concert européen“ seit 1992 vor, im folgenden nach der deutschen Ausgabe aus dem darauffolgenden Jahr mit dem Titel „Das neue Europa“ (München und Wien) zitiert. Einer Biographie kommt der umfangreiche Band der Gespräche gleich, die Dominique Wolton 1994 mit Delors führte und unter dem Titel „L'Unité d'un homme“ in Paris publizierte. An seiner Autobiographie arbeitet Delors gegenwärtig in und mit den Mitteln der Vorhut für eine Stiftung, die zunächst unter dem Namen „Notre Europe“ firmiert und in vielfältigen Schriften Delors' eigene Interessenschwerpunkte erkennen lässt. Daneben steht seine Beteiligung an der öffentlichen Debatte mit Interviews und Zeitschriftenbeiträgen, Reden und anderen Publikationen.

191 L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 18.

192 Ebd. S. 20f. Über die Grundmuster des personalistischen Denkens gibt der Genannte am besten selbst Auskunft, vgl. Emmanuel Mounier: Le personalisme. Die Schrift ist in der in Frankreich weit verbreiteten Reihe „Que sais-je?“ 1995 in 16. Auflage erschienen. Delors schreibt auch und sogar während seiner Amtszeit als Kommissionspräsident in der personalistischen Zeitschrift „Esprit“, z.B. 1991 über die Gewerkschaftsbewegung, vgl. L'Unité d'un homme, S. 40. „Esprit“ ist die überlebende der beiden personalistischen Zeitschriften, die in den dreißiger Jahren in Paris gegründet wurden, die andere war „L'Ordre nouveau“; vgl. die Neuausgabe Aosta 1997 in fünf Bänden. Die Gruppen, die die beiden Zeitschriften herausgaben, waren miteinander verflochten und lassen sich gemeinsam als „Les Non-Conformistes des années 30“ bezeichnen, so der Titel des Buches von Jean-Louis Loubet del Bayle. An die Diktion von „Ordre nouveau“ knüpft Delors an, wenn er zur Schlussfrage Dominique Woltons, „de ce qui fait l'unité de l'homme Jacques Delors“, sagt: „C'est la contestation permanente de l'ordre établi.“ (L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 388) Die Autoren des „Ordre nouveau“ sprachen formelartig von der „désordre établi“, vgl. Ordre nouveau, a.a.O., S. 17 die diesbezüglichen Hinweise Marc Heims in seiner Einleitung. Dass dies nicht eine zufällige Wortwahl Delors ist, zeigt eine frühere Bemerkung, „je n'ai jamais accepté l'ordre existant.“ (L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 16) wie auch sein Hinweis, dass schon in den dreißiger Jahren „Emmanuel Mounier, lui, contestait l'ordre bourgeois.“ (L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 20f.) Delors begibt sich sehr bewusst in die Tradition des Personalismus.

unverwechselbarer Individualität und Einzigartigkeit des Menschen einerseits und seiner Zugehörigkeit zu vielfältigen menschlichen Gemeinschaften andererseits ist – beide Dimensionen des Daseins zusammen erst erlauben Selbstverwirklichung, die Entfaltung des eigenen Potenzials an Humanität. Wenn Delors von den beiden Feldern des Nachdenkens über „la vie privée et la vie collective“ spricht, dann meint er diese Kombination von Individualität und Gemeinschaftszugehörigkeit, die beide für den hier verwendeten Begriff der Person konstitutiv sind. In seiner „persönlichen Würdigung von Denis de Rougemont“¹⁹³ knüpft Delors ausdrücklich an dessen Formel aus den dreißiger Jahren an: „Ni individualistes, ni collectivistes, nous sommes personnalistes“¹⁹⁴, und nimmt für sich selbst ebenfalls in Anspruch, er sei „Personalist und von der Philosophie Emmanuel Mouniers geprägt“. Deshalb wende er sich gleichermaßen gegen „Individualismus“ wie gegen „Kollektivismus“.¹⁹⁵

Von dieser personalistischen Grundposition aus weist der Begriff der Subsidiarität den Weg zum Aufbau einer strukturierten Vielfalt menschlicher Gemeinschaften. Das Subsidiaritätsprinzip wird im Sinne der päpstlichen Enzyklika interpretiert¹⁹⁶, der Begriff der Person fällt auch in diesem Kontext¹⁹⁷, und das vielzitierte Prinzip gilt Delors als Modell für „die Ordnung der Gesellschaft in Gruppen [...] und nicht ihre Atomisierung in Individuen.“¹⁹⁸ Zu diesen gesellschaftlichen Gruppen zählen für Delors die Vereine und Verbände – wie ‚La Vie nouvelle‘ – mit zivilem Engagement, vor allem aber die Gewerkschaften – es ist vor allem die Gewerkschaftsbewegung, die nach Delors‘ Überzeugung „zur Entstehung eines neuartigen Gesellschaftsmodells beigetragen [hat], das als Ergeb-

193 Das neue Europa, a.a.O., Rede am Europa-Kolleg Brügge am 17. Oktober 1989 zum Thema „Das Ideal und die Notwendigkeit“, S. 305. Denis de Rougemont gehörte zu den Wortführern des personalistischen Föderalismus in der Gruppe um die „Non-Conformistes des années trente“.

194 Denis de Rougemont. Sondernummer der Zeitschrift ‚Cadmos‘ (neuvième année, no. 33, printemps 1986) des Centre européen de la culture, Lausanne, S. 25; vgl. auch „Das neue Europa“, S. 167 mit dem dortigen Gedanken Delors, das Subsidiaritätsprinzip sei weder dem Liberalismus noch dem Sozialismus zuzuordnen und dazu Anm. 231.

195 Das neue Europa, a.a.O., S. 306.

196 Vgl. zum Subsidiaritätsprinzip Frank Ronge :Legitimität durch Subsidiarität. Der Beitrag des Subsidiaritätsprinzips zur Legitimierung einer überstaatlichen politischen Ordnung in Europa. Baden-Baden 1998 (= Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung Band 1). Vgl. auch Chantal Delsol: L’Etat subsidiaire, a.a.O., und René Loureau: Le principe de subsidiarité contre l’Europe. Paris (PUF) 1997.

197 Das neue Europa, a.a.O., S. 159.

198 Ebd.

nis eines klugen Ausgleichs zwischen der Gesellschaft und dem Individuum gewertet werden kann.“¹⁹⁹

Beide Begriffe, der des Personalismus wie der der Subsidiarität, führen Delors‘ Denken weiter zum Föderalismus. Schon im Umkreis von ‚La Vie nouvelle‘ trugen Delors und seine Mitstreiter zur Entwicklung einer ‚nouvelle gauche‘ bei, die sich schon früh für die französische Dezentralisierung einsetzte: „Celle-ci était fondée sur ce qui, dans le personnalisme, est plutôt voisin du fédéralisme et d’une certaine méfiance à l’égard de l’Etat omniprésent.“²⁰⁰ Dieses Netz benachbarter Begriffe schließt auch den der Subsidiarität ein – er „macht nur Sinn [...] in einem föderalen Ansatz.“²⁰¹ Und auch auf europäischer Ebene wird damit eine Zentralisierungsbremse geschaffen: „Erinnern wir uns daran, dass in jedem System föderaler Prägung, wie auch dem der Europäischen Gemeinschaft, das Subsidiaritätsprinzip ein ständiges Gegengewicht zu den Mechanismen des ‚Spill-over-Effekts‘ bildet, die in einer komplexen Welt dazu tendieren, der Zentralgewalt zu viel Verantwortung zuzuschieben.“²⁰²

Jacques Delors‘ Föderalismus-Modell ist ein religiös, anthropologisch und gesellschaftlich fundiertes Modell, genauer gesagt: Sein Föderalismus ist die auf politisches Feld bezogene und übertragene Struktur von Gesellschaft und Humanität im allgemeinen. Grundlegend und als Bezugspunkt in seiner Priorität immer erhalten bleibt dabei der einzelne Mensch, verstanden als Person, in seinen vielfältigen Gemeinschaften. Diese – und die Menschen in ihnen – müssen frei zur Entfaltung kommen und bedürfen zu diesem Zweck nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips nötigenfalls auch der Hilfe des Staates oder der Europäischen Union, allerdings immer nur soviel, wie zu ihrer Selbstverwirklichung dienlich und nötig ist.

Dazu dient am besten ein vielgliedriger, dezentralisierter Aufbau staatlicher Instanzen nach föderalem Modell: „Pour moi, l’action publique, qu’elle soit politique, syndicale, patronale, n’est là que pour fournir aux individus les moyens de s’épanouir dans la diversité des personnes [...] il faut accroître les marges de choix des individus et, selon ma vision personnaliste de la société, l’homme ou la femme ne peuvent s’épanouir que dans une appartenance voulue, consentie à des communautés.“²⁰³

199 Ebd. S. 64; Rede auf dem Kongress der britischen Gewerkschaften in Bournemouth am 8. September 1988, unter dem Titel „Der Bau des sozialen Europas“.

200 L’Unité d’un homme, a.a.O., S. 21.

201 Das neue Europa, a.a.O., Rede zum Subsidiaritätsprinzip, S. 158.

202 Ebd. S. 152.

203 L’Unité d’un homme, a.a.O., S. 33; vgl. auch die daraus natürlicherweise resultierende Skepsis gegenüber jeglichem Anspruch auf Souveränität, vgl. Das neue Europa, a.a.O., S. 315.

Ganz anders als konservative Autoren wie Jérôme Monod oder auch liberale wie Devedjian und Bayrou ist Delors' Ausgangspunkt also nicht das Nachdenken über staatliche Strukturen und Funktionen. Nicht die Reflexion über die Tradition und historische oder gegenwärtige Problematik des Nationalstaates, nicht die Behauptung oder Infragestellung seines Souveränitätsanspruchs, nicht die Frage der Staatlichkeit oder Staatsbildung der Europäischen Union, kurz: nicht die ‚etatistische‘ Tradition hat Priorität in Delors' Konzeptionen. Sein Ausgangs- und Referenzpunkt, die Instanz, vor der sich alle anderen, auch die politischen, staatlichen, europäischen Strukturen als ‚subsidiär‘ legitimieren müssen, ist die personale Existenz des Menschen in seiner Individualität und in seinen Gemeinschaften – eine ‚consociative‘ Strukturbildung von Gesellschaft und Politik.²⁰⁴

Dominique Wolton konstatiert diese Denkrichtung Delors', wenn auch ohne politiktheoretische Identifikation, und erkennt darin „son originalité: le discours politique vient, chez Jacques Delors, après l'analyse de la société. [...] Le sens ne va pas de la politique vers la société, mais au contraire de la société vers la politique. [...] On comprendra que cette attitude ait intéressé un chercheur: un homme politique qui part de la société.“²⁰⁵

Die Dauerhaftigkeit von Delors' Überzeugungen und der Zusammenhang zwischen Denken und Handeln

Bedenkt man den weiten Weg, den Jacques Delors von seiner ersten Mitgliedschaft in der Jeunesse ouvrière catholique und der Gründung eigener Vereine bis in hohe Staatsämter und an die Spitze der EU-Kommission gegangen ist, dann kann man berechtigterweise die Frage stellen, ob sich seine Auffassung von der Priorität der Gesellschaft gegenüber dem Staat nicht geändert haben. Er selbst besteht dagegen auf der Kontinuität seiner Wertvorstellungen und ihrer Hierarchie: Die seinen „n'ont par fondamentalement changé depuis que je me suis engagé dans le social et l'économique, puis dans la politique.“²⁰⁶ Ein deutliches Indiz für die Konstanz seines personalistischen Gesellschaftsmodells ist auch die Begrifflichkeit, in der Delors weiterhin denkt: In seiner Berliner Rede vom November 1999 entwirft er einmal mehr die Konturen einer europäischen Gesellschaft, bezieht sich dabei auf die Dichotomie von ‚Individuum‘ und ‚Gesellschaft‘, ersetzt aber diese Begriffe, gewissermaßen für Eingeweihte und um der

204 Vgl. zur Unterscheidung zwischen etatistischem und consociativem Politikverständnis – auch unter den verschiedenen föderalistischen Strömungen – Heinrich Schneider: Rückblick für die Zukunft, a.a.O., S. 74ff.; vgl. auch Anm. 96.

205 L'Unité d'un homme, a.a.O., Introduction de Dominique Wolton, S. 9.

206 Ebd., S. II; Avant-propos de Jacques Delors.

größeren Aussagekraft willen, durch „Person“ und „Gemeinschaft“²⁰⁷ – Schlüsselbegriffe, deren Sinn allein in der oben skizzierten Gesellschaftsdoktrin aufgehoben ist.

Jacques Delors ist nicht als Doktrinär in die Geschichte eingegangen. Im Gegenteil, seine politische Position ist nicht immer eindeutig dem Parteienspektrum zuzuordnen gewesen, sein erstes Staatsamt trat er, der sozialdemokratische Gewerkschafter (der er auch erst nach anfänglicher Mitgliedschaft in der christdemokratischen Partei des MRP geworden war), in der gaullistischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Jacques Chaban-Delmas 1969 an, als französischer Sozialist mit immerwährendem Plädoyer für eine europäische Sozialpolitik ist er doch einer der Väter des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion. Delors hat nie versucht, eine vorgefasste Idee zu realisieren, seine Methode war immer die der Verhandlung und des Kompromisses – mit seinem Namen wird das Verfahren der ‚Paket-Lösungen‘ auf europäischer Ebene verbunden.²⁰⁸

Dabei handelt es sich nicht bloß um eine Verzichtsbereitschaft Delors', um eine Verwässerung seiner eigenen Positionen oder um einen Mangel an Profil und Zielbewusstsein. Vielmehr ist die Methode – Konflikte identifizieren, mit den Interessenten über einen Ausgleich verhandeln, einen Kompromiss als vorläufige, aber verbindliche Lösung suchen – selbst Teil der personalistischen und, auf politischem Feld, föderalistischen Doktrin. Es handelt sich nicht um eine Zurücknahme, sondern um eine konsequente Anwendung und Umsetzung des Denkens in Handeln.

Maßgeblich dafür ist die Überzeugung, dass jedermann des anderen bedarf, um sich existenziell zu verwirklichen – eine solche Existenz ist unvereinbar mit dem Beharren auf individuellen Standpunkten, sie ist vielmehr dialogisch angelegt und erhofft sich den richtigen Weg als Frucht von Gemeinschaftsbildung, von Diskussion, Kontroverse, vom Überschreiten der eigenen Grenzen durch Austausch und Einigung mit anderen. Einsicht in den ‚richtigen‘ Weg ist nach dieser Überzeugung nicht das Verdienst eines individuellen Studiums und noch weniger einer ‚volonté générale‘, sondern das konkrete Produkt gemeinschaftlichen Bemühens. Wenn an Delors' politischem Verhalten etwas Frappierendes ist,

207 Jacques Delors: Unsere historische Aufgabe: die Wiedervereinigung Europas. Rede im Berliner Rathaus am 14. November 1999 (=Wallenberg-Gedenk-Vortragsreihe des Aspen Institute Berlin); vielfältigster Redetext; vgl. auch Delors Bemerkung, „social“ sei bei ihm als „sociétal“ zu verstehen, L'unité d'un homme, a.a.O., S. 33 – ein ebensolches Indiz für die Zugehörigkeit zur Denkschule des personalistischen Föderalismus.

208 Vgl. die beiden Durchbrüche, die damit auf den Weg zum Binnenmarkt und zur Währungsunion führen, vgl. auch L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 16, zum Vorwurf, er sei „modéré“ und „réformiste“.

dann die konsequente Umsetzung seiner Grundüberzeugungen in politische Methodik – anstelle der Versuchung nachzugeben, in den teils mit hoher politischer Macht ausgestatteten Ämtern von dieser Macht Gebrauch zu machen.

„On ne peut réussir qu'en mettant en mouvement les acteurs: les membres d'une société doivent être les acteurs de leur propre changement. Aucun changement imposé d'en haut ne peut réussir durablement.“²⁰⁹ Delors' politische Erfolge, sofern sie ihm beschert waren,²¹⁰ verdankt er nicht dem Willen zur Durchsetzung festgelegter Pläne, sondern der Anwendung dieser dialogischen, personalistischen, föderalistischen Methode. Er selbst beschreibt noch um einen Grad ausführlicher dieses Vorgehen am Beispiel eines Gesetzgebungsverfahrens zur Fort- und Weiterbildung, das er in der Regierung Chaban-Delmas zu verwirklichen suchte: „la méthode qui est idéale pour moi: les partenaires sociaux s'étaient réunis, avaient abouti à l'accord interprofessionnel de 1970 sur la formation permanente. J'étais ensuite entré en négociation avec eux, et nous avons transformé cet accord en une loi, de façon à l'étendre et à montrer le caractère obligatoire de ce droit à la formation permanente. Le cadre était planté, les instruments existaient, il s'agissait ensuite pour l'Etat à la fois de piloter et de faire participer les différents acteurs.“²¹¹ Auch an diesem Fall beweist sich die Dauerhaftigkeit der Überzeugungen Delors', denn die beschriebene Methode blieb die seine auch während der Amtszeit als Kommissionspräsident.²¹²

Delors' personalistischer Weg

Delors' eigener Werdegang ist, wie sein politisches Verhalten, ein Parcours durch die gesellschaftlichen Gruppen und politischen Instanzen in völliger Übereinstimmung mit seinen Ansichten, ein personalistisch-föderalistischer Lebenslauf gewissermaßen. Der erste gemeinschaftliche Rahmen, in dem er sich

209 L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 51.

210 Vgl. allerdings seine Anerkennung für Mitterands erfolgreiche Strategie, die französischen Sozialisten um eine gemeinsame Position zu sammeln und an die Macht zu führen: „soyons franc, l'Histoire a donné raison à Francois Mitterand, contre Michel Rocard, d'un côté, et contre Jacques Delors, de l'autre. J'ai pris une leçon de stratégie politique.“ L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 29.

211 Ebd. S. 56.

212 Allerdings distanziert sich Delors behutsam von doktrinen Positionen des Personalismus: In seiner schon zitierten Rede zum Beginn des Studienjahres 1989/90 am Europa-Kolleg Brügge besteht er darauf, bei aller Würdigung für Denis de Rougemont, dass auch das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen und kleinen politischen Gliederungseinheiten im Verhältnis zu Staat und Europa keine Einbahnstraße sein dürfe: Nicht nur „bottom up“, sondern auch „top down“ dürfe und müsse gehandelt werden, und auch eine Föderation brauche eine entschiedene politische Macht. Vgl. Das neue Europa, a.a.O., S. 306f.

engagierte, war, wie schon angedeutet, die katholische Gewerkschaftsbewegung Frankreichs, zunächst deren Jugendverband, die ‚Jeunesse ouvrière catholique‘ (JOC), dann die CFTC (1964 umbenannt in CFDT, ursprünglich ‚Confédération française des travailleurs catholiques‘). Damit hatte Delors einen Boden gefunden, in dem er lebenslang wurzelte. Die Gewerkschaftsbewegung wurde sein soziales Zuhause, hierher kehrte er immer wieder zurück, hier fühlte er sich unter seinesgleichen – anders als in der Sozialistischen Partei, deren politische Foren ihm innerlich fern standen.²¹³

Delors verstand die Gewerkschaften auch nicht nur als Interessenvertretung einer gesellschaftlichen Gruppe, sondern als nichtstaatliche Personengemeinschaft par excellence zur ‚organisation de la vie sociale‘ im allgemeinen.²¹⁴ Dazu gehörte für ihn allerdings von Anfang an auch ein weiteres Engagement über die Gewerkschaft hinaus: ‚La Vie nouvelle‘ war der schon ausführlicher genannte personalistische Club, in dem sich Gleichgesinnte mit ihrer eigenen und der Weiterbildung der Gesellschaft beschäftigten – übrigens, wie Delors betont, als Ehepaare: Die Gemeinschaft der Ehe, die Komplementarität von Mann und Frau, gilt aus föderalistischer Sicht als erste Form der Gemeinschaftsbildung über das Individuum hinaus.

Von ‚La Vie nouvelle‘ führte Delors' Weg 1959 zur Gründung eines eigenen Vereins mit ähnlicher Zielsetzung, ‚Citoyen 60‘: „Au départ, Citoyen 60 était simplement le prolongement du volet ‚vie politique‘ de La Vie nouvelle.“²¹⁵ Die Gedanken des neuen Vereins, der eine gleichnamige Zeitschrift herausgab, wurden in der Formel „la démocratie à portée de main“ zusammengefasst; dieses Schlagwort „était à la fois un plaidoyer pour une citoyenneté active et une démarche visant à la décentralisation des pouvoirs.“²¹⁶

213 Vgl. L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 34f.: „Il s'agissait pour moi de lutter contre l'injustice sociale, et le terrain essentiel de l'action était le syndicalisme. D'autre part, j'y ai trouvé une ambiance qui me plaît. C'est l'endroit où je suis le plus à l'aise.“ – „Aujourd'hui encore, quand je vais à une réunion syndicale, je suis heureux. Je ne le suis pas seulement par nostalgie d'une ère passée, mais parce que je m'y sens à l'aise, ce qui est moins le cas dans un parti politique. Là, je le fait par obligation – parce que le politique est incontournable.“ Dazu gehört auch Delors' Bereitschaft, in Reden vor der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Kern seiner Überzeugungen vorzustoßen, vgl. z.B. „Der Bau des sozialen Europas“, in: Das neue Europa, a.a.O., S. 59-105.

214 L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 38.

215 Ebd. S. 21.

216 Ebd. S. 26. Die Bedeutung und Wirkung dieser Vereine auf die Formierung der sozialdemokratischen Kräfte im Frankreich der siebziger Jahre schätzt Delors sehr hoch ein und empfiehlt diese Quelle des neuen sozialdemokratischen Zusammenschlusses der historischen Forschung: Sie würde feststellen, dass „80%“ der späteren politischen Programme von hier aus inspiriert waren. Vgl. ebd. S. 30.

Bei all diesem verbandlichen Engagement bestand Delors dennoch auf seiner Unabhängigkeit davon und arbeitete deshalb hauptberuflich zunächst für die Banque de France. Diese existenzielle Grundlage sicherte ihm die Freiheit seiner ehrenamtlichen Mitarbeit.²¹⁷ Eine Verbindung von Beruf und Engagement wurde möglich, als Delors 1962 ‚Chef du service aux affaires sociales au Commissariat général du Plan‘ wurde.²¹⁸ Damit gewann er eine Plattform für seine Tätigkeit, die zwar eine französische institutionelle Besonderheit ist, für Delors' Verständnis vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft aber eine unverzichtbare Rolle spielte und gerade heute wieder spielen sollte.

Für ihn war das Plankommissariat nicht etwa eine Planungsinstanz im sozialistischen oder gar stalinistischen Sinne, vielmehr verstand er das ‚Commissariat général du Plan comme lieu de discussion sur le type de société que l'on veut, et la manière dont on va maîtriser les défis et les enjeux de l'avenir.‘²¹⁹ Seine Zeit in diesem Organismus ist für Delors zugleich die befriedigendste seines ganzen Berufslebens, wegen der spezifischen Rolle zwischen Gesellschaft und Politik, die das Plankommissariat spielen konnte: ‚Je pense que la période professionnelle dont je garde le meilleur souvenir, est celle du Commissariat général du Plan. C'était une position où l'on pouvait combiner réflexion et action, dialogue, écoute et influence.‘²²⁰

Auch die wissenschaftlichen Methoden, die dort entwickelt wurden, verdienen Beachtung, sie waren zukunftsweisend als Alternative zur amerikanischen Futurologie. Im Unterschied zu diesem Versuch, durch Extrapolation bekannter und im Prinzip auch quantifizierbarer Trends künftige Zustände und Entwicklungen präzise vorhersagen zu können, wurde im französischen Plankommissariat mit der ‚prospektiven‘ Methode gearbeitet: Faktoren werden identifiziert, ihre Interaktion diskutiert, aber eingedenk der (damals noch nicht genau beschreibbaren, aber mit Recht vermuteten, heute dagegen selbst mathematisch und naturwissenschaftlich erwiesenen) prinzipiellen Unvorhersagbarkeit des Verhaltens komplexer Systeme nicht Vorhersagen, sondern mögliche Szenarien entwickelt: Denkbare Entwicklungen, die keine Fatalität bedeuten und deren Eintreffen zudem vor allem durch Entscheidungen der Betroffenen auch mehr oder weniger wahrscheinlich gemacht werden können. ‚Les économistes, sociologues, hommes de science politique, qui s'intéressaient à la prospective, venaient. Il y avait une

217 Vgl. ebd. S. 30.

218 Vgl. ebd. S. 31.

219 L'Unité d'un homme, S. 44.

220 Ebd. S. 113; vgl. zur Funktion des Plankommissariats die weiteren Ausführungen dort und auf den folgenden Seiten.

sorte d'encouragement, de compétition fraternelle entre ce qui se faisait au Plan et ce que faisaient Bertrand de Jouvenel et bien d'autres.‘²²¹

Auch in dieser wissenschaftlichen Vorgehensweise kann man eine konsequente Ausprägung der personalistischen und föderalistischen Grundeinstellung erkennen. Zwei methodologisch wirksame Grundgedanken sind dafür maßgeblich: zum einen der der Fehlbarkeit einer jeden einzelnen, auch wissenschaftlich erarbeiteten Position, der Ergänzungsbedürftigkeit eines jeden Standpunktes durch andere, gegenwärtige oder künftige. Die föderale Einsicht in die Begrenztheit des eigenen Standpunktes entspricht dem Verzicht auf apodiktische Aussagen über die Zukunft. Zum anderen spielt die dialogische Grundfigur personalistischer Existenzauffassung eine maßgebliche Rolle, insofern die Tatsache ernst genommen wird und methodische Berücksichtigung findet, dass die wissenschaftlichen Beobachter zugleich auch Betroffene und potenziell Mitgestaltende sind: Sie beobachten nicht ‚neutral‘ die Entwicklung in die Zukunft hinein, sondern sie gestalten die Zukunft selbst mit, und sei es nur durch ihre Forschungsergebnisse, deren Veröffentlichung und die Wirkung, die diese entfaltet, im besseren Fall aber durch eigenes aktives Engagement in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Man kann unter diesen Umständen durchaus so weit gehen, die von Delors favorisierte Perspektive als eine föderalistische Methodik zu bezeichnen.²²²

Die Modernität dieser Methode liegt auf der Hand, angesichts der angedeuteten inzwischen gewonnenen Einsichten in die Relativität von Vorhersagen über künftiges Verhalten komplexer Systeme. Deswegen kann Delors auch ohne Zögern eine ‚Renaissance du Commissariat général du Plan‘²²³ fordern; er spricht von der ‚nécessité de garder pour la France une société ouverte, une société échappant à la consommations des faits, à la ‚fast food policy‘, à la tyrannie des média, qui vont jusqu'à imposer le calendrier politique. Que l'on retrouve des endroits où l'on puisse respirer et consulter, d'une manière calme, et à l'abri des turbulences et des émotions. Reconstruire des lieux de ce genre est

221 Ebd. S. 113. Bertrand de Jouvenel ist der Begründer der prospektiven Methode, so wie der Name der Futurologie mit Herman Kahn assoziiert werden kann.

222 Von der Schule des ‚integralen Föderalismus‘ jedenfalls, die die personalistische Tradition aufgenommen und bis in ihre philosophischen Implikationen weiterverfolgt hat, wird die Perspektive als methodologische Seite des Föderalismus aufgefasst. Der Begründer des ‚integralen Föderalismus‘, Alexandre Marc, und seine Nachfolger, vor allem Ferdinand Graf Kinsky, haben diese Weiterungen föderalistischen Denkens ausführlich beschrieben. Alexandre Marc erfährt bis heute die höchste Wertschätzung Jacques Delors', eine untergründige Verbindung, die hier nicht im einzelnen entfaltet werden kann.

223 L'Unité d'un homme, S. 44.

indispensable.²²⁴ Einen eigenen Beitrag dazu hat Jacques Delors selbst geleistet, indem er gegen Ende seiner Kommissionspräsidentschaft eine Einrichtung mit ähnlichem Auftrag auf europäischer Ebene, im Rahmen der EU-Kommission, ins Leben gerufen hat: die „Cellule de prospective“. Darin zeigt sich einmal mehr die Kontinuität in Delors Denken und Handeln – „l'unité d'un homme“.

Auf die Frage, wann er den Schritt aus dem gesellschaftlichen Engagement und dem Berufsleben als Beamter und Experte in die Politik vollzogen habe, antwortet Delors ohne zu zögern: „En 1979, quand j'ai été élu député européen.“²²⁵ Wenige Jahre später, nach dem Wahlsieg der Sozialisten unter der Führung Mitterands, wird er zum französischen Finanzminister und bleibt in dieser Funktion, bis er 1984 als Präsident der Europäischen Kommission berufen wird. Da es hier nicht um eine Biographie Delors' geht, sondern lediglich um seine föderalistische Vision Europas – diese allerdings gilt es in seinem Denken wie in seinem Handeln aufzuspüren –, sollen im folgenden nur summarisch die Aktivitätsfelder genannt werden, die für die föderale Perspektive Delors' auf die Einigung Europas konstitutiv waren.

Zunächst gehört dazu natürlich die herausragende Leistung selbst, die im Zentrum der Kommissionspräsidentschaft Delors' steht, die Durchsetzung des Binnenmarktes und der Abschluss des Maastrichter Vertragswerkes, mithin die feste Vereinbarung über den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Allein darin ist unzweifelhaft eine, vielleicht die in der europäischen Einigungsgeschichte bisher stärkste föderale Bindung zu erkennen. Durch Binnenmarkt und Währungsunion ist die Europäische Gemeinschaft zu einer jedenfalls auf diesen Politikfeldern föderativen Union geworden. Natürlich ist dies nicht Jacques Delors' alleiniges Verdienst, er selbst weist beispielsweise auf die Verdienste Helmut Kohls hin, dem beim Brüsseler Sondergipfel 1988 während der deutschen Ratspräsidentschaft der Durchbruch zur Finanzierung des ersten ‚Delors-Paketes‘ gelang²²⁶ und damit die Finanzierung des Binnenmarkt-Projekts sicherstellte. Aber unzweifelhaft war Delors selbst die zentrale politische und zielstrebig föderalisierende politische Gestalt auf dem Weg zur Vollendung der währungs- und wirtschaftspolitischen Integration.

Voraussetzung dafür war, dass Delors – wie im Rückblick auf seine hier nur skizzierte geistige Biographie deutlich wird – eben kein Anhänger des Nationalstaats mit seinem Absolutheitsanspruch war, dass er nicht in der Tradition des staatlichen Souveränitätsdenkens wurzelte, dass es ihm überhaupt in erster Linie nicht um die Staaten und deren Machterhaltung ging, sondern um die Vielfalt

224 Ebd. S. 36, vgl. auch S. 114.

225 Ebd. S. 113. Auch dieses Zitat verdiente eigentlich eine Verlängerung um die Erläuterungen, die Delors ebd. gibt.

226 Vgl. S. 231.

der menschlichen Gemeinschaften und Personen – bis hin zu den Nationen, die ihre Daseinsberechtigung und Würde als relativ große, aber prinzipiell ebensolche Gemeinschaften, allerdings auch ohne Absolutheitsanspruch behaupten dürfen. Diese Grundeinstellung personalistischer und föderalistischer Orientierung bedeutete, dass es für Delors keinen Loyalitätskonflikt auf dem Weg zu föderalistischer Integration bis hin zu Binnenmarkt und Währungsunion gab. Deshalb konnte er diesen Weg ebnen und die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft darauf führen.

Aber auch im Blick auf die Komponenten des Binnenmarkprogramms selbst zeigt sich Delors' Föderalismus, in Aspekten, die erst in ihrer föderalistischen Qualität erkennbar werden, wenn man, wie hier versucht, den Hintergrund seiner Denkweise entfaltet. So ist beispielsweise das Prinzip der ‚gegenseitigen Anerkennung‘ von Normen und Regeln, das als Alternative zur ‚Harmonisierung‘ die Umsetzung der rund dreihundert gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Weg zum Binnenmarkt erst möglich machte, auch ein föderalistisches Element dieser Konstruktion: eine Kombination von Einheitlichkeit des großen Marktes und Anerkenntnis der Vielfalt einzelner Verschiedenheiten.

Ein weiteres Element ist die Überzeugung, dass es eines Gleichgewichts zwischen einem – als solchem immer liberalen – Binnenmarktes und einem föderalen Ausgleich von Begünstigten und Benachteiligten geben müsse, so wie es in allen Bundesstaaten einen Finanzausgleich gibt. Den entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einem solchen föderalen Finanzausgleich auf europäischer Ebene verdankt die Europäische Union Delors, der aus der schon bestehenden europäischen Regionalpolitik ein solches föderatives Instrument schuf.

Er selbst bezeichnet in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 12. Dezember 1991, also unmittelbar nach dem Abschluß der Maastrichter Vertragsverhandlungen, unter dem Titel „Die Lehren von Maastricht“ einen solchen Ausgleich als ein „Element dieses Gleichgewichts [...] zwischen unseren unterschiedlichen politischen Zielen“: Es besteht darin, „daß wir den Wirtschaftsraum nicht entwerfen, ohne neben dem für unsere Unternehmen so heilsamen Wettbewerb auch für mehr Zusammenarbeit und Solidarität zu sorgen.“²²⁷ Damit sind die drei Begriffe ins Spiel gebracht, die Delors seitdem immer wieder im Ensemble erwähnt: „Wir brauchen also Wettbewerb, Zusammenarbeit und Solidarität.“²²⁸ Neben die Regionalpolitik trat dementsprechend in Delors' Binnenmarktkonzeption eine europäische Sozialpolitik, bestehend im wesentlichen aus einer Sozialcharta, in der die Rechte der Arbeitnehmer festgelegt werden sollten, und einem europäischen sozialen Dialog zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften – auch hierin wird die Kontinuität der Auffassung deutlich, dass die ge-

227 Das neue Europa, S. 177.

228 Ebd. S. 178; vgl. die Kontinuität bis zur Berliner Rede vom Dezember 1999.

sellschaftlichen Interessengruppen selbst die Lösung ihrer Konflikte in Autonomie und Eigenverantwortung wahrnehmen sollten, ohne staatlichen Zentralismus, und sei er auf europäischer Ebene installiert. Jedenfalls bekennt sich Delors in seinem sozialpolitischen Programm „zu der Idee, daß ein Binnenmarkt ohne echte Sozialpolitik nicht möglich ist, wenn sein Zusammenhalt und seine Solidität bewahrt werden sollen.“²²⁹ Damit ist der Kern dessen benannt, was Delors als „europäisches Gesellschaftsmodell“²³⁰ bezeichnet.

Neben der regional- und der sozialpolitischen Komponente kommt als drittes politisches Begleitprogramm zum Binnenmarkt die Umweltpolitik hinzu. Auch für die Wahrnehmung ihrer Dringlichkeit wird Delors frei, weil er sich als Personalist und Föderalist an keine Ideologie gebunden fühlen muss; schon in der Begründung seines sozialpolitischen Programms hatte er, wie er im Nachdenken über das Subsidiaritätsprinzip formuliert, darauf bestanden, dass dieses weder als „Denkform des Liberalismus“ – das hieße unter dem Subsidiaritätsvorwand „die öffentliche Hand aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales heraushalten“ – noch als Einmischungsvorwand für den „demokratischen Sozialismus“ gelten dürfe: Vielmehr gilt, dass das Subsidiaritätsprinzip (und damit seine Anhänger, die Föderalisten) „keiner politischen oder wirtschaftlichen Doktrin verpflichtet“ ist.²³¹

Delors nimmt die Umweltpolitik in sein Programm auf, weil er auch hier auf personalistischem Boden argumentieren kann, sich wieder findet in dem ausgleichenden und dialogischen Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft, Egoismus und Verpflichtung. Die industriegesellschaftlichen Entwicklungen resümierend stellt er die Frage: „Führte uns diese Tradition dazu, daß wir [...] die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse und Wünsche zum obersten Ziel unseres Handelns, egal um welchen Preis, proklamierten? Wir reden in unserer Gesellschaft ununterbrochen von den Rechten des Individuums. Doch müssen wir gerade heute die kollektiven Güter und die gemeinsamen Ressourcen durch eine dieser Ansicht entgegengesetzte Bewegung schützen und erhalten.“²³² Im weiteren Verlauf seiner Überlegungen stellt Delors die Begriffe von Verant-

229 Ebd., Rede zum Subsidiaritätsprinzip, S. 168.

230 Ebd., Rede vor dem Europäischen Parlament am 17. Januar 1989, S. 117. Vgl. die gleiche Formulierung vom „europäischen Gesellschaftsmodell“ an vielen anderen Stellen, z.B. auch in der Rede in Luxemburg am 28. Mai 1990, zum Thema „Die Welt drängt uns zur Eile“, wo Delors seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen in große Nähe rückt zu „dem, was die Deutschen als ‚Soziale Marktwirtschaft‘ bezeichnen.“ Ebd. S. 237.

231 Ebd. S. 167.

232 Ebd. S. 97, Rede über „Eine Ethik der Umwelt“ auf der Konferenz zur Bioethik in Brüssel am 12. Mai 1988.

wortung und Pflicht in den Mittelpunkt und stellt sie der „gegenwärtigen Begeisterung für den Markt und den raschen Profit“ gegenüber.²³³

In gewisser Weise läßt sich das unter Delors' Ägide 1993 entwickelte Weißbuch der Kommission mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung“ als politisches Vermächtnis des im Jahr darauf nach zehnjähriger Amtszeit scheidenden Präsidenten verstehen, als Vermächtnis allerdings schon im Blick auf eine neue Zeit: die der Globalisierung. Das Weißbuch enthält noch einmal alle Züge einer dezentralen Entwicklung des Arbeitsmarktes, einer Vielfältigung der Verantwortlichkeiten bei gemeinsamem Interesse an dem nochmals beschworenen „modèle européen de société.“²³⁴

Nach der Durchsetzung des Binnenmarktes und der Währungsunion geht es mit und in dem Weißbuch um die Frage, ob dieser nach liberalistischen Maßstäben perfekte Integrationsstand ausreicht oder ob es ein politisches Europa, mit gemeinsamer Sozial- und dann auch Außen- und Sicherheitspolitik geben solle. Delors ist jedenfalls überzeugt, dass dies die richtige Reihenfolge ist: „Weil die europäische Gemeinschaft ein politisches Ziel darstellt, [...] hat sie [...], bevor sie schließlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreiben kann, den Auftrag, einen Raum für die gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik aufzubauen.“²³⁵

Damit nähert sich die Kontroverse dem gegenwärtigen Integrationsstand, denn nach dem Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion am 1. Januar 1999 wird gerade diese Frage nach der politischen Dimension der Europäischen Union über die wirtschaftliche Marktintegration hinaus zur zentralen Frage, ja eigentlich ist es diese Frage, die sämtliche hier zur Kenntnis genommenen europapolitischen Positionen französischer Autoren motiviert, darüber hinaus: die das Interesse an diesen Standpunkten ausmacht. Mit dem Weißbuch platziert sich Delors bereits voll und ganz in dieser aktuellen Kontroverse um die Frage, welches Verhältnis von Politik und Wirtschaft die Zukunft bestimmen soll und wird, welche Rolle Staaten und Staatenbünde angesichts einer dynamischen, sich globalisierenden, weitgehend sich selbst überlassenen Wirtschaft spielen sollen.

In der Auseinandersetzung über die Umsetzung der im Weißbuch entwickelten gesellschaftspolitischen Vorschläge Delors läßt sich diese Kontroverse bereits deutlich erkennen; sie brach auf anlässlich der Frage, ob die Europäische Union auch Kredite aufnehmen dürfe: „la bataille sur l'emprunt était purement idéologique et provoquée par ceux qui, d'ordinaire, se battent contre l'idéologie!“

233 Ebd. S. 104.

234 L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 294. Vgl. generell den Abschnitt über das Weißbuch ebd. S. 292-297.

235 Das neue Europa, a.a.O., Rede zum Subsidiaritätsprinzip, S. 167.

L'excès d'idéologie a changé de camp, il est maintenant à droite. Vous vous rendez bien compte qu'à travers le *Livre blanc* se livre une bataille, qui n'a jamais cessé, entre ceux qui sont partisans d'une organisations politique de l'Europe et ceux qui ne voient dans nos affaires que la création d'un grand marché ouvert au reste du monde. Cette bataille-là est sous-jacente à toutes les périétés de la construction européenne.²³⁶

Delors' Beiträge zur gegenwärtigen Europadebatte

Mit den voranstehenden Analysen und Erwägungen ist der Anschluss an Jacques Delors' gegenwärtige Position zu den nächstliegenden Aufgaben der europäischen Integration fast gewonnen. Zwei Faktoren haben erst in den letzten Jahren, nach dem Ende seiner Amtszeit als Kommissionspräsident, ihre volle Wirkung und Problematik entfaltet und prägen seine Stellungnahmen in höherem Maß als zuvor: die rapide wachsenden Auswirkungen der Globalisierung und die drängenden Probleme der Osterweiterung. Auf diesem Hintergrund werden die Konzeptionen und Beiträge verständlich, die Delors etwa in seiner Berliner Rede vom November 1999 oder in seinem Interview in ‚Le Monde‘ vom Januar 2000 entwickelt hat.

Dabei ist besonders das letztgenannte Interview ein Beispiel dafür, dass Delors seine Vorstellungen, Ansprüche und Forderungen an die weitere Entwicklung der europäischen Integration im Spannungsfeld von Idealbild und realisierbarem nächstem Schritt sieht. Was er in ‚Le Monde‘ formuliert, ist nicht seine Idealvorstellung einer europäischen personalistischen Gesellschaft in einer kontinentalen Föderation – Delors würde eine solche Anspruchsformulierung für illusorisch und daher für unverantwortlich halten. Was er zur Sprache bringt, lässt sich aufgrund der voranstehenden Einblicke in sein Denken als der nach seiner Überzeugung offenbar größte derzeit mögliche und zugleich notwendige Schritt in diese Richtung eines personalistisch-föderalistischen europäischen Gesellschafts- und Politikmodells verstehen. Dass dieser Schritt weit hinter der Vision zurückbleibt, ist offensichtlich. Delors ist wegen dieser Form von ‚Realismus‘ oft als Kompromissler missverstanden worden. Dem ist entgegenzuhalten, dass er selbst die von ihm empfohlenen kleinen und größeren Schritte immer im selben Zielhorizont gesehen hat und es ihm nie an Orientierung über die Richtung gefehlt hat, in die diese Schritte, und seien sie noch so klein, führen sollten.

Angesichts der Perspektiven, die der Europäische Rat von Helsinki im Dezember 1999 auf eine Osterweiterung inklusive der Türkei eröffnet hat, fürchtet Delors um die Konsistenz des europäischen Integrationsprojekts. Sein Hauptmotiv ist das Insistieren auf dem, was als seine Vision eines europäischen Ge-

236 L'Unité d'un homme, a.a.O., S. 297.

sellschafts- und Politikmodells verstanden werden darf. Mit achtundzwanzig Mitgliedern, im Heterogenitätsgrad bis hin zur Türkei aufgefächert, glaubt er einen solchen Grad an Gemeinsamkeit außer jeder politischen Reichweite. Wenn er vor den Gefahren der Erweiterung warnt, dann um des gemeinsamen Modells willen.

Letzteres lässt sich nicht dadurch verwirklichen, dass die Erweiterung auf die lange Bank geschoben wird. Vielmehr nutzt Delors die Chance der bevorstehenden und unausweichlichen, weil notwendigen Erweiterung, um auf der Schaffung eines föderalen Zusammenhalts zwischen denen zu bestehen, mit denen sich sein Modell realisieren lässt – mit einer Avantgarde. Der Gefahr, dass das eigentlich lohnende Ziel der Gemeinschaftsbildung durch Erweiterung aus dem Blick gerät, begegnet Delors mit dem Anspruch einer Föderation: „Si l'on veut poursuivre l'objectif d'une Europe politique, il faut permettre à cette avantgarde de constituer ce que j'appelle une ‚fédération des nations‘.“²³⁷

Neben der Bereitschaft, sich auf den nächsten Schritt, wenn auch in die richtige Richtung, zu beschränken, und dem Versuch, diese Richtung als die föderalistische zu definieren, kommt als drittes Merkmal seines Projekts hinzu, dass die Nationen als konstitutive Elemente dieser Föderation anerkannt werden. Darin mag man ein beruhigendes Signal an die französische Öffentlichkeit sehen, das die Beunruhigung ausgleichen soll, die vom Begriff der Föderation ausgeht. Allerdings ist damit kein Abstrich am Modell der europäischen Föderation selbst vorgenommen, denn auch ohne Rücksicht auf die kollektive Psychologie haben in der Tat selbst in der ‚reinen Theorie‘ des Föderalismus die Nationen wie so viele andere erfahrbare, für menschliche Identität konstitutive Gemeinschaften natürlich ihren Platz.

Im übrigen begibt sich Delors mit seinem Vorschlag keineswegs auf neues Gebiet. Schon als Kommissionspräsident hatte er ganz ähnliche Grundüberzeugungen hinsichtlich der Rolle der Nationen und ihres föderalen Zusammenschlusses vertreten, so beispielsweise in seiner Rede vom 28. Mai 1990 in Luxemburg unter dem Titel „Die Welt drängt uns zur Eile“: „Der föderale Aufbau der Europäischen Gemeinschaft ist keine Vorstellung aus der Vergangenheit, sondern eine Idee mit Zukunft. [...] Der föderale Ansatz erlaubt bisher, diese beiden Elemente [die Gemeinschaftsbildung und die Nationen] in einem subtilen institutionellen Gleichgewicht zu vereinigen, das wir um jeden Preis bewahren müssen. [...] daraus erklärt sich mein Plädoyer für den föderalistischen Ansatz.“²³⁸

Die Charakteristika der ‚fédération des nations‘, die Delors vorschlägt, sind einerseits die Politikbereiche, in denen sie tätig werden, und andererseits das In-

237 Le Monde, 19. Januar 2000.

238 Das neue Europa, a.a.O., S. 239.

stitutionengefüge, das die Entscheidungen treffen soll. Dazu benennt Delors zunächst eine „unité économique et monétaire approfondie par une meilleure coordination des politiques économiques“, dann eine „défense unifiée“, des weiteren „des actions communes dans le domaine de la politique étrangère“ und schließlich einen „espace de sécurité pour les citoyens“, wobei diese Sicherheit im weiten Wortsinne verstanden und über die Gebiete der „orde public“ und der „criminalité“ hinaus auch auf Gesundheit („sécurité alimentaire“) und Umwelt ausgedehnt wird.

Bei diesem Aufgabenspektrum bleibt eine Frage offen: Delors hat zu oft auf die Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen Markt- und Währungsintegration einerseits und Sozialpolitik andererseits hingewiesen, um nicht in seinem Interview die sozialpolitische Dimension vermissen zu lassen. Die Erklärung könnte entweder sein, dass er auch in dieser Hinsicht auf den nächsten Schritt setzt statt auf seinem Gesamtkonzept zu bestehen; und der nächste Schritt scheint tatsächlich neben der Wirtschafts- und Währungspolitik die Außen- und Sicherheitspolitik zu sein. Oder die Erklärung für seine Schweigsamkeit in Sachen Sozialpolitik erklärt sich aus seiner Überzeugung, dass eine wirkliche Föderation die Dimension der „Solidarität“ – neben „Wettbewerb“ und „Zusammenarbeit“ bekanntlich einer der drei Schlüsselbegriffe Delors' – ohnehin nicht übergehen kann und daher die Sozialpolitik eine Implikation der Föderation wäre.

Wie dem auch sei, ohnehin gilt für Delors weiterhin, dass die Aufgaben nach dem Subsidiaritätsprinzip auf Staaten und Europäische Union zu verteilen sind: „Il faut appliquer le principe de subsidiarité, c'est-à-dire ne pas aborder au niveau européen des questions qui sont mieux traitées au niveau national et local.“ Darin liegt der Vorteil der „méthode fédérale“: „elle permet de savoir qui fait quoi, et donc aux citoyens de sanctionner ce qui leur paraît non conforme au mandat qu'ils ont donné à leur dirigeants.“

Schließlich knüpft Delors eng an das Institutionengefüge der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union an, wenn er skizziert, wie die „fédération des nations“ ihre Entscheidungen treffen soll; dafür solle die „méthode communautaire“ maßgeblich bleiben: „Elle consiste à bien faire fonctionner le triangle constitué par le Parlement européen, un Conseil des ministres qui décide et qui est colégislateur avec le Parlement et une Commission, organe de proposition et d'exécution.“

Am weitesten von seinen bisherigen Äußerungen zur weiteren Integrationsdynamik weicht Delors wohl in seinem Vorschlag ab, die Realisierung dieser Föderation nicht von einem graduellen Weiterentwicklungsprozess der bestehenden Verträge zu erhoffen, sondern einen neuen Vertrag unter den Mitgliedern der föderationsbereiten Avantgarde abzuschließen: „un traité particulier, plus exigeant et plus explicite“, das ist Delors' neue Forderung. Diese Forderung er-

klärt sich aus dem Ungenügen an dem Modell der ‚Verstärkten Zusammenarbeit‘: „Non, les coopérations renforcées, cela ne peut pas marcher.“²³⁹

Insgesamt wird an Delors' Interview noch einmal deutlich, dass seine Methode nicht auf dem Einfordern einer vorgefassten Konzeption besteht, sondern in der Durchsetzung des realistischere Erreichbaren auf einem Weg, dessen Ziel indessen für ihn nicht in Frage steht. Aufgrund dieser Kompromissbereitschaft um der Gangbarkeit des Weges willen ist Delors' Zielvorstellung nicht in jeder seiner Äußerungen klar zu erkennen. Sie gewinnt erst im Durchgang durch seine Gedankenwelt klare Konturen. Daraus erklärt sich, dass Jacques Delors einerseits nicht an der Diskussion um eine europäische Verfassung teilnimmt, andererseits aber zweifellos zu denen gehört, deren Ansprüche an ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben der Europäer von personalistischer und föderalistischer Qualität am weitesten gehen.²⁴⁰

239 Alle voranstehenden Zitate aus *Le Monde*, 19. Januar 2000. Unter den Reaktionen auf Delors' Interview seien genannt: a) die Antwort von Michel Barnier, dem für die Regierungskonferenz 2000 zuständigen, aus dem europafreundlichen liberalen gaullistischen Lager stammenden EU-Kommissar, in *Le Monde* vom 22. Januar 2000, unter dem Titel „Jacques Delors n'a pas encore raison“, wobei er die Chancen der Regierungskonferenz erläutert, die von Delors beschworenen Gefahren der Erweiterung für den europäischen Zusammenhalt zu bannen, allerdings die Möglichkeit eines neuen eigenen Vertrages einer Avantgarde für den Fall des Scheiterns der Regierungskonferenz nicht ganz ausschließt; b) den Beitrag von Pierre Moscovici, dem sozialistischen französischen Europaminister in der Zeitschrift ‚*Libération*‘ vom 14. Februar 2000, in dem er sich zustimmend zu der Idee Delors' von einer Föderation der Nationen äußert, allerdings „à condition que ce soit pour tous les Européens et non pour quelques-uns“, eine Zustimmung, die freilich einer Ablehnung gleichkommt; c) der im ganzen zustimmende Beitrag von Laurent Fabius, der damals noch französischer Parlamentspräsident war, bevor er im März als Wirtschafts- und Finanzminister in die Regierung Jospin berufen wurde; vgl. *Handelsblatt*, 14. Februar 2000.

240 Der Gegentyp im Spektrum der hier behandelten Autoren wäre beispielsweise Bernard Barthalay, der einerseits keine gesellschaftliche Dimension und Grundlegung seiner Verfassungspläne entwickelt, sondern sich auf staatspolitische Erwägungen beschränkt, andererseits diese im Detail bis in Feinheiten eines verfassunggebenden Prozesses aufzählt und konstitutionelle Einzelheiten entwirft, die – so viel Voraussage darf man wagen – jedenfalls so nicht realisiert werden.

4. Globalisierung, das Ende des Territorialstaates und die Neukonstituierung des Politischen als europäische Föderation: Jean-Marie Guéhenno

Dass man auch von einem ganz anderen Ausgangspunkt zu ähnlichen Einschätzungen gelangen kann, zeigen die beiden Bücher Jean-Marie Guéhenno, ‚La Fin de la démocratie‘ (1993) und ‚L’avenir de la liberté‘ (1999). Guéhenno’s Hauptmotiv für seine Beschäftigung mit der Entwicklung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Strukturen ist die Globalisierung. Er startet also weder bei der Ideologie des Nationalstaates – wie die zuerst behandelten Autoren – noch ist seine Hauptsorge die Entwicklung der Europäischen Union und ihres Verhältnisses zu den Nationalstaaten – wie etwa bei Barthalay – noch auch gehört er in die Tradition eines gesellschaftstheoretisch oder gar anthropologisch fundierten personalistischen Föderalismus – wie Delors. All diesen Themen und Problemen nähert er sich mit der Unvoreingenommenheit desjenigen, der aus anderen Gründen und mit anderen Sorgen die gegenwärtige Entwicklung betrachtet.²⁴¹

Gerade deshalb ist es von besonderer Bedeutung für das Nachdenken über europäischen Föderalismus, dass auch Guéhenno sich auf dem Wege von seinem ersten zu seinem zweiten Buch diesem Gedankenkreis anschließt und mit der Forderung nach einem ‚fédéralisme rénové‘²⁴² für Europa endet. Noch spezifischer ist die Annäherung Guéhenno’s an Vorstellungen von gesellschaftlicher Strukturbildung, die aus dem personalistischen Denken und damit Delors’ Rede von einem ‚europäischen Gesellschaftsmodell‘ bekannt sind – noch einmal: Es handelt sich um eine Annäherung aus anderer Originalität, nicht um eine Verwandtschaft aufgrund gleicher Herkunft.

Deshalb steht die Analyse der beiden Bücher Jean-Marie Guéhenno’s am Ende dieses Durchgangs durch das Spektrum französischer Beiträge zur europäischen Föderalismus-Debatte: Sie zeigt, dass die neuerdings zu den früheren Problemen hinzugetretene Globalisierungsdiskussion neue Wege zum föderalistischen Denken in Frankreich eröffnet und damit manche Vorstellungen bestätigt – wie die Jacques Delors’ -, die ihrerseits auf viel älteren Denkmodellen ruhen.

241 Insofern ist er den deutschen Globalisierungstheoretikern vergleichbar, die, wie Ulrich Beck oder Jürgen Habermas, ihrerseits vom Problem der Globalisierung zum Problem des Nationalstaates vorstoßen und auf diesem Wege zur europäischen Dimension finden, auch sie mit mehr oder weniger deutlichem Plädoyer für einen europäischen Föderalismus – Habermas deutlicher, Beck weniger deutlich. Es wäre reizvoll, würde aber hier zu weit führen, den Vergleich zwischen Guéhenno und den genannten deutschen Autoren – Wortführer der Globalisierungsdebatte in Frankreich und in Deutschland – weiter auszuführen.

242 Jean-Marie Guéhenno: *L’avenir de la liberté*, a.a.O., S. 187.

Mit seinem ersten Buch, ‚La Fin de la démocratie‘²⁴³, landete Jean-Marie Guéhenno einen Bestseller vom Rang der damals viel Aufsehen erregenden Thesen Fukuyamas zum ‚Ende der Geschichte‘²⁴⁴ und Huntingtons Visionen eines ‚Clash of Civilisations‘²⁴⁵. Guéhenno’s zentrale Idee ist die der Entterritorialisierung von Macht. Ursache dafür sind die modernen Kommunikationsmittel und die wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Gefolge.

Unternehmen und Wertschöpfungsketten entwickeln sich heute ohne Rücksicht auf Grenzen. Damit werden auch Unternehmen, ja die Volkswirtschaften als Ganze aus ihren territorialen Grenzen herausgelöst. An die Stelle von Volkswirtschaften treten transnationale Netze, in denen nicht mehr die Produktion eines materiellen Produktes die Hauptsache ist, sondern die Verfügbarkeit von Information und deren Behandlung.

Diese makroökonomische Veränderung berührt die Mikroökonomie, die Unternehmensstrukturen: Sie können nicht mehr hierarchisch gedacht und beherrscht werden, ‚les dirigeants deviennent des ‚intermédiaires‘ plutôt que des chefs, ajustant en permanence l’organisation des relations entre les différents unités.‘²⁴⁶ Daraus ergibt sich ein erster Anhaltspunkt für die Anwendbarkeit von Kriterien wie Zentralisierung, Dezentralisierung oder Föderalismus: ‚Et cette gestion même n’est efficace que si elle est fortement décentralisée‘²⁴⁷.

Guéhenno’s eigentliches Interesse gilt aber nicht den wirtschaftlichen Entwicklungen, sondern ihren politischen Folgen: Seine These ist, dass die Entterritorialisierung der Macht die Demokratie in Frage stellt, und zwar deshalb, weil diese ein identifizierbares, begrenztes Territorium zur Voraussetzung hat, auf dem sich eine menschliche Gemeinschaft als Nation zusammengehörig fühlt und das gleiche Schicksal teilt. Nur eine solche politische Gemeinschaft kann sich demokratische Strukturen geben und damit eine Form der politischen Macht schaffen, die sie selbst als legitim akzeptiert. Wenn es aber kein solches Territorium mehr gibt, dann kann auch die Nation nicht mehr die Schicksalsgemeinschaft sein, und die Demokratie hat ihren ‚demos‘ verloren: ‚Nous avons perdu ce qui fondait notre dignité d’hommes libres, l’aspiration à former un corps poli-

243 Jean-Marie Guéhenno: *La Fin de la démocratie*. Paris (Flammarion) 1993

244 Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte*. (Aus dem Amerikanischen) München 1992.

245 Samuel Huntington: *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München und Wien 1996; die amerikanischen Originalausgabe trug den Titel ‚The Clash of Civilisations‘. New York 1996.

246 Jean-Marie Guéhenno: *La Fin de la démocratie*, a.a.O., S. 90.

247 Ebd. S. 91.

tique.²⁴⁸ In diesem Sinne spricht er von „l'époque de la diffusion de la puissance, époque du pouvoir introuvable“²⁴⁹ - das ist das ‚Ende der Demokratie‘.²⁵⁰

Besonderes Interesse verdient unter diesen Umständen die Frage, ob ein geeintes Europa eine Lösung sein und die auf staatlicher Ebene verlorengegangene politische, demokratische Gestaltungsmacht wiederherstellen, wieder einfangen kann.²⁵¹ Guéhenno widmet sich tatsächlich dieser Frage, wenn auch nur auf wenigen Seiten seines ersten Buches.²⁵² Hier entwickelt er im Hinblick auf Europa das Ungenügen an einer bloß institutionellen Debatte: „La querelle entre ‚nationalistes‘ et ‚fédéralistes‘ oppose deux visions institutionnelles“, die alle beide deshalb überholte Konzeptionen vertreten, weil beide auf der Territorialität von Macht beruhen. Allerdings erkennt Guéhenno relative Vorteile bei den ‚Föderalisten‘ – sie haben „peut-être le mérite de faire partir leur analyse du monde tel qu'il est, et non d'un monde imaginaire qui n'est plus, mais l'Europe qu'ils imaginent est aussi utopique que la nation des nationalistes.“²⁵³

Auch hinsichtlich der Konsequenzen für eine europäische Entscheidungsfindung gibt Guéhenno den Föderalisten recht: „Certes, les ‚fédéralistes‘ les plus conséquents font à juste titre valoir que les transferts de souveraineté, l'extension du vote à la majorité sont le seul moyen qu'une Communauté élargie à vingt ou trente nations soit encore capable de prendre des décisions.“²⁵⁴

Der entscheidende Einwand allerdings bleibt: Es fehlt Europa an Territorialität, um eine Demokratie werden zu können: „L'Europe découvre qu'elle ne peut pas

248 Ebd. S. 162

249 Ebd. S. 71.

250 Eine ungewöhnlich ausführliche Analyse dieser These Guéhennos widmet ihm Werner Link aus seiner neorealistischen Sicht in: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München, 2. Auflage 1999, S. 60f., mit dem diplomatischen Ergebnis, dass er Guéhennos Überlegungen zwar nicht für falsch erklärt, ihnen vollen Wahrheitsgehalt aber erst für eine unbestimmte Zukunft zugesteht: „Guéhennos These vom Ende des Territorialstaats, nationalstaatlicher Politik und der Demokratie ist eine Projektion in die Zukunft“, ebd. S. 61. Angesichts der skeptischen Einschätzung der Bedeutung von Globalisierung, wie sie Link, stellvertretend eben für die neorealistische Behauptung von der Persistenz des Nationalstaates, erhebt, ist der Verweis auf die Zukunft konsequent.

251 Jedenfalls beantworten Habermas wie Beck diese Frage positiv; vgl. z.B. Jürgen Habermas: Der Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, April 1999, S. 425-436; und Hans-Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt/M., 1997, besonders Kap. VII: „Europa als Antwort auf Globalisierung“, ebd. S. 259ff.

252 Guéhenno: La Fin de la démocratie, a.a.O., S. 74-81.

253 Ebd. S. 74.

254 Ebd. S. 75.

devenir une nation, fût-elle fédérale: il lui faudrait pour cela définir un territoire, et donc tracer sa frontière à son Est. Mais comment tracer une frontière qui écarterait le pays de Tolstoi et Dostojevski? – A l'Ouest, l'océan Atlantique procure aux Européens l'illusion d'une frontière plus tangible. Mais c'est accorder à la géographie une importance qu'elle n'a plus, à l'âge de la richesse immatérielle et de la globalisation des communications.“²⁵⁵

Deshalb haben die Föderalisten nach Guéhennos Ansicht nur zur Hälfte, gewissermaßen im Blick zurück, nicht aber im Blick nach vorn recht: „Les fédéralistes européens ont raison de dénoncer l'archaïsme des vieux nationalismes, ils ont tort de bâtir un projet qui suppose en fait un nationalisme européen.“²⁵⁶

Gerade in der zuletzt zitierten Begrifflichkeit wird deutlich, dass Guéhenno auf der einen Seite zwar die ganze französische Tradition der Nationalstaatlichkeit in Frage zu stellen bereit ist, andererseits ihr aber auch verhaftet bleibt: Er konnte sich – jedenfalls als er sein erstes Buch schrieb – unter Föderalismus nur eine Übertragung des französischen Nationalstaatsmodells auf Europa vorstellen. Dabei ist sein eigenes Nachdenken über noch namenlose Strukturen jenseits des Nationalstaates gewissermaßen schon weiter als seine Begrifflichkeit: Er entwickelt nämlich Strukturvorstellungen, die zwar nicht dem traditionellen Bild des territorial, wohl aber dem moderneren Konzept des funktional gedachten Föderalismus sehr ähnlich sehen.²⁵⁷

Für Europa beispielsweise sieht er voraus, dass seine Zukunft in der Organisation vielfältiger Machtzentren (deren jedes dann nicht mehr *das* Zentrum sein kann) besteht: „L'Europe ne sera pas une structure institutionnelle figée, assise sur un territoire définitivement borné, mais un élément dans un ensemble d'institutions concurrentes, n'obéissant à aucune architecture claire, et échappant même parfois à toute logique territoriale.“²⁵⁸

In diesem Sinne spricht er von der „diffusion de la puissance“²⁵⁹ und dem „éclatement de la souveraineté étatique en plusieurs structures fonctionnelles“²⁶⁰. Daraus folgt für die Vorstellung von Europa die Notwendigkeit einer Neuorientierung: „Cela revient à dire que l'Europe pourra gérer ses conflits internes en même temps que ses marges le jour où elle aura cessé d'être une idée politique

255 Ebd. S. 77.

256 Ebd. S. 78.

257 Vgl. auch Anmerkung 144, in der schon bei der Analyse der Beiträge Quermonnes und Croisats auf ein consociatives Föderalismus-Verständnis hingewiesen wurde, und Anm. 96, zu Barthalay als ‚etatistischem‘ Gegentyp.

258 Guéhenno: La Fin de la démocratie, a.a.O., S. 80.

259 Ebd.

260 Ebd. S. 81.

unidimensionnelle. C'est précisément ce que, d'après un sondage récent, semblent souhaiter la majorité des Allemands quand ils affirment ambitionner pour leur pays le destin d'une grosse Suisse. – Voilà qui fait horreur à beaucoup de Français, pour lesquels il n'y a pas de grandeur d'une nation que politique.“ Dagegen müsse man in Frankreich lernen, „de prospérer dans l'inachèvement d'un espace multidimensionnel et mal défini.“²⁶¹

Blickt man genauer auf die eben zitierten Bemerkungen, kann man in dem Gegenmodell, das Guéhenno den „Nationalisten“ und den „Föderalisten“ gegenüberstellt, ein Modell des ‚funktionalen‘ statt des ‚territorialen‘ Föderalismus erkennen (oder jedenfalls sehr viel Ähnlichkeit mit letzterem). Insbesondere die Ähnlichkeit zwischen den deutschen Wünschen und ihrem schweizerischen Vorbild legen sozusagen den Föderalismus-Begriff auf die Zunge. Es stellt sich damit heraus, dass Guéhenno vielleicht sogar unter die Föderalisten zu rechnen ist und dies bloß nicht selbst erkennt, weil er einen etatistischen Föderalismus-Begriff in der französischen Denktradition verwendet.²⁶²

Guéhenno's Nähe zum Föderalismus wird nicht nur an seinen Gedanken über Europa deutlich, sondern liegt in seiner ganzen Konzeption begründet. Zunächst entfernt ihn sein Nachdenken von der traditionellen Nationalstaatskonzeption Frankreichs. Die Einheitlichkeit von Staat und Nation hat für ihn keine Realität mehr. Damit wird das Feld offen für andere, nicht einheitliche, nicht zentralistische, für dynamische und vielfältige Strukturen.

So spricht er beispielsweise von der notwendigen „apprentissage de la complexité et des identités multiples“.²⁶³ Da liegt die Idee der ‚pluriappartenance‘ sehr nahe.²⁶⁴ In anderem Zusammenhang entwickelt er den Gedanken, dass sich das Nachdenken über die Zukunft „sur le rapport de l'homme au monde“ drehen werde. Aus diesen „débat éthiques [...] renaîtra la politique, dans un processus qui partira du bas, de la démocratie locale, et de la définition qu'une communauté donnera d'elle-même, pour aller vers le haut.“²⁶⁵ Hier ist die föderalistische Gedankenfigur von Autonomie und ihren Voraussetzungen erkennbar.

Diese Annäherung an den Gedankenkreis des europäischen Föderalismus ist vollends vollzogen in Jean-Marie Guéhenno's neuem Buch aus dem Jahr 1999,

261 Ebd. Genau in dieser Diffusion von Macht in einem vielgliedrigen funktional und nicht territorial gegliederten Ensemble sieht Guéhenno die Analogie zum mittelalterlichen Feudalismus, vgl. ebd. S. 71ff.

262 Vgl. dazu auch ebd. S. 35, wo er nochmals betont, dass die Obsoleszenz des Territorialstaates auch für den „fédéralisme classique“ gilt – aber eben nur für den!

263 Ebd. S. 94.

264 Vgl. dazu Guy Héraud: *L'Europe des ethnies*. Paris, Nizza (Presses d'Europe) 1970.

265 Guéhenno: *L'avenir de la liberté*, a.a.O., S. 169.

„L'avenir de la liberté“. Der entscheidende Unterschied lässt sich darin zusammenfassen, dass er nun für sein föderalistisches Denken den Föderalismus-Begriff auch tatsächlich entdeckt hat und verwendet: Jetzt ist die Rede von einem „fédéralisme rénové“²⁶⁶, der dem überholten „fédéralisme classique“²⁶⁷ gegenübergestellt wird. Und diese Struktur findet sich auch in Unternehmen wieder, wo Guéhenno von einem „fédéralisme entrepreneurial“ spricht, den er auch hier dem traditionellen „fédéralisme pyramidal“ gegenüberstellt.²⁶⁸

Insgesamt ist das neue Buch die Suche nach positiven Wegen aus der negativen Perspektive des ersten Buches: Nicht mehr ‚la Fin‘ ist der Titel, sondern ‚L'avenir‘. Ausgangspunkt bleibt nichtsdestoweniger die Analyse der technologisch bedingten Globalisierung und ihrer Folgen für Politik und Gesellschaft. Auch die Bilanz sieht zunächst nicht viel anders aus: Es handelt sich um die Auflösung traditioneller Strukturen, z.B. des Staates und der Nation (jedenfalls der französischen Version beider) zugunsten vielfältiger Machtverteilungen. Hinsichtlich des Staates ist die zentrale These, dass er sich auflöst, auffächert und aufspaltet in einer Vielzahl von funktional definierten Dienstleistungsorganismen: „L'Etat n'est pas jugé sur sa capacité à exprimer une communauté humaine, à construire ou consolider son identité, mais sur la qualité des ‚services‘ qu'il lui rend.“²⁶⁹ – „On organise désormais la banalisation du service de l'Etat, dont les fonctions sont décomposées et deviennent comparables à celles d'une entreprise.“²⁷⁰

Durch diese Analyse der vielfach verteilten und nicht mehr von vornherein staatlich zusammengefassten Macht neigt Guéhenno's Denken eher zu einem consociativen statt etatistischen Politikverständnis – in Frankreich eine besonders bemerkenswerte Erscheinung.

Beispiel dafür sind zunächst die Gedanken über die Entwicklung von Unternehmensstrukturen, wie schon angedeutet. Der Föderalismus-Begriff fällt hier mehrfach, neben der zitierten Stelle auch in den Passagen über Strukturen moderner Unternehmen, in denen Guéhenno als Keimzelle „des unités de bases largement autonomes“ erkennt, so dass im Ergebnis „la grande entreprise peut alors commencer à ressembler à une fédération de petites et moyennes entreprises“.²⁷¹ Es gehe darum, dann „de multiplier les petites décisions décentralisées“.²⁷² Und schließlich mit besonderem Interesse dort, wo anstelle der hierar-

266 Ebd. S. 187.

267 Ebd. 178.

268 Ebd. S. 87.

269 Ebd. S. 49.

270 Ebd. S. 61.

271 Ebd. S. 83.

272 Ebd. S. 84.

chischen alten Strukturen neue föderale empfohlen werden: „Il est temps que les institutions comprennent qu'elles doivent emprunter la même voie.“²⁷³, d.h. die politischen Strukturen sollen sich den Föderalismus der Unternehmen zum Beispiel nehmen.

Deutlicher entwickelt als in seinem ersten Buch hat Guéhenno hier auch die Idee der ‚pluriappartenance‘. Er löst die Opposition zwischen Individuum und Staat auf: „Les deux figures extrêmes de l'individu poursuivant égoïstement ses intérêts particuliers et l'Etat assurant de façon désintéressée la promotion de l'intérêt général“ gilt nicht mehr, „l'opposition entre le particulier et le général n'a plus de sens; l'individu avec ses intérêts particuliers ne s'oppose pas à l'Etat et à l'intérêt général; il est au centre d'une multitude de cercles, certains hérités d'une histoire particulière, d'autres construits par lui, qui sont autant de passerelles entre le particulier et le général, et dessinent une pluralité d'espaces publics.“²⁷⁴ In anderem Zusammenhang stellt Guéhenno fest, dass „chaque citoyen comblera, sans exclusive, plusieurs appartenances“.²⁷⁵

Ein drittes Feld, auf dem Guéhenno sich dem consociativen föderalistischen Denken nähert, ist methodologischer Art und besteht in der Akzeptanz eines ‚Sowohl-als auch‘ anstelle eines ausschließenden ‚Entweder-oder‘. Das trifft man z.B. im Nachdenken über die Sprachen in der Globalisierung an, wo Guéhenno einerseits das Englische als gleichartige weltweite Verkehrssprache auf dem Vormarsch sieht *und* die Regionalsprachen: „à la fois homogénéisation et fragmentation“.²⁷⁶

Schließlich ist der Staat selbst auch Gegenstand einer solchen consociativen Dekomposition, die geradezu an Proudhon erinnert: „L'éclatement de l'Etat en une multitude d'institutions d'intérêt public autonomes peut redonner au tissu social sa vitalité“.²⁷⁷ Dieser manchmal begrifflich manifeste, manchmal nur in den gedanklichen Strukturen erkennbare ‚integrale Föderalismus‘ gipfelt, auch der Logik des ganzen Buches nach, in dem Kapitel über „L'invention de l'Europe“.²⁷⁸ Dafür sind zwei Gedankengänge vorbereitend maßgeblich:

Zum einen knüpft Guéhenno an die Unterscheidung Benjamin Constants zwischen ‚liberté des anciens‘ und ‚liberté des modernes‘ vielfach an – in Guéhennos Verständnis ungefähr gleichzusetzen mit der Bindung an eine Nation, einen Staat, der äußere Freiheit für die in ihm zur Schicksalsgemeinschaft zusammen-

273 Ebd. S. 88.

274 Ebd. S. 90.

275 Ebd. S. 176.

276 Ebd. S. 137.

277 Ebd. S. 98.

278 Ebd. S. 169-193.

gefasste Nation bietet (liberté des anciens) und andererseits mit der individualistischen Freiheit des einzelnen Menschen auch von der Bindung an den Staat inklusive der Freiheit, sich seine Parter für mehr oder weniger dauerhafte Gemeinschaften selbst zu suchen (liberté des modernes).

Diese Unterscheidung setzt Guéhenno parallel zu der amerikanischen und der europäischen Auffassung von Demokratie: Während die europäische Demokratie aus der historisch gewachsenen Zusammengehörigkeit einer Nation hervorgegangen sei und ihre Bindekraft daher in einer Erinnerungsgemeinschaft liege, sei die amerikanische Demokratie die einer Wahlgemeinschaft, die nicht auf einer gemeinsam erlebten Geschichte, sondern auf einer bewussten, freien Entscheidung beruhe. Übrigens entwickelt Guéhenno bei seiner Analyse der amerikanischen Demokratie nochmals ein consociatives Politikverständnis.²⁷⁹

Europa nun habe gerade darin seine Zukunftschance, dass es die beiden Formen von Freiheit und Demokratie miteinander verbinden könne: Auf der einen Seite seien in Europa die Nationen weiterhin Bestandteile der kollektiven Identität, und der von ihnen geleistete Beitrag zur Identitätsbildung sei weiterhin unverzichtbar. Auf der anderen Seite sei die Europäische Gemeinschaft der moderne Zusammenschluss aufgrund freier Entscheidung und entspreche damit der Wahlfreiheit zeitgenössischer Zugehörigkeitsformen. „Les Européens [...] n'ont aujourd'hui d'autre choix que de tenter d'être à la fois ‚européens‘ et ‚américains‘ dans la forme que prendra leur patriotisme: européens pour ne pas perdre leurs histoires particulières, [...], américains pour ne pas devenir prisonniers de la mémoire, et pour être portés par un projet collectif. En conjuguant des patriotismes nationaux fondés sur la mémoire historique avec un patriotisme institutionnel européen fondé sur le choix volontaire de lier dans la construction politique de l'Union européenne des destins jusqu'alors séparés, les Européens ont la possibilité d'inventer une nouvelle forme politique.“²⁸⁰

Dies ist der Ort, an dem Guéhenno zwar nicht den „fédéralisme classique“, aber eben einen „fédéralisme rénové“ empfiehlt: „Ces évolutions [...] renouvellent le fédéralisme“.²⁸¹ Allerdings bleibt sein Modell eines erneuerten europäischen Föderalismus, außer im Hinblick auf die allgemeine Kombination von Staat als Erinnerungsgemeinschaft und EU als Wahlgemeinschaft ziemlich vage, wie ihm selbst nicht verborgen bleibt: „La réponse encore incertaine que donne l'Europe“²⁸² ist jedenfalls weder die eines überstaatlichen Souveränitätsdenkens, noch auch nur die eines bloß territorial gegliederten Föderalismus, und auch

279 Vgl. ebd. S. 149: „le destin de l'individu est de s'associer“ – daher der Aufbau der amerikanischen Gesellschaft und Politik auf der privaten Initiative und Verantwortung.

280 Ebd. S. 179.

281 Ebd. S. 177.

282 Ebd. S. 182.

„pas seulement trouver une solution institutionnelle“, es geht vielmehr darum: „c'est avancer sur la voie d'une invention démocratique dont l'enjeu dépasse largement les seuls Européens. C'est en sens que l'avenir d'une certaine idée de la liberté se joue sans doute en Europe“.²⁸³

Erkennbar sind nur wenige Strukturprinzipien: Zum einen müsste Europa Politik und Verwaltung trennen und sich die großen politischen Entscheidungen zur Weichenstellung vorbehalten: „L'Union Européenne, parce qu'elle est historiquement dans une situation tout à fait originale par rapport aux Etats-nations modernes, peut cependant inventer des réponses novatrices et se tirer de cette contradiction en définissant mieux les rapports entre gestion et création des normes.“²⁸⁴ Diese Aufgabenteilung versteht Guéhenno auch unter Subsidiarität.²⁸⁵ Instrument dazu wäre die Richtlinie, richtig genutzt. Ein zweites Strukturprinzip wäre die kombinierte Aktion – Croisat und Quermonne würden von kooperativem Föderalismus sprechen.

Schließlich ist die Öffnung der Grenzen im Osten eine neuartige Herausforderung für die Europäische Union, weil damit auch ihre letzte Illusion, sie könne sich territorial definieren, zerstört ist. „L'Union européenne va devoir faire face non à des ennemis, mais à des pays candidats à l'adhésion dont le nombre sera toujours supérieur à ce qu'elle est prête à accueillir. Cette situation inédite l'obligera à se définir positivement et non négativement. [...] L'Union européenne deviendra ainsi une communauté de choix exemplaire“.²⁸⁶

Damit wird Europa zum Modell für weltweite Zusammenschlüsse, ja zum Vorbild: „la construction de l'Europe [...] nous rapproche plus modestement d'une gestion maîtrisée d'un monde globalisé, dans lequel des ‚corps intermédiaires‘ s'interposent entre l'individu concret et la globalité abstraite“²⁸⁷ – zuletzt nochmals ein Zeichen für das Denken in ‚Sowohl-als-auch‘-Strukturen und in Kategorien des gesellschaftlichen Föderalismus, die Jean-Marie Guéhenno als einen Übersetzer des Delorschen Denkens in die Epoche der Globalisierung erscheinen lassen.

283 Ebd.

284 Ebd. S. 184.

285 Ebd.

286 Ebd. S. 191.

287 Ebd. S. 193.

5. Offenes Ende

Die hier vorgelegte Analyse der Beiträge zur europäischen Föderalismus-Debatte beschränkt sich auf die eineinhalb zurückliegenden Jahre und schöpft auch für diese Zeit das Potenzial der breiten Debatte bei weitem nicht aus. Der Anspruch ist zurückhaltender:

Die Spannweite der französischen Diskussion sollte erkennbar werden, zwischen einem rückwärtsgewandten Staats- und Souveränitätsverständnis, das sich zwar in der Hauptsache gegen die Europäische Einigung wendet („Souveränistes“), aber auch auf sie übertragen werden kann (Monod/Magoudi), bis hin zu einer grundlegenden Infragestellung traditioneller politischer Strukturen und einer Neubegründung des Politischen unter den Bedingungen der Globalisierung (Guéhenno).

Zwischen diesen beiden weit voneinander entfernten Positionen teilt sich das Feld in eine größere und in sich wiederum differenzierte Gruppe von Politikern und Wissenschaftlern, die föderative Lösungen für das Institutionensystem und die Entscheidungsverfahren der EU suchen und sich dabei an föderalen Staatsformen orientieren (Devedjian, Bayrou, Barthalay, Quermonne, Croisat) und andererseits denjenigen, die einen europäischen Föderalismus als Ausdruck eines gesellschaftlichen Strukturmodells verstehen und ihn mit einem anthropologischen, personalen Menschenbild begründen (Delors, Méheut, Delsol, Guéhenno). Dabei vermischen sich normative und empirische Methoden und Maßstäbe in beiden Gruppen.

Für den Föderalismus-Begriff ergibt sich schon nach einer ersten Durchsicht der interessante Befund, dass er in Frankreich – wohl wegen der geringeren Vertrautheit der französischen Tradition mit dem Phänomen – gründlicher oder jedenfalls deutlicher auf seine theoretischen, philosophischen Grundlagen hin befragt und von dort her begründet und entfaltet wird, als das in Deutschland der Fall ist, wo die föderale Struktur als reale Tatsache der Beziehungen zwischen Bund und Ländern, gelegentlich noch mit europäischen Implikationen, verstanden wird und meist darauf beschränkt bleibt. Dadurch ist die Föderalismus-Debatte in Frankreich gewissermaßen frei von den Vorgaben eines ‚real existierenden‘, damit die Phantasie aber auch einschränkenden Föderalismus.

Eine systematische Auswertung des hier in Form von Buchbesprechungen zusammengetragenen Materials könnte die in die Debatte einbezogenen Beiträge im Hinblick auf die im folgenden genannten Begriffe analysieren, die in nahezu allen Texten eine mehr oder minder große Rolle spielen und zugleich ein Raster für die besondere französische Sorge um Infragestellungen der eigenen Tradition, politischen Kultur und Identität wie um die Zukunftsfähigkeit der europäischen Einigung abgeben; die Begriffe können vorerst nur genannt werden, sie müssten aus den Beiträgen und ihrem ideengeschichtlichen Hintergrund erläutert

und konzeptionell gefüllt werden – in einem nächsten Arbeitsschritt. Vorerst lesen sie sich wie ein Register:

- Nation
- Volk
- Staat
- Souveränität
- Integration
- Europa
- Zentralismus
- Dezentralisierung
- Regionalisierung
 - innerstaatlich
 - überstaatlich
- Föderalismus
 - horizontaler Föderalismus
 - kooperativer Föderalismus
 - intergouvernementaler Föderalismus
 - exekutiver Föderalismus
 - consociativer Föderalismus
 - personalistischer Föderalismus
 - gesellschaftlicher Föderalismus
 - ökonomischer Föderalismus
 - fiskalischer Föderalismus
 - Wettbewerbsföderalismus
- Subsidiarität
- Autonomie
- Partizipation
- Rechtsstaat
- Verfassung
- (Staats-) Bürger (-schaft)
- „Volonté générale“
- Kollektivismus
- Individualismus
- Personalismus
- Freiheit
- Herrschaft

- Legitimität
- Globalisierung
- Politikverflechtung
- „Gouvernance“ (,governance‘)
- (Neo-)Realismus
- Institutionalismus
- Etatismus
- Liberalismus
- Konservatismus
- Kapitalismus
- Sozialismus

Die Liste ließe sich verlängern, differenzieren und ordnen. Dann würde sie zu einem sachgerechten Analyseinstrument, das aus der Sichtung der Argumente und Überlegungen der beteiligten Autoren selbst gewonnen worden wäre. Das folgende Schema ist nur ein erster Annäherungsversuch an eine solche Ordnung verschiedener Positionen im Hinblick auf einige wenige, allerdings wichtige und maßgebliche Kriterien: Die in die Analyse einbezogenen Autoren und ihre Beiträge werden so geordnet, dass deutlich wird, welche Bedeutung sie

- dem Wert und der Funktionstüchtigkeit des konventionellen Nationalstaats französischer, also eher zentralistischer Prägung, beruhend auf der Idee der ‚nation une et indivisible‘, beimessen;
- der Übernahme von Staatsfunktionen durch die Europäische Union zuweisen und wie sie die europäische Integration nach dem Muster des traditionellen französischen Staatsverständnisses interpretieren, als Fortsetzung desselben auf höherer Ebene;
- in der föderalen Integration von Mitgliedstaaten und Europäischer Union erkennen, wie sie die Kompetenzverteilung als Form der ‚geteilten Souveränität‘ oder als Aufgabe des Souveränitätskonzepts verstehen, was sie von der Herausbildung einer europäischen Föderation halten;
- der gesellschaftlichen, theoretischen, im weitestgehenden Fall philosophischen, religiösen, anthropologischen Herleitung föderaler Gestaltungsgrundsätze beimessen, welche neuen Formen von Föderalismus sich daraus für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ergeben und in welchem Maße sie darin ein strukturiertes Ganzes – als ‚Gesellschaftsmodell‘ – erkennen.

Die graphische Abstufung ist ein ungefähres und diskutabler Gradmesser für das Maß an Bedeutung, das die einzelnen Autoren in dem jeweiligen Kriterium erkennen.

Guéhenno				
Delors				
Delsol				
Méheut				
Quermone Croizat				
Barthalay				
Bayrou				
Devedjian				
Monod				
„Souverainisten“				
↑ → Autoren Kriterien	Wertschätzung und Funktionstüchtigkeit des konventionellen Nationalstaates französischer Prägung	Übernahme von Staats- funktionen durch die Europäische Union, Ausbildung der EU zum Staat nach traditionellem Staats- verständnis	Föderale Integration von Mitgliedsstaaten und Europäischer Union durch Kompetenzver- teilung, Herausbildung einer politischen euro- päischen Föderation	Innerstaatlicher, gesell- schaftlicher, consociati- ver Föderalismus, euro- päische Föderation als Ausprägung gesamt- gesellschaftlicher Struk- turen (Personalismus)

6. Anhang

Autoren und ihre Beiträge zur europäischen Föderalismus-Debatte

Bernard Barthalay

ist Hochschullehrer auf dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für Ökonomie der europäischen Integration an der Universität Lyon II und hat sich seit vielen Jahren einen Namen insbesondere als Mitglied hochrangiger Experten- und Beratergruppen für die französische Regierung und die Europäische Union gemacht und ist dabei insbesondere für die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die private Verwendung des ECUs und die Erarbeitung des Europäischen Systems der Zentralbanken tätig geworden.

François Bayrou

ist Europa-Abgeordneter der ‚Nouvelle UDF‘ (Union pour la Démocratie Française) und deren Vorsitzender. Er hat diese Neugründung hergeleitet aus der heterogenen liberalen Gruppe, die sich – wie in Frankreich üblich – als Wahlpartei hinter Giscard d'Estaing gesammelt hatte. In der französischen politischen Landschaft gilt Bayrou als einer der entschiedensten Verfechter einer europäischen Verfassung mit ausdrücklich föderalem Charakter. Diesem Anliegen gilt auch sein Engagement im Konstitutionellen Ausschuss des Europäischen Parlaments.

Maurice Croizat

ist Professor am Institut d'Etudes Politiques in Grenoble und hat sich durch komparatistische Föderalismus-Analysen mit einem Schwerpunkt auf Kanada einen Namen gemacht.

Jacques Delors

Delors' Werdegang ist aus besonderen Gründen Gegenstand eines eigenen Abschnitts in dem ihm gewidmeten Kapitel, vgl. S. 57-64.

Chantal Delsol

lehrt an der Universität Paris XII Politische Philosophie und beschäftigt sich in ihren Publikationen mit der politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, besonders aber mit dem Subsidiaritätsprinzip. Ihm hat sie ihr Buch „L'Etat subsidiaire“ (Paris PUF 1991) und den Band „Le principe de subsidiarité“ in der weitverbreiteten Reihe „Que sais-je?“ (Paris, PUF, 1995) gewidmet, weitere Bücher gelten „Les idées politiques du XXe siècle“ (Paris PUF 1991), „Le pouvoir occidental“ (Paris PUF 1985) und „L'irrévérence, Essai sur l'esprit européen“ (Paris, Mame 1993).

Patrick Devdjian,

dessen Familie armenischer Herkunft ist, ist selbst Rechtsanwalt, Bürgermeister der Pariser Vorstadt Antony und engagiert sich als Abgeordneter in der Nationalversammlung und im RPR vor allem auf den Gebieten der Justiz und der Sozialpolitik. Auch als Autor ist er bereits hervorgetreten mit dem Buch „Le Temps des juges“ (Paris 1996). Devedjian ist ebenfalls Mitglied im Präsidium der Europäischen Bewegung Frankreich.

Jean-Pierre Gouzy,

Jahrgang 1927, ist Journalist, Chefredakteur der Zeitschrift ‚L'Europe en formation‘, die vom Centre International de Formation Européenne herausgegeben wird. Gouzy war Präsident der ‚Association des Journalistes européennes‘ von 1978 bis 1982 und der ‚Réalités européennes du présent‘; zu seinen bedeutendsten Publikationen zählen ‚Les pionniers de l'Europe communautaire‘ (Lausanne 1968) und ‚Le fédéralisme et Alexandre Marc‘ (gemeinsam mit Henri Rieben und Bernard Voyenne, Lausanne 1974).

Jean-Marie Guéhenno

ist Rechtsanwalt in Paris, hat aber zuvor auch in hohen Staatsämtern, zuletzt als Botschafter, in der französischen Administration gearbeitet. Seine Bedeutung in der Europa-Debatte ergibt sich aber aus seinen Buchbeiträgen, nicht aus politischem oder sozialem Engagement.

Ivan Serge Keller,

geb. 1949, ist Lehrer und Vizepräsident der französischen Sektion der ‚Association européenne des enseignants. Zu seinen wichtigsten Publikationen in dem hier interessierenden Horizont gehören ‚L'Esprit du fédéralisme dans l'histoire de l'Europe‘ (gemeinsam mit Martine Méheut und Roger Lombread, 1997) und ‚Fondements et étapes de la construction européenne‘ (gemeinsam mit Dominique Hamon, 1997).

Ali Magoudi

ist bisher in der politischen Öffentlichkeit noch kaum in Erscheinung getreten – als Psychoanalytiker hat er Essays geschrieben und Filme gedreht.

Martine Méheut

ist habilitierte Philosophin und Präsidentin eines Verbandes namens ‚L'Union pour l'Europe fédérale‘. Sie hat in den neunziger Jahren mit verschiedenen Publikationen zur französischen Föderalismus-Debatte beigetragen, z.B. mit den Büchern ‚Le fédéralisme est-il pensable pour une Europe prochaine?‘, Paris 1994 und, gemeinsam mit Ivan Serge Keller und Roger Lombread, ‚L'esprit du fédéralisme dans l'histoire de l'Europe‘, Paris 1997.

Jérôme Monod

ist politisch eindeutig beheimatet: Er war 1975/6 Kabinettschef Jacques Chiracs während dessen Amtszeit als Ministerpräsident, später erster Generalsekretär des RPR. Von dort führte ihn ein in Frankreich oft begangener Weg in die Spitze großer, staatlich dominierter Unternehmen (Lyonnaise des Eaux, Suez Lyonnaise des Eaux).

Georges Navet

lehrt Politologie an der Universität Reims und ist dort Direktor des Zentrums für politische Philosophie und Theorie sowie des Studienprogramms am Collège international de philosophie. In seinen Publikationen beschäftigt er sich vorwiegend mit der politischen Geistesgeschichte Frankreichs im 19. Jahrhundert.

Jean-Louis Quermonne

ist emeritierter Professor für Politologie am Institut d'Etudes Politiques der Universität Grenoble und in Paris, lehrt zugleich auch am Europa-Kolleg in Brügge und ist derzeit Präsident der französischen Politologenvereinigung. Seine herausragende Rolle in der französischen Politikwissenschaft zeigt sich auch daran, dass er vom Commissariat général du Plan beauftragt war, die Arbeitsgruppe zu leiten, die im November 1999 einen umfangreichen Bericht zu der Frage ‚L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces‘ vorgelegt hat.

Literaturhinweise

MICHEL BARNIER: Jacques Delors n'a pas encore raison. In: *Le Monde*, 22. Januar 2000

BERNARD BARTHALAY: „Nous, citoyens des Etats d'Europe“. Paris (Harmattan) 1999

JEAN-LOUIS LOUBET DEL BAYLE: Les Non-Conformistes des années 30. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française. Paris (Le Seuil) 1969

FRANÇOIS BAYROU: Rede vor der französischen Nationalversammlung vom 26. November 1997 zum Vorschlag der Änderung des Gesetzes, nach dem die französische Staatsbürgerschaft verliehen werden soll. Internet, www.udf.org

FRANÇOIS BAYROU/NOUVELLE UDF: Une Europe à la dimension du nouveau siècle. Paris 1999

SIMON BULMER, CHARLIE JEFFEREY und WILLIAM E. PATERSON: Deutschlands europäische Diplomatie: die Entwicklung des regionalen Milieus. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung (=Münchener Beiträge zur europäischen Einigung, Band 2). München (Europa Union Verlag) 1998, S. 11-102

COMMISSARIAT GENERAL DU PLAN: L'Union européenne en quête d'institutions légitimes et efficaces. Rapport du groupe de réflexion sur la réforme des institutions européennes. Président: Jean-Louis Quermonne. Paris (La Documentation Française) November 1999

MAURICE CROISAT: Le fédéralisme dans les démocraties contemporaines. Paris (Montchrestien) 1999 (3. Auflage = collection Clefs/Politique)

MAURICE CROISAT und JEAN-LOUIS QUERMONNE: L'Europe et le fédéralisme. Contribution à l'émergence d'un fédéralisme intergouvernemental. Paris (Montchrestien), 2. Auflage 1999 (Collection Clefs - Politique)

JACQUES DELORS: Le nouveau concert européen. Paris (Editions Odile Jacob) 1992; deutsch: Das neue Europa. München und Wien 1993

JACQUES DELORS: L'unité d'un homme. Entretiens avec Dominique Wolton. Paris (Editions Odile Jacob) 1994

JACQUES DELORS: Unsere historische Aufgabe: die Wiedervereinigung Europas. Rede im Berliner Rathaus am 14. November 1999 (=Wallenberg-Gedenk-Vortragsreihe des Aspen Institute Berlin); vervielfältigter Redetext

JACQUES DELORS: Jacques Delors critique la stratégie d'élargissement de l'Union. In: *Le Monde*, 19. Januar 2000

CHANTAL DELSOL und MARTINE MEHEUT: Introduction. In: *Mouvement Européen France* (Hrsg.): La pensée fédéraliste et la construction européenne. Paris 1998 (= La Lettre des Européens, hors série 8)

CHANTAL DELSOL: L'Etat subsidiaire. Paris (PUF) 1991

CHANTAL DELSOL: Le principe de subsidiarité. Paris (PUF) 1995 (Reihe, Que sais-je?')

CHANTAL DELSOL: Les idées politiques du XXe siècle. Paris (PUF) 1991

CHANTAL DELSOL: Le pouvoir occidental. Paris (PUF) 1985

CHANTAL DELSOL: L'irrévérence. Essai sur l'esprit européen. Paris (Mame) 1993

PATRICK DEVEDJIAN: Le Temps des Juges. Paris (Plon) 1996

PATRICK DEVEDJIAN: Penser la droite. Paris (Plon) 1999

JUERGEN B. DONGES und andere: Die föderative Ordnung in Not. Zur Reform des Finanzausgleichs. Bad Homburg (Frankfurter Institut) 2000

FRANCIS FUKUYAMA: Das Ende der Geschichte. (Aus dem Amerikanischen) München 1992

JEAN-PIERRE GOUZY: Les pionniers de l'Europe communautaire. Lausanne 1968

JEAN-PIERRE GOUZY, HENRI RIEBEN und BERNARD VOYENNE: Le fédéralisme et Alexandre Marc. Lausanne 1974

JEAN-MAIRE GUEHENNO: L'avenir de la liberté. La démocratie dans la mondialisation. Paris 1999 (Flammarion)

JEAN-MARIE GUEHENNO: La Fin de la démocratie. Paris 1993 (Flammarion)

VALÉRIE GUÉRIN-SENDELBACH: Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld. Opladen 1999

GUY HERAUD: L'Europe des ethnies. Paris, Nizza (Presses d'Europe)

DOMINIQUE HAMON und IVAN-SERGE KELLER: Fondements et étapes de la construction européenne. Paris (PUF) 1997

DANIÈLE HERVIEU-LÉGER: Die Vergangenheit in der Gegenwart: Die Neudefinition des „laizistischen Paktes“ im multikulturellen Frankreich. In: Peter L. Berger (Hrsg.): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome. Gütersloh 1997, S. 85-153

SAMUEL HUNTINGTON: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München und Wien 1996; die amerikanischen Originalausgabe trug den Titel „The Clash of Civilisations“. New York 1996.

MARKUS JACHTENFUCHS und BEATE KOHLER-KOCH (Hrsg.): Europäische Integration. Opladen 1996

SABINE JUNG: Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute. Baden-Baden (= Nomos Universitätsschriften, Politik, Band 97) 1999

FERDINAND KINSKY: Les contrevérités de l'idéologie souverainiste. In: L'Europe en formation 313 (été 1999), S. 7-10

IVAN SERGE KELLER, ROGER LOMBREAUD und MARTINE MEHEUT: L'esprit du fédéralisme dans l'histoire de l'Europe. Paris 1997

WERNER LINK: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München, 2. Auflage 1999

RENE LOUREAU: Le principe de subsidiarité contre l'Europe. Paris (PUF) 1997

MARTINE MEHEUT (Hrsg.): Le fédéralisme est-il pensable pour une Europe prochaine? Paris 1994

JEROME MONOD und ALI MAGOUDI: Manifeste pour une Europe souveraine ou comment les nations européennes retrouveront ensemble leur liberté. Paris (Editions Odile Jacob) 1999

KONRAD MORATH (Hrsg.): Reform des Föderalismus. Beiträge zu einer gemeinsamen Tagung von Frankfurter Institut und Institut der deutschen Wirtschaft. Bad Homburg 1999

PIERRE MOSCOVICI: Il serait dangereux pour l'Autriche de tenter un blocage politique. In: Libération, 14. Februar 2000

EMMANUEL MOUNIER: Le personnalisme. Paris (PUF) 16. Auflage 1995 (Reihe „Que sais-je?“)

L'ORDRE NOUVEAU. Réédition par les soins de la Fondation Emile Chanoux. Aosta 1997, fünf Bände. Introduction de Marc Heim

PIERRE-JOSEPH PROUDHON: Du principe fédératif. Paris 1863

FRANK RONGE: Legitimität durch Subsidiarität. Der Beitrag des Subsidiaritätsprinzips zur Legitimation einer überstaatlichen politischen Ordnung in Europa. Baden-Baden 1998 (= Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung Band 1)

DENIS DE ROUGEMONT. Sondernummer der Zeitschrift ‚Cadmos‘ (neuvième année, no. 33, printemps 1986) des Centre européen de la culture, Lausanne

HEINRICH SCHNEIDER: Leitbilder der Europapolitik. Band 1: Der Weg zur Integration. Bonn 1977 (= Europäische Studien des Instituts für Europäische Politik, Band 9)

HEINRICH SCHNEIDER: Rückblick für die Zukunft. Konzeptionelle Weichenstellungen für die Europäische Einigung. Bonn 1986 (= Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Bd. 63)

GREGOR SCHÖLLGEN: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1999

BERNARD VOYENNE: Histoire de l'idée fédéraliste. Band 1: Les sources. Paris, Nizza 1976 (= Réalités du présent, cahier 11)

BERNARD VOYENNE: Le fédéralisme de Pierre-Joseph Proudhon. Paris, Nizza 1973 (= Histoire de l'idée fédéraliste, Bd. 2 = Réalités du présent, cahier 9)

BERNARD VOYENNE: Histoire de l'idée fédéraliste. Band 3: Les lignées proudhoniennes. Paris, Nizza 1981 (= Réalités du présent, cahier 12)

WOLFGANG WESSELS: Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Michael Kreile (Hrsg.): Die Integration Europas. Opladen 1992, S. 36-61

Zum Autor:

Dr. Hartmut Marhold

(geb. 1953), Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Göttingen, München, Bordeaux und Nizza; Promotion in Duisburg. Seit 1994 Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland, seit 1998 auch der Europa-Union Deutschland; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, Vortragstätigkeiten an mehreren europäischen Universitäten und für zahlreiche Bildungsträger.

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses spielt die Frage nach der künftigen Struktur Europas bzw. einer europäischen „Verfassung“ eine wichtige Rolle. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, die föderale Balance zwischen zentralen und dezentralen Elementen zu finden, um die zukünftigen Herausforderungen Europas zu bewältigen. Maastricht, Amsterdam und die Agenda 2000 haben entscheidend zu dem erneuten Aufleben dieser Diskussion beigetragen. Dabei gewinnt die öffentliche Debatte vor allem durch die wachsende Rolle der Länder, Regionen und autonomen Gemeinschaften sowie der Kommunen als europapolitische Akteure an Brisanz, deren Zahl durch die anhaltenden Regionalisierungs- und Föderalisierungstendenzen in vielen europäischen Staaten weiter zunimmt.

In diesem Zusammenhang steht die Tätigkeit des **Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF)** an der Universität Tübingen. Es begleitet seit 1993 diese Entwicklung und erforscht ihre Hintergründe. Das EZFF ist eine interdisziplinäre Einrichtung, die sich wissenschaftlich und politikberatend mit Fragen des Föderalismus, des Regionalismus und der subnationalen Ebenen in Europa beschäftigt. Die einzelnen Arbeitsschwerpunkte des EZFF lassen sich in einem dreisäuligen Modell darstellen:

1. *Regionen, Regionalismus und Regionalpolitik* (derzeit u.a. grenzüberschreitende und interregionale Kooperation innerhalb und an den Außengrenzen der Europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik in einer erweiterten Union, Regionen im Europa 2000, Regionen und europäische Informationsgesellschaft);
2. *Föderalismus als Organisationsprinzip für Institutionen, Entscheidungsstrukturen und für einzelne Politikfelder in den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Mehrebenensystem* (derzeit u.a. Effizienz und Demokratie in dezentralen und föderalen Systemen, Aufgabenverteilung und Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union, die Zukunft der europäischen Finanzverfassung, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU, Entwicklungsperspektiven des Ausschusses der Regionen in einer erweiterten EU);
3. *Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Mittel- und Osteuropa.*

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung führt transnationale Forschungsprojekte durch, veranstaltet regelmäßig internationale Konferenzen in ganz Europa (z. B. Belgien, Italien, Ungarn, Schweden) und nimmt Aufträge für Einzelgutachten entgegen. Die Forschungs- und Konferenzergebnisse werden in der Schriftenreihe des Zentrums bei der NOMOS-Verlagsgesellschaft und in der

Serie „Occasional Papers“ publiziert. Gleichberechtigt neben der wissenschaftlichen Arbeit steht die Beratungstätigkeit des EZFF für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Besonderen Wert legt das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung in seiner Arbeit auf die Verbindung von Theorie und Praxis, transnationale Kooperationen und die interdisziplinäre Ausrichtung seiner Forschungsaktivitäten. Zur Tätigkeit des EZFF gehört deshalb auch der Aufbau von Netzwerken. So hat das Zentrum die **European Association of Researchers on Federalism (EARF)** gegründet, der etwa 70 Wissenschaftler aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz und den Staaten Mittel- und Osteuropas angehören. Das EZFF betreut dieses Netzwerk und dient als Geschäftsstelle.

Das EZFF wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Vorstand aus Geographen, Historikern, Juristen, Ökonomen und Politikwissenschaftlern geleitet. Die laufenden Arbeiten werden durch den Wissenschaftlichen Koordinator und die Mitarbeiter des Zentrums betreut.

Nähere Auskünfte bei:

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)
Matthias Chardon, M.A. (Wissenschaftlicher Koordinator)
Nauklerstr. 37a
D-72074 Tübingen

Tel.: +49(0)7071-29 77 368

Fax: +49(0)7071-92 28 76

E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

Website: www.uni-tuebingen.de/ezff

Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden:

- Band 1: **KNIPPING, Franz** (Ed.), *Federal Conceptions in EU-Member States. Traditions and Perspectives*, 1994, ISBN 3-7890-3663-3, DM 78,-
- Band 2: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Europäische Bildungspolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips*, 1994, ISBN 3-7890-3656-0, DM 48,-
- Band 3: **RAICH, Silvia**, *Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem "Europa der Regionen". Dargestellt anhand der Fallbeispiele Großregion Saar-Lor-Lux, EUREGIO und "Vier Motoren für Europa" - Ein Beitrag zum Europäischen Integrationsprozeß*, 1995, ISBN 3-7890-3657-9, DM 58,-
- Band 4: **ALEN, André**, *Der Föderalstaat Belgien, Nationalismus - Föderalismus - Demokratie. Mit dem Text der neuen Belgischen Verfassung*, 1995, ISBN 3-7890-3791-5, DM 36,-
- Band 5: **STURM, Roland** (Hrsg.), *Europäische Forschungs- und Technologiepolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips*, 1996, ISBN 3-7890-4149-1, DM 48,-
- Band 6: **WEBER-PANARIELLO, Philippe A.**, *Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland*, 1995, ISBN 3-7890-4120-3, DM 79,-
Dieser Band wurde 1996 mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus ausgezeichnet.
- Band 7: **KINSKY, Ferdinand/KNIPPING, Franz** (Eds.), *Le "fédéralisme personnaliste" aux sources de l'Europe de demain. Der personalistische Föderalismus und die Zukunft Europas, Hommage à Alexandre Marc*, 1996, ISBN 3-7890-4190-4, DM 79,-
- Band 8: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union - Erfahrungen und Perspektiven*, 1995, ISBN 3-7890-4142-4, DM 49,-
- Band 9: **COLLIER, Ute / GOLUB, Jonathan / KREHER, Alexander** (eds.), *Subsidiarity and Shared Responsibility: New Challenges for EU Environmental Policy*, 1997, ISBN 3-7890-4647-7, DM 60,-

- Band 10: **AGRANOFF, Robert (Ed.)**, Accommodating Diversity: Asymmetry in Federal States, 1999, ISBN 3-7890-6395-9, DM 58,-
- Band 11: **AMMON, Günter et al. (Ed.)**, Föderalismus oder Zentralismus? Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell, 1996, ISBN 3-7890-4446-6, DM 58,-
- Band 12: **SCHULTZE, Claus J.**, Die deutschen Kommunen in der Europäischen Union - Europa-Betroffenheit und Interessenwahrnehmung, 1997, ISBN 3-7890-4830-5, DM 60,-
- Band 13: **STRAUB, Peter / HRBEK, Rudolf (Hrsg.)**, Die europapolitische Rolle der Landes- und Regionalparlamente in der Europäischen Union, 1998, ISBN 3-7890-5219-1, DM 68,-
- Band 14: **STURM, Roland / WEINMANN, Georg (Hrsg.)**, The Information Society and the Regions in Europe (im Erscheinen)
- Band 15: **MÄNNLE, Ursula (Hrsg.)**, Föderalismus zwischen Konsens und Kooperation. Tagungs- und Materialienband zur Fortentwicklung des deutschen Föderalismus, 1998, ISBN 3-7890-5490-9, DM 78,-
- Band 16: **KRETSCHMER, Otto / HRBEK, Rudolf (Hrsg.)**, Standortpolitik und Regionalisierung in Europa. Probleme - Kompetenzen - Lösungen, 1999, ISBN 3-7890-6083-6, DM 64,-
- Band 17: **HRBEK, Rudolf (Hrsg.)**, Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Die "Europafähigkeit" Deutschlands und seiner Länder im Vergleich mit anderen Föderalstaaten, 2000, ISBN 3-7890-6541-2, DM 64,-
- Band 18: **STUDENT, Thomas**, Die europäische Herausforderung - Grenzüberschreitende Kooperation im Wettbewerb der Regionen. Zusammenarbeit an der deutsch-niederländischen Grenze im Rahmen der Ems Dollart Region und der Neuen Hanse Interregio, 2000, ISBN 3-7890-6546-3, DM 74,-
- Band 19: **STURM, Roland / KROPP, Sabine (Hrsg.)**, Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, 1999, ISBN 3-7890-6393-2, DM 74,-
- Band 20: **TEUFEL, Erwin / PERLOT, Enzo (Hrsg.)**, Starke Regionen für ein Starkes Europa - Dokumentation des zweiten deutsch-italienischen INTERREGIO-Forums, 2000, ISBN 3-7890-6939-6, DM 49,-
- Band 21: **JOHNE, Roland**, Die deutschen Landtage im Entscheidungsprozess der Europäischen Union. Parlamentarische Mitwirkung im europäischen Mehrebenensystem, 2000, ISBN 3-7890-6797-0, DM 128,-

Die Bände der Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF) sind über den Buchhandel oder direkt bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Vertrieb, D-76520 Baden-Baden zu beziehen (E-mail: NOMOS@nomos.de oder Fax: ++49 (0)7221/ 21 04-27).

OCCASIONAL PAPERS

Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF), Tübingen:

- Nr. 1: **STURM, Roland**, Economic Regionalism in a Federal State: Germany and the Challenge of the Single Market, 1994, ISBN 3-980 3672-0-7, DM 5,-
- Nr. 2: **HAVERLAND, Markus**, Europäische Integration im Spannungsverhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung, 1995, ISBN 3-980 3672-1-5, DM 6,-
- Nr. 3: **FECHTNER, Detlef**, Abschied vom kompensatorischen Föderalismus, 1995, ISBN 3-980 3672-2-3, DM 8,-
- Nr. 4: **SCHÖBEL, Norbert**, Der Ausschuß der Regionen, 1995 (vergriffen; siehe Nr. 17)
- Nr. 5: **GROSSE HÜTTMANN, Martin**, Das Subsidiaritätsprinzip in der EU - eine Dokumentation, 1996, ISBN 3-980 3672-5-8, DM 14,-
- Nr. 6: **ILLÉS, Iván**, Carpathian (Euro)Region, 1996, ISBN 3-9803672-6-6, DM 10,-
- Nr. 7: **HORVÁTH, Gyula**, Transition and Regionalism in East-Central Europe, 1996, ISBN 3-9803672-7-4, DM 10,-
- Nr. 9: **HANNOWSKY, Dirk/RENNER, Andreas**, Subsidiaritätsprinzip, Bürgersouveränität und Ordnungswettbewerb. Ordnungstheoretische Überlegungen zur Ausgestaltung einer präferenzkonformen Ordnung Europas, 1996, ISBN 3-9803672-4-X, DM 10,-
- Nr. 10: **KROPP, Sabine**, Dezentralisierung und Transformation in Rußland, 1996, ISBN 3-9803672-8-2, DM 10,-
- Nr. 11: **STURM, Roland**, Strategien intergouvernementalen Handelns. Zu neueren Tendenzen des Föderalismus in Deutschland und den USA, 1996, ISBN 3-9803672-9-0, DM 8,-
- Nr. 13: **HRBEK, Rudolf (Hrsg.)**, Regionen und Kommunen in der EU und die Regierungskonferenz 1996, 1996, ISBN 3-9805358-0-0, DM 10,-
- Nr. 14/1: **LOB, Harald/ OEL, Matthias**, Informationsgesellschaft und Regionen in Europa. Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der Europäischen Informationsgesellschaft, 1997, ISBN 3-9805358-1-9, DM 8,-
- Nr. 14/2: **STURM, Roland/ WEINMANN, Georg**, Challenges of the Information Society to the Regions in Europe. A Research Agenda, 1997, ISBN 3-9805358-5-1, DM 10,-
- Nr. 15: **MÜHLBACHER, Georg**, Italien zwischen institutioneller Reform und Föderalismus, 1999, ISBN 3-9805358-9-4, DM 15,-
- Nr. 17: **SCHÖBEL, Norbert**, Der Ausschuß der Regionen, 1997, ISBN 3-9805358-2-7; **SCHÖBEL, Norbert**, The Committee of the Regions, 1997, ISBN 3-9805358-3-5; **SCHÖBEL, Norbert**, Le Comité des Régions, 1997, ISBN 3-9805358-4-3, DM 12,-
- Nr. 18: **BLANCKE, Susanne/SCHMID, Josef**, Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer im Vergleich - Programme, Konzepte, Strategien, 1998, ISBN 3-9805358-6-X, DM 10,-
- Nr. 19: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 1998, ISBN 3-9805358-7-8, DM 15,-

- Nr. 20: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Transformationsprozesse im südlichen Mitteleuropa - Ungarn und Rumänien. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 1999, ISBN 3-9805358-8-6, DM 15,-
- Nr. 21: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa - Baltikum und Finnland. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 2000, ISBN 3-9806978-1-9, DM 17,-
- Nr. 22: **HRBEK, Rudolf (Hrsg.)**, Die Osterweiterung der Europäischen Union. Problemfelder und Lösungsansätze aus deutscher und ungarischer Sicht, 2000, ISBN 3-9806978-0-0, DM 16,-
- Nr. 23: **MARHOLD, Hartmut**, Föderale Strukturen Für Europa? Aktuelle Beiträge zur Debatte in Frankreich, 2000, ISBN 3-9806978-2-7, DM 10,-

ISBN 3-9806978-2-7